

ÖKOSTEUERNEWS 37 – DEZEMBER 2005

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

G R E E N B U D G E T G E R M A N Y

Landsbergerstr. 191 D-80687 München www.foes.de und www.eco-tax.info

Fon +49-89-520113-13 Fax +49-89-520113-14 eMail foes@foes.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen. Unser Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000.

ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	2
2.	FÖS-TERMINE UND VERANSTALTUNGEN.....	4
3.	NACH DER BUNDESTAGSWAHL.....	7
4.	ÖKOLOGISCHE STEUER- UND FINANZREFORM	15
5.	SPEZIAL: KLIMAKONFERENZ MONTREAL	19
6.	SCHUTZ DES WELTKLIMAS.....	25
7.	EMISSIONSHANDEL.....	28
8.	FLUGVERKEHR	30
9.	AUTOVERKEHR.....	31
10.	ENERGIEPOLITIK UND ENDE DES ÖLS?	32
11.	ZITATE	36
12.	DEBATTE	36
13.	JOBS UND PRAKTIKA	47
14.	LINKS UND PUBLIKATIONEN.....	47
15.	VERANSTALTUNGEN.....	48

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des FÖS,

endlich ist die neue Regierung in Amt und Würden – jetzt kann die große Koalition beginnen ihr Regierungskonzept umzusetzen. Was bedeutet dies zukünftig für die Umweltpolitik Deutschlands und für die Fortführung der ökologischen Steuerreform? Zunächst scheint Schwarz-Rot keinen Kurswechsel vorzunehmen und der Koalitionsvertrag die alte rot-grüne Energie- und Umweltpolitik fortzuführen. Grund zur Zufriedenheit gibt es aber bei Weitem nicht, denn einerseits sind Besorgnis erregende Einschnitte in der Klimapolitik erkennbar und beim „heißen Eisen“ der umweltschädlichen Agrarsubventionen scheint auch die neue Regierung sich nicht die Finger verbrennen zu wollen.

Auch in den neuen EU-Mitgliedstaaten sind viele Ansätze der Einführung von Ökosteuern erkennbar. Der Exot unter den Staaten, die Ökosteuerreformpläne hegen, ist neuerdings Japan, wo unser Vorsitzender Anselm Görres im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des FÖS aktive Überzeugungsarbeit leistete, die in Politik und Wirtschaft auf viele offene Ohren getroffen ist.

Die nationale Umweltpolitik hat angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen zunächst aber Vorrang und in diesem Newsletter auch entsprechende Würdigung gefunden. Bei der anregenden Lektüre der von uns für das vierte Quartal 2005 zusammengestellten wichtigsten Veranstaltungen, Studien sowie Kommentaren der Presse rund um die ökologische Steuerreform und die neuen Leitlinien der deutschen Umweltpolitik wünschen wir Ihnen viel Vergnügen!

*Christian Meyer und Andrea Sauer
(FÖS-Redaktion)*

Für Koike und Gabriel wird 2006 ein entscheidendes Jahr

[Dr. Anselm Görres, FÖS-Vorsitzender] Ende Oktober legte Yuriko Koike, Japans

Umweltministerin, ihren Entwurf vor. Das erste Ökosteuergesetz des Landes soll zum Januar 2007 in Kraft treten und mit einer CO₂-Steuer für Haushalte und Industrie rund 2,6 Mrd. Euro Aufkommen erbringen. Der Verkehrsbereich bleibt außen vor. Anders als bei der deutschen Ökosteuer sollen mit den Erlösen nicht Lohnnebenkosten gesenkt, sondern grüne Projekte finanziert werden. Etwa die Hälfte soll in die Fortwirtschaft gehen, der Rest in die Förderung von Effizienztechniken, Gebäudemodernisierung und neuen Energien.

Die Widerstände im Lande sind nicht gering, auch innerhalb der Regierungspartei LDP und beim mächtigen METI (Ministry of Economy, Trade and Industry) hat das Projekt noch Gegner. Doch Koike ist kein Leichtgewicht – sie gilt sogar als Ninja, als Politikerin mit Killerqualitäten. Sie hat in Koizumis Auftrag innerparteiliche Gegner ausgestochen und mehrere Kabinetttumbildungen überstanden. Die letzte fand Anfang November statt und nur drei Minister blieben im Amt – eine davon die Umweltministerin. Allen drei Überlebenden werden Kronzprinzenqualitäten zugesprochen. Schon für September 2006 hat Premier Koizumi seinen Rückzug avisiert.

Anders als bei uns hat in Japan eine konservative Regierungspartei den Mut, ein Umweltsteuergesetz vorzulegen. Der konservative Regierungschef steht hinter seiner Umweltministerin. Mit Kohls Hilfe hätte auch Frau Merkel 1994 Ökosteuern einführen können. Die Novelle wird sicher noch Veränderungen erfahren, überwiegend wohl Abschwächungen – aber dass sie nach dreizehn Monaten Gesetz wird, darf man vermuten.

Das Koike-Konzept sieht Umweltsteuern in Höhe von 0,15 Prozent des BSP vor. Mit 0,85 Prozent war die rot-grüne ÖSR also sechs mal mutiger und konsequenter. Diesen Mut wird auch der neue Umweltminister brauchen, wenn er mehr will, als nur rot-grünes Erbe verteidigen. Auch bei uns wird das Jahr 2006 darüber entscheiden, ob es noch Fortschritte bei der Ökosteuer gibt.

In Deutschland hat die neue Koalition soeben beschlossen, bei der Umsatzsteuer nicht nur zwei

Prozent Merkelsteuer, sondern großzügig ein weiteres Prozent „Müntesteuer“ (Guido Westerwelle) aufzuschlagen. Ein Prozent Umsatzsteuer entspricht acht Mrd. Euro. Jedes Prozent mehr Mehrwertsteuer sind damit acht Milliarden verschenkte Steuerung. Denn die Mehrwertsteuer ist eine reine Abzocksteuer, ihre Lenkungssignale sind nichts als konsum- und beschäftigungsfeindlich. Echten Mehrwert für die Volkswirtschaft bringen nur Steuern mit positiven Lenkungseffekten. Neben Steuern auf Drogen wie Alkohol oder Tabak sind Umweltsteuern für positive Lenkungseffekte das bekannteste und relevanteste Modell.

Wenigstens das eine Prozent Müntesteuer sollte und könnte der sozialdemokratische Umweltminister noch verhindern. Denn acht Milliarden – das kann man auch über intelligente Ökosteuergänzungen herausholen. Bis zu fünf Milliarden ließen sich bei gutem Willen allein über eine Besteuerung des Flugverkehrs erzielen. Der übrigens verdankt der Ökosteuern eine Verbesserung seiner ohnehin schon privilegierten Wettbewerbslage. Bahn und Straßenverkehr zahlen Ökosteuern, die Luftfahrt nicht – und doch profitiert sie von den dank Ökosteuern niedrigeren Rentenbeiträgen. Die fehlenden drei Milliarden könnten etwa durch einen Einstieg in den Ausstieg von der Dieselsubvention kommen – Gabriel hat diese FÖS-Initiative schon aufgegriffen. Die Dieselsteuer muss schrittweise an den Steuersatz für Benzin herangeführt werden.

Háikei Koike-san, lieber Sigmar Gabriel, bitte nutzen Sie das nächste Jahr für konsequenten Aufbau und Ausbau der Ökosteuern in Ihren Ländern!

Ihr Anselm Görres

PS: Auf meiner Japanreise stellte ich fest, dass die Geschäftswelt dort den gleichen trügerischen Konzepten anhängt wie unsere hiesigen Verbände. Ihre Präferenzen sind klar: Lieber Technik als Targets, eher freiwillig als verbindlich, lieber Nuklear- als Solarenergie, Auswirkungen des Emissionshandels statt zuhause lieber im Ausland. Adam Smith hatte recht: Geschäftsleute sollen Geschäfte machen. Die Entwicklung gemeinwohlkompatibler Lösungen ist nicht ihre größte Kompetenz.

Ökologische Steuerreform in Japan

[FÖS] Als Aktivität im "Deutschlandjahr" hat das Bundesumweltministerium aufgrund des großen japanischen Interesses eine Promotionstour zur Präsentation der Ökologischen Steuerreform gefördert. Der Vorsitzende des Fördervereins Ökologische Steuerreform, Dr. Anselm Görres, konnte die in Deutschland gewonnenen Erfahrungen im Zeitraum vom 24. Oktober bis 4. November 2005 in insgesamt 16 Veranstaltungen und Gesprächen kommunizieren. Höhepunkte der Reise waren ein Gespräch mit der – kürzlich im Amt bestätigten – japanischen Umweltministerin Yuriko Koike, dem Central Environment Council des japanischen Parlaments, Unternehmen wie Toyota und Mitsubishi sowie einer Reihe von NROs und Umweltökonominnen.

Das besondere japanische Interesse galt folgenden Punkten:

- Nähere Informationen, für welche Umweltprojekte ein Teil des Ökosteueraufkommens verwendet wird. In Japan gibt es für viele Steuern und Abgaben eine strikte Zweckbindung zur Einnahmenverwendung
- Die Verwendung der Einnahmen zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, insbesondere bei der Rente. In Japan wird aufgrund ähnlicher demographischer Probleme eine grundlegende Reform des Rentensystems intensiv diskutiert.
- Das empirische Eintreten der doppelten Dividende für Klimaschutz und Arbeitsplätze
- Die Ermäßigungen für die Industrie und die Einbeziehung des Emissionshandels

In diesem Rahmen wurde auch über den Stand der Einführung einer japanischen Ökosteuerrreform diskutiert, deren ersten Entwurf Japans Umweltministerin Yuriko Koike Ende Oktober vorlegte. Im Dezember wird der einflussreiche Steuerausschuss der Regierungspartei über die Vorlage entscheiden. Das erste Ökosteuergesetz des Landes soll zum Januar 2007 in Kraft treten und mit einer CO₂-Steuer für Haushalte und Industrie rund 2,6 Mrd. Euro Aufkommen erbringen. Der Verkehrsbereich bleibt außen vor. Die Steuer soll 17 bis 18 Euro pro Tonne CO₂ betragen und insgesamt 43 Mio. Tonnen CO₂ einsparen. Anders als bei der deutschen Ökosteuern

sollen mit den Erlösen nicht Lohnnebenkosten gesenkt, sondern Umweltprojekte finanziert werden. Etwa die Hälfte soll in die Forstwirtschaft gehen, der Rest in die Förderung von Effizienztechniken, Gebäudemodernisierung und Erneuerbare Energien.

Besonders erfreulich war die große Aufgeschlossenheit und das enorme Interesse für die deutschen Erfahrungen, sowie die enorme Sachlichkeit und fehlende Schärfe in der politischen Debatte um die Einführung einer Ökosteuerreform – im Gegensatz zur Debatte in Deutschland.

Mit dieser Promotionsreise konnte ein wichtiges Thema der deutschen Umweltpolitik erfolgreich präsentiert werden. Ferner konnte mit dem Format der "Promotionsreise" ein sehr kosteneffizientes Format für zukünftige Aktivitäten in der bilateralen Umweltkooperation getestet werden.

Hier der lesenswerte Bericht von Dr. Anselm Görres über die FÖS-Japan-Reise und die Präsentationscharts:

http://www.eco-tax.info/downloads/D2005_11_Japan-Report.pdf

<http://www.eco-tax.info/D200510-06%20GermanETRforJapan.ppt>

2. FÖS-TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

FÖS-Konferenz: „Ökosteuern in den EU-Erweiterungsstaaten“

[Christian Meyer, FÖS] Die Erfahrungen Deutschlands und die Umsetzung der EU-Energiesteuerrichtlinie in den neuen EU-Beitrittsstaaten waren Thema einer Konferenz des FÖS mit Unterstützung des Umweltbundesamtes in Berlin. Alle neuen Beitrittsstaaten waren bis auf Zypern und Litauen mit zum Teil größeren Delegationen aus Ministerien, NGO's und Akademien vertreten. Es zeigten sich sowohl Gemeinsamkeiten in der unideologischen Herangehensweise als auch Unterschiede im Stand der Durchführung Ökologischer Steuer- und

Finanzreformen.

Slowenien war 1997 Vorreiter in Ost- und Mitteleuropa bei der Einführung einer CO₂-Steuer. Andere Länder hatten schon frühzeitig Abgaben auf Schwefeldioxid, Stickoxide, Altöl oder Lärm.

Die Vertreterin der EU-Kommission Katri Kosonen zeigte in einer umfangreichen Studie für die zehn neuen EU-Staaten die Wohlfahrtsgewinne, CO₂-Reduktion und Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Einführung von Ökosteuern auf. <http://www.eco-tax.info/downloads/NewEUstudy.pdf>

Bei einer angenommenen CO₂-Steuer von 25 Euro pro Tonne ist über einen längeren Zeitraum eine deutliche Reduzierung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen von 17 bis 40 Prozent für die neuen EU-Länder zu erwarten. Das höchste Potenzial ergäbe sich dabei in Estland mit seinem hohen Anteil der Nutzung von Ölschiefer.

Auf die Beschäftigung hätte die Einführung von CO₂-Steuern in allen Ländern positive Auswirkungen. Spitzenreiter ist hier Polen mit einem Anstieg der Beschäftigungsrate um mehr als 2,6 Prozent und Senkung der Sozialabgaben um 9,3 Prozent. Die Gesamtwohlfahrt würde in allen Ländern um 0,5 bis 2 Prozent steigen.

Ewa Swierkula vom Institut für nachhaltige Entwicklung in Warschau berichtete von den 26 verschiedenen Abgaben für Luftverschmutzung in Polen, sowie vom nationalen Fond für Umweltschutz und Wassereinhaltung, der im Jahre 2004 aus Ökoabgaben von 173 Millionen Euro gespeist wurde. Das Interesse an der Ökologischen Steuerreform ist im Zusammenhang mit dem Abbau der Kohlesubventionen und der möglichen Senkung der hohen Arbeitslosigkeit gewachsen.

Für Tschechien stellte Dr. Martin Bursik – Berater im Ökosteuerexpertenteam des Umweltministers - die aktuellen Vorschläge für eine ambitionierte Ökologische Steuerreform in der Tschechischen Republik vor. Die Steuer soll von 2007 an über einen Zeitraum von 9 Jahren gehen und schrittweise die externen Kosten der verschiedenen Energieträger abdecken. Ebenso soll eine Reform der Kfz-Steuer ökonomische Anreize zur umweltorientierten Modernisierung

der veralteten Fahrzeugflotte geben. Die geschätzten Einnahmen von jährlich 2 Mrd. Euro sollen für die Senkung der Sozialbeiträge und Steuerbefreiungen umweltorientierter Fahrzeuge und Antriebe verwendet werden. In den nächsten Wochen soll die Ökologische Steuerreform in die Kabinettsberatungen gehen.

Schwieriger ist die Situation in der Slowakei, wie Juraj Sebo von der Ökonomischen Universität in Kosice berichtete. Zwar gibt es eine Reihe von Umweltabgaben, Road taxes und Autobahngebühren, die Erhöhung der Energiesteuern beschränkt sich jedoch bislang auf die Umsetzung der EU-Energiesteuerrichtlinie. Lediglich im Bereich Biokraftstoffe und Erdgasantriebe gibt es eine Reihe parlamentarischer Initiativen.

In Ungarn gibt es mit der Clean Air Action Group (Levego), für die Präsident Andras Lukacz persönlich angereist war, eine eigene NGO, die das „Greening of the state budget“ als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit sieht. Der Anteil von Umweltsteuern an der Gesamtsteuerlast beträgt in Ungarn 12 Prozent, wovon die Kraftfahrzeugsteuern den größten Anteil ausmachen. Bei den Benzin- und Dieselsteuern liegt Ungarn jedoch nur auf dem Niveau von Österreich. Die Einführung einer LKW-Maut ist für 2008 geplant. Ein großes Problem in Ungarn ist der enorme Landschaftsverbrauch, da die Bodenpreise im Durchschnitt um das fünf- bis zehnfache niedriger sind als im EU-Schnitt. Levego setzt sich in Demonstrationen und Werbespots insbesondere für die höhere Belastung des LKW-Verkehrs, höhere Parkgebühren in den Städten und ökonomische Maßnahmen gegen die Zersiedelung der Landschaft ein.

Ähnliche Probleme mit dem Landschaftsverbrauch – wenn auch in anderer Form – hat Malta, wie Marie Briguglio von der maltesischen Umwelt- und Planungsbehörde berichtete. Das Umweltbewusstsein ist auf der Insel insbesondere bei Abfällen und Schadstoffen sehr hoch. „Not in my backyard!“ ist in Malta praktisch überall. Seit dem 1. September 2004 besteht eine Umweltabgabe für alle nach Malta eingeführten Produkte. Diese geht von 35 Euro für Fernseher bis zu 2 Cent für Plastiktüten. Im

Rahmen der EU-Anpassung wird vor allem dem Verursacherprinzip große Bedeutung im Umweltrecht zugeschrieben und auch mit Öffentlichkeitskampagnen propagiert.

In den Baltischen Staaten ist momentan Estland der Vorreiter bei der Einführung Ökologischer Steuerreformen. Dies schilderte Valdur Lathvee vom Stockholm Environment Institute in Tallinn. Die Material- und Energieeffizienz ist in Estland nach Untersuchungen des Wuppertal Instituts, die niedrigste in der ganzen EU. Am 7. Juli 2005 hat die estnische Regierung daher einen Grundsatzbeschluss für die Einführung einer Ökologischen Steuerreform gefasst. Momentan werden in den zuständigen Ministerien verschiedene Vorschläge durchgerechnet. 2006 bis 2008 soll die erste Phase der Einführung einer estnischen ÖSR erfolgen und nach einer ersten Auswertung 2007/2008 gibt es ab 2009-2013 die zweite Phase.

Mit starkem Interesse dürften diese Pläne auch bei der großen lettischen Delegation gestoßen sein, für die Janis Brizga vom WWF die Situation schilderte. Lettland gehört zu den Spitzenreitern in der EU beim Anteil Erneuerbarer Energien. Der in Lettland erzeugte Strom besteht zu über 60 Prozent aus Wasserkraft. An fossilen Energien wird zu einem Fünftel Torf verbraucht. Als Land mit den niedrigsten Dieselsteuern in der EU hob Lettland zum 1.1.2005 die Dieselsteuersätze um fast 10 Cent pro Liter an, um die Mindeststeuersätze der EU zu erreichen. Weitere Anpassungsschritte bei Benzin, Diesel, Heizöl und Strom stehen bevor. Angesichts der starken agrarischen Ausprägung des Landes sollen und können Biokraftstoffe vermehrt steuerlich gefördert werden.

Aus Slowenien berichtete Nives Nared aus dem Umweltministerium von der bestehenden CO₂-Steuer und den guten Erfahrungen mit dem Verursacherprinzip. Die Umwelt- und Energiebesteuerung wurde 2004/2005 ausgebaut und auch die Beteiligung am Emissionshandel der EU eingeführt.

Die Beispiele zeigten, dass die Ökologische Steuerreform in den EU-Beitrittsländern teilweise weit oben auf der Tagesordnung steht. Einige Länder haben bereits gute Erfahrungen mit unterschiedlichen Umweltsteuern und -abgaben

gemacht. Die EU-Energiesteuerrichtlinie und die Vergleiche untereinander bietet guten Anlass zur ökologischen Modernisierung der Steuersysteme.

Von allen Teilnehmern wurde dabei die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit für die Akzeptanz der Reformen und die soziale Ausgewogenheit betont. Bei den niedrigen Löhnen haben nominal hohe Energiesteuern natürlich einen größeren Einfluss als in Ländern mit höheren Durchschnittseinkommen. Insofern sind die Ökosteuern in Deutschland im Verhältnis zu durchschnittlichen Einkommen, relativ niedriger als in den neuen Mitgliedsstaaten. Die hohen Effizienzreserven in Haushalten und Industrie sowie die mit Ökosteuern verbundene technologische Modernisierung versprechen jedoch große Vorteile für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Klar ist, dass die Reformansätze an die oft höchst unterschiedlichen Strukturen angepasst werden müssen, aber auch der Vergleich und Austausch untereinander höchst sinnvoll ist. Der FÖS wird diesen Gedanken in einer Reihe von Workshops in den neuen EU-Mitgliedsstaaten aufgreifen, bestehende Ansätze unterstützen und weitere Kommunikationspartner gewinnen.

<http://www.foes.de/englisch/3events/NewEU.html>

Ökosteuern ein Erfolgsmodell aus Deutschland für Europa? – Tagung des Fördervereins Ökologische Steuerreform

[Dorothea Jung, Deutschlandradio, 12.10.2005]
Mehr als 18 Milliarden Euro hat der Bund im vergangenen Jahr aus der Öko-Steuer eingenommen. Allein dieser Umstand wird der ökologischen Steuerreform wohl noch ein langes Leben bescheren - auch nach dem Ende der rot-grünen Bundesregierung. Der Förderverein Ökologische Steuerreform sieht in der Ökosteuer auch ein Modell für die neuen Mitglieder der Europäischen Union.

Jedes neue Mitgliedsland muss im Rahmen des Beitritts zur Union zahlreiche Vorschriften und Gesetze ändern. Und die Anpassungs-Anforderungen der EU beziehen sich natürlich auch auf Steuerregelungen. So müssen zum Beispiel aus wettbewerbsrechtlichen Gründen die Mindeststeuersätze für Mineralöl und andere

Energieträger in bestimmten Zeiträumen übernommen werden und dergleichen. Kai Schlegelmilch vom Bundesumweltministerium sieht deswegen in dieser Umbruchsituation eine Chance für die Ökosteuer in den neuen Mitgliedsstaaten: Die EU-Staaten haben ja auch das Problem, dass sie schlichtweg kosteneffizienten Umweltschutz betreiben müssen mit Anreizwirkungen für Innovationen, und da bieten sich natürlich Rahmenbedingungen wie Ökosteuern an, um über marktwirtschaftliche Instrumente genau die Situation voranzutreiben, und damit können die neuen Mitgliedsstaaten es sogar schaffen, effizienter und umweltfreundlicher auf lange Sicht zu werden; und insofern bietet es sich an, den ohnehin anstehenden Strukturwandel zu nutzen, den gleich in eine richtige Richtung zu mehr Nachhaltigkeit auszurichten.

Eine Reihe von neuen EU-Ländern hat in ihre Gesetzgebung bereits seit Jahren Umwelt- und Energiesteuern eingewoben. In einigen Ländern sind Abgaben auf Schwefeldioxid, auf Stickoxide, auf Lärm, Altöl und CO₂ zu leisten. Kai Schlegelmilch zufolge wird in den neuen EU-Ländern aber vor allem der finanzielle Aspekt der Ökosteuer gesehen: Ein Vorteil der Ökosteuern ist auch, dass so der Staat in den neuen Mitgliedsstaaten die Möglichkeit hat, andere Steuern, die schädlicher sind, wie zum Beispiel Lohnsteuern, Einkommenssteuern, zu senken, um so auch für mehr Beschäftigung zu sorgen, indem eben die Lohnnebenkosten sinken. Strom, Heiz- und Kraftstoffe teurer zu machen und damit dem Verbraucher Anreize zu geben, Energie zu sparen oder effizienter zu nutzen, - dieses Prinzip der Ökosteuer steht bei den neuen Mitgliedsländern nicht in Frage - genauso wenig wie die positiven Auswirkungen der Ökosteuer auf Klimaschutz und Beschäftigungszahlen. Das bekundet Martin Bursik, Berater des tschechischen Umweltministers. Das Problem eines Landes wie Tschechien liegt aber ganz woanders: In der tschechischen Republik liegt der CO₂-Ausstoß um 40 Prozent höher als im europäischen Durchschnitt. Und es gibt auch mehr Umweltverschmutzung generell. Das Hauptproblem bei uns ist, dass die Industrie und die Energieproduzenten ständig im Streit liegen mit den Anforderungen des Umweltschutzes,

anstatt ökonomische Instrumente zugunsten der Umwelt zu nutzen und so an einer ökologisch effizienten Modernisierung der Umwelt zu arbeiten.

Es sei noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten - meint der Vorsitzende des „Fördervereins Ökologische Steuerreform“, Anselm Görres. Er möchte aber nicht nur mit positiven Erfahrungen für die Ökosteuer werben, sondern auch die politischen Kontroversen vermitteln. Denn aus den deutschen Fehlern bei der Vermittlung der Ökosteuer sei am meisten zu lernen: Wir müssen deutlich machen, dass es eigentlich nur darum geht, eine Stufe in den Energiepreisen zu überwinden: Nämlich die Stufe zu dem Punkt, wo Alternativ-Energien wettbewerbsfähig werden; es müssen also die alten Energien so lange verteuert werden, nicht nur durch den Markt, sondern auch durch Ökosteuern, dass der Wechsel von den alten Energien zu den neuen Energien sich rechnet. Die Veranstalter der Konferenz sind engagierte Verfechter der ökologischen Steuerreform. Sie bedauern, dass eine Steuer, die in ihren Augen nötig und vernünftig ist, so wenig Popularität genießt. Ihrer Meinung nach verläuft die Diskussion in den neuen Mitgliedsstaaten der EU aber viel weniger ideologisch als in Deutschland, wo eine an sich konservative Idee wie die Ökosteuer gerade von Konservativen wie Teufelswerk bekämpft worden sei.

FÖS/Eftec-Konferenz „Emissionen des Flugverkehrs“

[Christian Meyer, FÖS] Erstmals und mit vollem Erfolg hat der FÖS in London gemeinsam mit der britischen Umweltconsulting eftec und mit der großzügigen Unterstützung der Deutsch-Britischen Stiftung sowie der Deutschen Botschaft eine Konferenz zu den Emissionen des Flugverkehrs organisiert.

Als die am schnellsten wachsende Quelle von Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich ist der Treibhausgasausstoß im Luftverkehr und somit auch die Frage, wie man ihn verringern kann, von hoher Bedeutung. Auf der vollständig ausgebuchten Konferenz haben Vertreter der EU-Kommission, OECD, British Airways, Ryanair und Umweltverbänden sowie der deutschen und

britischen Regierung alternative Konzepte für die Reduktion von Emissionen im Luftverkehr diskutiert. Schwerpunkte dabei waren der Vorschlag der EU-Kommission zur Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel und die Erfahrungen mit Kerosinsteuern und Ticketabgaben in Norwegen, den Niederlanden und Großbritannien. Die Präsentationen der Teilnehmer und demnächst auch ein ausführlicher Bericht sind zu finden unter:

<http://www.eco-tax.info/3events/London-aviation-conf.html>

3. NACH DER BUNDESTAGSWAHL

Auszüge aus dem Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD

Ökosteuer

„Im Interesse einer preisgünstigen Energieversorgung wird die Ökosteuer nicht weiter erhöht. Die geltenden Entlastungsregelungen bei der Ökosteuer für die Industrie werden beibehalten. Wir wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Gewerbes und insbesondere der energieintensiven Industrie verbessern. Deshalb werden wir bei der Umsetzung der EU-Energiesteuer-Richtlinie Möglichkeiten zur Entlastung ausschöpfen und Wege zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit prüfen.“

Emissionshandel

„Wir werden den Emissionshandel als wichtiges Instrument des Klimaschutzes ökologisch und ökonomisch effizienter gestalten und daher:

- den Nationalen Allokationsplan für die Periode 2008 bis 2012 auf der Basis der im Zuteilungsgesetz 2005/2007 festgelegten Ziele aufstellen, Mitnahmeeffekte (windfall profits) vermeiden und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieverbrauchenden Wirtschaft besonders berücksichtigen;
- das Zuteilungssystem transparenter und unbürokratischer gestalten und soweit

europarechtlich möglich Kleinanlagen herausnehmen;

- durch eine erleichterte Nutzung internationaler Klimaschutzprojekte (zum Beispiel JI und CDM) nach dem Kioto-Protokoll die Marktchancen der deutschen Industrie im Ausland stärken;
- die EU-Kommission bei ihrer Prüfung unterstützen, den Flugverkehr in angemessener Weise in einen Emissionshandel einzubeziehen;
- die Einbeziehung anderer Industrieländer und großer Schwellenländer in einen weltweiten Emissionshandel vorantreiben;
- in der zweiten Zuteilungsperiode darauf achten, dass Anreize zum Neubau von effizienten und umweltfreundlichen Kraftwerken gegeben werden.

Wir wollen die Kostenbelastung der Wirtschaft durch den CO₂-Emissionshandel senken. Dazu wollen wir gegebenenfalls eine Überarbeitung der EU- Emissionshandelsrichtlinie anstreben. Bei der Fortschreibung des Nationalen Allokationsplans 2 (2008 – 2012) werden wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieverbrauchenden Wirtschaft besonders berücksichtigen. Das Zuteilungssystem ist transparenter und unbürokratischer zu gestalten, die Einbeziehung anderer Industrieländer und großer Schwellenländer in den Emissionszertifikate-Handel werden wir einfordern. Zur erhöhten Flexibilität des CO₂-Emissionshandels ist die schnelle Umsetzung der flexiblen Kioto-Mechanismen (zum Beispiel JI und CDM) notwendig.“

Kfz-Steuer

„Zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs von Fahrzeugen und der Verminderung von CO₂-Emissionen im gesamten Straßenverkehr werden wir

- wirksame Anreize für die Einführung hocheffizienter Antriebe durch eine am CO₂- und Schadstoffausstoß orientierte Kfz-Steuer schaffen;
- die Selbstverpflichtung des europäischen Automobilverbands ACEA unterstützen, bis 2008 bei Neufahrzeugen eine durchschnittliche Emission von 140 g CO₂ pro 2810km nicht zu überschreiten. Wir schlagen vor, dass für die bis 2012 angestrebte weitergehende Absenkung auf 120 g CO₂ pro km mit einem bestimmten

Prozentsatz die Verwendung von Biokraftstoffen eingerechnet werden kann;

- die Entwicklung alternativer Kraftstoffe und innovativer Antriebstechnologien mit dem Ziel „weg vom Öl“ im Dialog mit der Industrie vorantreiben.“

Bei der Steuerpolitik ist ein eigener Abschnitt Energiesteuern zu finden:

Energiesteuern

„Deutschland als ein Staat in zentraler Lage im europäischen Binnenmarkt hat ein herausragendes Interesse, die Harmonisierung der Energiebesteuerung in der EU voranzutreiben. Dabei werden wir auf einfache und transparente Regelungen hinarbeiten. Angesichts der hohen Energiepreise ist es wichtig, die energieintensive Wirtschaft in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen.“

Weitere energiepolitische Eckpunkte des Koalitionsvertrages

(aus: <http://www.vme-energieverlag.de>):

Gebäude, Bauen und Wohnen

- 5% des Bestandes vor 1978 p.a. energetisch sanieren
- Reduzierung Ressourcenverbrauch, Betriebskosten mindern

CO₂-Gebäudesanierungsprogramm:

- Aufstockung auf ein Fördervolumen von 1,5 Mrd Euro/p.a.
- Umstellung auf Zuschüsse
- Steuerliche Erleichterungen,
- Einbeziehung des Mietwohnungsbaus
- Hierdurch Impulse für Bau und Handwerk

Öffentliche Gebäude

- Programm zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude
- Contracting in Bundesliegenschaften verstärken

Energiewirtschaft - Energiemix -

- keine Einigung über Rolle der Kernenergie
- Ausweitung Energieforschung
- Keine rechtsverbindlichen Zusagen für Kohlesubventionen nach 2008

Energieeffizienz

Verdopplung der Energieeffizienz bis 2020 bezogen auf 1990

Energiesteuern

- Harmonisierung in der EU soll vorangetrieben werden.
- Keine Erhöhung der Ökosteuer, Entlastungsregelungen werden beibehalten

Emissionshandel

- Entbürokratisierung, Herausnahme Kleinanlagen,
- Senkung der Kostenbelastung der Wirtschaft
- Nationaler Allokationsplan 2008-2012
- Entbürokratisierung
- Ji und CDM stärken
- Flugverkehr berücksichtigen

KWK

- Förderung hocheffizienter KWK-Anlagen
- Überprüfung Fördersystematik des KWK-Gesetzes

Erneuerbare Energien

- Weiterhin ambitionierte Ziele
- EEG in Grundstruktur fortführen - 2007 Prüfung der Vergütungen
- Repowering vor Neubau im Binnenland
- Marktanreizprogramm (Solar, Biomasse) im bisherigen Umfang fortführen, weitere Instrumente - regeneratives Wärmenutzungsgesetz - einführen
- Exportinitiative für erneuerbare Energien intensivieren

Innovationsoffensive "Energie für Deutschland"

- Ausgaben für Energieforschung verstärken
- Zusätzliche Mittel aus der Wirtschaft für Forschung und Markteinführung
- Mehr Wettbewerb bei Strom und Gas angestrebt
- Anreizregulierung und Kartellrecht stärken

BUND zum Koalitionsvertrag: Rot-grüne Energiepolitik wird fortgesetzt – „100-Tag- Pflichtenheft nur ansatzweise umgesetzt

[Janine Rechel, zu BUND-Mitteilungen vom 27.10. und 14.11.2005] Für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bietet der Koalitionsvertrag von Union und SPD in wesentlichen Teilen keine ausreichenden

Antworten auf die umweltpolitischen Herausforderungen. Ursprünglich hatte der BUND am 27.10.2005 für die neue Regierung ein „100-Tage-Pflichtenheft“

http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/100_tage.pdf

vorgelegt, worin er unter anderem forderte, dass sich die CDU/CSU-SPD-Koalition der Bewältigung der großen Herausforderungen aus Klima-, Natur- und Tierschutz widme. Die vorgeschlagenen Aufgaben und Reformen bezogen sich vor allem auf die Abschaffung ökologisch nachteiliger Subventionen, die energiesparende Gebäudesanierung und die Fortführung der Agrarreform. Auch die Marktanreizprogramme für Strom aus erneuerbaren Energien müssen ausgebaut werden. Wenn die neue Koalition ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen wollen, dann müssen sie in diesen Bereichen schnell handeln“, sagte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt.

Der Koalitionsvertrag blieb hinter vielen der einzelnen Forderungen aber zurück. So sei zwar der Plan zu begrüßen, den klimabedingten Temperaturanstieg in diesem Jahrhundert auf zwei Grad zu begrenzen, dieses sehr allgemein formulierte Ziel sei jedoch noch mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen. Akzeptabel sei die faktische Fortsetzung der rot-grünen Energiepolitik, wobei insbesondere die Tatsache hervorgehoben sei, dass die SPD eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke verhindert habe. Auch wolle man ein Endlagersuchgesetz für den bisher angefallenen Atommüll in Kraft zu setzen.

Das nur halbherzige Antasten der umweltschädlichen Subventionen bewertet der Umweltverband als ungenügend. Bei den Themen Chemikaliensicherheit und Gentechnik hätten sich Union und SPD leider dem Druck einflussreicher Industriebranchen gebeugt. Die drohende Verwässerung der Schutzbestimmungen vor gefährlichen Chemikalien und das Aufweichen bislang vorbildlicher Haftungsregeln in der Agro-Gentechnik seien allerdings gravierende Rückschläge.

„Der Abbau umweltschädlicher Subventionen wie Eigenheimzulage und Entfernungspauschale geht in die richtige Richtung. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden. Es darf auch nicht dabei bleiben, dass die größten

landwirtschaftlichen Betriebe ohne jede ökologische Gegenleistung die meisten Subventionen erhalten. Gestoppt werden muss die Vergeudung vieler Milliarden Euro für unnütze Verkehrsprojekte wie den Transrapid“, fordert die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt. Was außerdem fehlerhaft ist die Einführung einer Kerosinststeuer, der Abbau des klimaschädlichen Dienstwagenprivilegs und die Weiterentwicklung der Ökosteuer. Mit diesem Koalitionsvertrag mache sich Deutschland noch nicht auf den Weg in eine nachhaltige Zukunft.

Ein Lichtblick im Koalitionsvertrag sei die vereinbarte Sicherung des nationalen Naturerbes. 125.000 Hektar früherer Militärflächen und wertvolle Naturbiotope entlang des „Grünen Bandes“ an der ehemaligen innerdeutschen Grenze könnten nun geschützt werden.

Schwarz-Rot ohne Kurswechsel in der Umweltpolitik

[Markus Wacket, dpa 28.10.2005] Hoffnungen der deutschen Industrie und vor allem der Stromkonzerne auf einen Kurswechsel in der Energie- und Umweltpolitik einer großen Koalition erfüllen sich nicht. SPD und Union einigten sich auf den weiteren Ökostrom-Ausbau, die Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz und gingen damit auf keine Forderung der Energiekonzerne ein.

„Wir werden ambitionierte Ziele für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien verfolgen“, heißt es im Entwurf zum Koalitionsvertrag. „Deutschland wird weiterhin seine führende Rolle beim nationalen und internationalen Klimaschutz wahrnehmen“, formulieren die Energie- und Umweltpolitiker von SPD und Union für den Koalitionsvertrag. Bis 2020 solle der Anteil an Ökostrom auf mindestens 20 Prozent ausgebaut werden und dann weiter steigen. Das 20-Prozent-Ziel kam noch von Rot-Grün. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) wird demnach unangetastet bleiben. Vorangetrieben wird danach mit Milliarden-Aufwand die Sanierung von Gebäuden. Ausgeklammert bleibt die Frage der Atomenergie, die CSU-Chef Edmund Stoiber mit dem künftigen Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) in der nächsten Woche verhandeln soll. Energiekonzerne: "Da hätte Trittin Minister

bleiben können.“

Das Konzept ist vor allem für die Energiekonzerne problematisch und enttäuschend: Neben dem weiteren Ausbau des konkurrierenden Ökostroms werden ihnen beim EU-Handel mit Abgasrechten Verschärfungen angekündigt. Die Koalition will zudem den Ausstoß von Treibhausgas bis 2020 um über 30 Prozent gegenüber 1990 reduzieren, vorausgesetzt, die EU insgesamt verringert den Treibhausgas-Ausstoß um 30 Prozent. Den Mineralölkonzernen droht der Vereinbarung zufolge zudem die Pflicht zu einer Beimischung von Biokraftstoffen. Dies werde geprüft. Rot-Schwarz will damit Landwirten neue Perspektiven bieten.

Ein führender Vertreter eines großen Energiekonzerns sagte daraufhin Reuters: „Es bleibt alles beim Alten. Da hätte auch Jürgen Trittin Umweltminister bleiben können.“ Die FDP-Energieexpertin Birgit Homburger sprach von einer bitteren Enttäuschung. „Weiterwursteln. Alles wie gehabt“, erklärte sie. Kanzlerkandidatin Angela Merkel hatte im Wahlkampf noch einen radikalen Kurswechsel versprochen.

Die Ökostrom-Branche, vor allem die boomende Solarindustrie, reagierte mit Erleichterung: „Für die Solarenergie besteht damit Investitionssicherheit für die nächsten Jahre“, sagte der Geschäftsführer der Vereinigung Solarwirtschaft, Carsten Körnig, der Nachrichtenagentur Reuters. Dies sei in der sensiblen Aufbauphase der Branche wichtig. Der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) lobte den Entwurf, wünschte sich aber stärkere Ausbauziele. „Der für 2010 angestrebte Anteil von Wärmestrom und Kraftstoff wird schon dieses Jahr erreicht“, sagte BEE-Geschäftsführer Milan Nitzschke. Der Bundesverband Windenergie (BWE) warnte davor, den Bau von Windanlagen im Binnenland ab 2008 zu erschweren.

Das EEG wird nun wie von Rot-Grün geplant nun erst 2007 überprüft werden, Änderungen bei der Förderung von Strom aus Wind, Wasser oder Sonne könnten dann frühestens ab 2008 greifen, sind aber dem Papier zufolge auch nicht geplant. Ausnahme: Die Förderung der Windenergie im Binnenland steht noch zur Debatte. Insgesamt ist damit auch eine diskutierte Deckelung, also eine Höchstgrenze bei der Abnahme von Ökostrom,

vom Tisch.

Ein massiver Ausbau ist bei der Gebäudesanierung geplant. Das Programm soll auf 1,5 Milliarden Euro von jährlich 360 Millionen Euro aufgestockt werden. Zudem soll anstelle der bisherigen Förderung über verbilligte Kredite nun auf einen Investitionszuschuss umgestellt werden. Jährlich sollen fünf Prozent der Gebäude besser wärmegeklämt werden. „Dadurch schaffen wir neue Arbeitsplätze bei Handwerk und Mittelstand.“

Mit Blick auf den Emissionshandel soll dem Text zufolge ab 2008 vor allem bei den großen Energiekonzernen gespart werden. „Hierbei werden wir Mitnahmeeffekte vermeiden und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieverbrauchenden Wirtschaft besonders berücksichtigen.“ Die Konzerne hatten mit Beginn des Handels in diesem Jahr viele Verschmutzungsrechte unentgeltlich von der Regierung erhalten, deren Preise an der Strombörse aber auf den Preis aufgeschlagen. Dies ist bilanzrechtlich erlaubt, führte aber zu einem noch stärkeren Anstieg der Strompreise. Ab 2008 werden erneut Abgaszertifikate ausgegeben, damit kann es dann Änderungen geben. Die EU-Kommission werde zudem dabei unterstützt, den Flugverkehr in den Abgashandel einzubeziehen. In dem Konzept von SPD und Union wird ferner deutlich, dass an den von Rot-Grün entwickelten Zielen des Zuteilungsgesetzes festgehalten wird, um die Klimaschutzziele des Kioto-Vertrages zu erreichen.

Beschlossen wurde von der Arbeitsgruppe zudem, dass das Umweltrecht neu geordnet und in einem Umweltgesetzbuch zusammengefasst wird.

Kein Grund zur Zufriedenheit – Die Große Koalition führt Rot-Grün fort

[Zusammenfassung der Beiträge von R. Metzger, taz vom 04.11.2005 und H. Gersmann, H. Koch, taz vom 07.11.2005] Die große Koalition aus Union und SPD will das Umweltprogramm der rot-grünen Vorgängerregierung in wesentlichen Teilen fortsetzen. „Nachhaltiges Wirtschaften im 21. Jahrhundert soll das Markenzeichen unserer Politik sein“, heißt es im Kompromisspapier der Koalitions-Arbeitsgruppe Umweltpolitik, das der

taz vorliegt. Starke Betonung legten die Verhandler unter Leitung von Sigmar Gabriel (SPD) und Klaus Lippold (CDU) darauf, durch eine „höhere Energie- und Ressourcenproduktivität die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ zu steigern, die „Vermarktung von Zukunftstechnologien“ zu fördern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

In einigen Punkten gehen Union und SPD über Rot-Grün sogar hinaus. So soll es ein Programm zur ökologischen Gebäudesanierung „von mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr“ geben. Die Mittel für Energieforschung sollen schrittweise auf 1 Milliarde Euro pro Jahr steigen. Eine neue „Bundesstiftung Naturerbe“ wird die Naturschutzgebiete zusammenfassen. Außerdem planen die Koalitionäre, die zahlreichen Umweltgesetze in einem neuen Umweltgesetzbuch zu versammeln und zu vereinfachen. Grund zur Zufriedenheit gibt es trotzdem nicht: Die Grundlagen der Umwelt- und Agrarpolitik stimmen weiterhin nicht. Beispiel Umwelt: Das beste Mittel zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs und zur Entlastung der Sozialkassen wäre eine höhere Ökosteuer. Doch die wollten weder Union noch SPD. Stattdessen wird die Mehrwertsteuer erhöht, was wesentlich weniger wirkt. Nach einer solchen Grundsatzentscheidung bleibt der Rest der Umweltgesetzgebung in weiten Teilen eine nette Geste: nicht verkehrt, aber jeder durchschlagenden Wirkung beraubt.

Ähnlich steht es bei der Landwirtschaft: Die EU-weiten Subventionen dafür nähern sich der Marke von 50 Milliarden Euro pro Jahr. Und sie werden nach Kriterien vergeben, die meist gegen Natur-, Tier und Menschenschutz arbeiten. Daran soll auch unter der neuen Regierung nicht gerührt werden, so eine gestrige Einigung. Wer eine solche Basis legt, muss sich später nicht über die relative Folgenlosigkeit vieler noch zu erlassenden Verordnungen wundern.

Zu einer Rücknahme ehrgeiziger Ziele kommt es weiterhin in der Klimaschutzpolitik. Rot-Grün hat die Vorreiterrolle bislang so definiert, dass Deutschland seine Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent reduzieren soll, während für die Europäische Union 30 Prozent angepeilt

werden. Schwarz-Rot dagegen streicht das höhere Ziel von „40 Prozent“ und ersetzt es durch eine unverbindliche Formulierung.

Union und SPD haben sich zudem geeinigt, stromintensive Unternehmen mit höchstens 0,05 Cent pro Kilowattstunde für Ökoenergie zu belasten. Das heißt: Die Industrie bezahlt einen kleineren Teil der Ökostrom-Förderung. „Und die Privathaushalte werden mehr belastet“, kritisiert der grüne Fraktionsvize Reinhard Loske. Davon abgesehen behalten Union und SPD die Förderung der regenerativen Energien aber bei.

Auch bei der grünen Gentechnik setzte sich die Union nicht mit dem harten Kurs durch, den sie zuvor propagiert hatte. Die strittigste Frage: Wer haftet für Schäden, die durch den Anbau von genmanipulierten Pflanzen entstehen? Bläst der Wind zum Beispiel gentechnisch veränderte Rapspollen auf das Feld eines Biobauern, wird seine Ernte verunreinigt und unverkäuflich. Nach derzeitigem Recht muss automatisch der Genbauer in der Nachbarschaft haften. Um die finanzielle Last der Haftung zu mindern, wollte die Union ursprünglich einen Haftungsfonds einrichten, der aus Steuermitteln gespeist werden sollte. Der ist mittlerweile vom Tisch. Schließlich weiß auch die Union nicht, woher das Geld angesichts des derzeitigen Haushaltslochs kommen soll. Nun will die Koalition lediglich „darauf hinwirken“, dass die Saatgutfirmen selbst einen Fonds finanzieren, der im Schadensfall greift. Das lehnt die Industrie bislang ab.

"Der Klimawandel ist bittere Realität"

[Interview taz vom 26.11.2005] Der neue Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) fordert ein "neues Klimaschutzregime" für die Zeit nach Kioto

taz: Herr Minister, Bundeskanzler Helmut Kohl versprach 1997 auf der Klimakonferenz in Bonn, dass Deutschland 25 Prozent weniger CO₂ im Jahr 2012 ausstößt als 1990. Dieses Ziel propagierten auch die Grünen, als sie noch regierten. Heute ist davon keine Rede mehr. Fehlt der SPD Problembewusstsein?

Sigmar Gabriel: Im Gegenteil! Maßstab unserer Klimaschutzpolitik sind die gleichen internationalen Zusagen, wie sie auch von SPD

und Grünen gegeben wurden. Unser Kioto-Ziel lautet: 21 Prozent weniger Treibhausgase bis 2012 im Vergleich zu 1990. Davon haben wir bis 2003 bereits 18,5 Prozentpunkte erreicht. Wir werden die Klimaschutzpolitik konsequent weiterentwickeln. Unser Flaggschiff heißt Emissionshandel. Damit setzen wir marktwirtschaftliche Impulse für 60 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland. Dazu kommen die erneuerbaren Energien, ein Milliardenprogramm für energetische Gebäudesanierung und der Ausbau der Biokraftstoffe. Nicht Abwertung des Klimaschutzes, sondern Nutzung der Herausforderung für Innovationen, Beschäftigung und Wachstum in Deutschland ist unsere Aufgabe.

Statt zu sinken, stieg der Treibhausgasausstoß in Deutschland zuletzt wieder - wenn auch nur leicht. Wer ist schuld?

Während die Trends in Industrie, Verkehr und privaten Haushalten seit 1990 generell nach unten zeigen, sind die CO₂-Emissionen der Energiewirtschaft seit 1999 angestiegen. Und dies, obschon eine Vereinbarung mit der Deutschen Wirtschaft zur deutlichen Senkung ihrer klimarelevanten Emissionen existiert. Das macht mir Sorgen. Hier muss der Emissionshandel seine klimapolitisch erforderlichen Wirkungen erst noch entfalten. Die Energiewirtschaft ist dabei, die Anreize zur Modernisierung ihres Kraftwerksparks zu nutzen.

Die CDU will die Treibhausgasemissionen durch längere AKW-Laufzeiten weiter senken. Sie steht zum Atomkonsens. Mit welchen Konzepten will die SPD verhindern, dass abgeschaltete AKWs durch Kohle- oder Gaskraftwerke ersetzt werden und so die Emissionen weiter steigen?

Wir müssen mehrere Dinge gleichzeitig tun. Erstens müssen wir die enormen Potenziale zur Minderung des Stromverbrauchs nutzen. Denken Sie an die Reduzierung des Stand-by-Verbrauchs: Allein damit ließen sich ein bis zwei Atomkraftblöcke einsparen. Zweitens müssen wir die erneuerbaren Energien ausbauen. Dies heißt nicht nur Wind- und Wasserkraft, sondern mehr und mehr auch Biomasse. Hier boomt der Markt

bereits. Nicht zuletzt müssen modernste Kraftwerke mit den höchsten Wirkungsgraden ans Netz. Diese ersetzen dann nicht nur die abgeschalteten Atomkraftwerke, sondern auch die bis zu fünfzig Jahre alten Kraftwerke im Westen Deutschlands.

Mit welcher Position fährt Deutschland auf die Klimakonferenz nach Montreal?

Wir wollen dazu beitragen, dass jetzt ein zeitlich abgegrenzter Verhandlungsprozess über ein neues multilaterales Klimaschutzregime für die Zeit nach 2012 beginnt, das auf der Architektur des Kioto-Protokolls aufbaut. Das bedeutet weitere bindende Minderungsverpflichtungen für Industrieländer. Auch die USA müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Wichtig ist aber auch die technologische Zusammenarbeit mit Ländern wie Brasilien, China und Indien, die ihr wirtschaftliches Wachstum vom Emissionswachstum entkoppeln müssen.

Welche Konzepte gibt es, um die USA zu mehr Klimaschutz zu animieren?

Aktiver Klimaschutz gewinnt auch in den USA an Boden. Das zeigt sich etwa in den Bundesstaaten im Nordosten, die ein eigenes Emissionshandelssystem für CO₂ einführen wollen. Oder an der Initiative von 186 Städten mit insgesamt 40 Millionen Einwohnern, die sich vorgenommen haben, das Kioto-Ziel von minus 7 Prozent umzusetzen. Diese und andere Aktivitäten außerhalb der Administration bestärken mich in der Erwartung, dass die USA sich dem internationalen Klimaschutzprozess nicht auf Dauer entziehen werden.

Tony Blair hat gesagt: Wenn wir so mit Kioto weitermachen wie bisher, marschiert die Welt definitiv in die Klimakatastrophe. Hat er Recht?

Jüngste wissenschaftliche Untersuchungen lassen in der Tat erschrecken. Der Klimawandel ist bereits bittere Realität, und er schreitet schneller voran, als wir noch vor kurzem erwartet haben. Es muss uns gelingen, den globalen Temperaturanstieg gegenüber dem vorindustriellen Niveau auf zwei Grad zu begrenzen. Anderenfalls steigt die Wahrscheinlichkeit extremer und irreversibler Ereignisse erheblich. Eines dieser Ereignisse ist

das Abschmelzen des Grönlandeises. Dies allein würde zu einem langfristigen Anstieg der Meeresspiegel um sieben Meter führen.

Sigmar Gabriel: SPD konnte in Umweltpolitik überzeugen

Der designierte Umweltminister Sigmar Gabriel führte für die SPD die Koalitionsverhandlungen in der Umweltpolitik. Mit glänzendem Erfolg. Selbst die linksalternative „taz“ ist begeistert. Der „Vorwärts“ sprach mit ihm auf dem Parteitag im Karlsruhe insbesondere über den Erhalt der Ökologischen Steuerreform.

<http://www.vorwaerts.de/magazin/drucken.php?artikel=1472&type=>

CSU-Umweltpolitiker fordern Stoiber heraus

[Christian Schneider, Süddeutsche Zeitung vom 07.10.2005] Nach den Sozialpolitikern begehren nun auch die Umweltpolitiker in der CSU auf. Sie fordern einen Neuaufbruch der Partei und kritisieren „deutliche Defizite in der Umweltpolitik“. Dies sei ein Grund für das schlechte Abschneiden der Union bei der Wahl, sagte der Bundestagsabgeordnete Josef Göppel, der den Arbeitskreis Umwelt (AKU) der CSU leitet. Auf der Landesversammlung des AKU am Wochenende wollen die Mitglieder ihre Forderungen beschließen.

Dazu soll auf der AKU-Landesversammlung am kommenden Wochenende in Ingolstadt ein Strategiepapier verabschiedet werden. Gefordert werden darin unter anderem die Einführung einer „Straßenbenutzungsgebühr für alle Fahrzeuge“ sowie die Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr. Eigentlich, so findet der Bundestagsabgeordnete und Arbeitskreis-Chef Göppel, brauche sich die CSU in der Umweltpolitik nicht verstecken. Denn mit ihrem schon 2003 verabschiedeten Umweltprogramm habe die Partei in diesem Politikbereich ein Fundament gelegt, das jeder Sachdebatte standhalte. Allerdings, so wird in einem Leitantrag für die AKU-Landesversammlung scharf kritisiert, harre dieses Programm noch immer der Umsetzung.

Parallel zu der Landesversammlung, zu der neben dem bayerischen Umweltminister Werner Schnappauf auch der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troge, als Redner erwartet wird, hat Göppel den CSU-Chef und Ministerpräsidenten Edmund Stoiber aufgefordert, die CSU müsse sich bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin als Sachwalter der Umweltpolitik profilieren und „Flagge zeigen“. Bayern habe zwar schon 1970 als erstes Bundesland ein Umweltministerium eingerichtet, inzwischen aber, so kritisiert Göppel, werde die CSU in der Öffentlichkeit nicht mehr als Vorreiter im Umweltschutz wahrgenommen. Ein Neuaufbruch seiner Partei in diesem Politikfeld sei überfällig.

Im Leitantrag für die Landesversammlung in Ingolstadt wird gefordert, die CSU müsse sich an die Spitze der Förderung für erneuerbare Energien setzen. Der Ausstieg aus der Kernenergie wird nicht mehr in Frage gestellt. Die Verlängerung der Laufzeit bereits bestehender Atommeiler müsse an die Betriebssicherheit des jeweiligen Reaktors gebunden sein. Außerdem, so heißt es in dem Leitantrag weiter, müssten die bei der Betriebsverlängerung erzielten Zusatzeinnahmen „für effizientere Technologien und alternative Energiequellen“ verwendet werden. Der Arbeitskreis will die CSU auf die „rasche Umsetzung eines Anreizprogramms zur energetischen Altbausanierung“ festlegen. Die Gaspreis-Bindung solle abgeschafft und die Energieunternehmen zu Kostentransparenz gezwungen werden. Weiter wird ein „Beimischungszwang“ von pflanzlichen Treibstoffen zu Diesel und Benzin gefordert. Schluss machen will der Arbeitskreis der CSU mit der Steuervergünstigung des Flugverkehrs. Unter anderem soll bei Inlandsflügen die Kerosinsteuer eingeführt werden. Auf den Autobahnen sollen „vermehrt zeitlich und räumlich begrenzte Überholverbote für Lkw“ eingeführt werden. Zur Eindämmung des Flächenverbrauchs schlagen die Umweltpolitiker der CSU einen Zertifikatehandel zwischen den Kommunen für neu auszuweisendes Bauland vor. Das Bundesnaturschutzgesetz dürfe „auf keinen Fall“ aufgeweicht werden. Göppel hatte schon Anfang des Jahres in einem Buch bei CDU und CSU ein deutliches Umweltprofil angemahnt. Konsequente Umweltpolitik, so sein

Credo, schafft auch Arbeitsplätze.

Den kompletten Beschluss:

<http://www.goepfel.de/aktuelles/index.php?artikelid=1039>

Bio im Tank macht bald ziemlich blank

[Ulrike Hermann, 15.11.2005] SPD und Union wollen Subvention für Biodiesel streichen - heute sind das 47 Cent pro Liter. So steht es im Koalitionsvertrag. Umweltpolitiker rätseln dennoch, was ihre Parteispitzen entschieden haben. Biodiesel-Produzenten sind bereits alarmiert.

Es ist nur ein kleiner Satz im Koalitionsvertrag von Union und SPD, aber er sorgt für große Aufregung. Er findet sich auf Seite 42 und klingt recht technisch: "Die Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe wird ersetzt durch eine Beimischungspflicht."

Bisher ist reiner Biodiesel an den Tankstellen pro Liter etwa 10 Cent billiger als normaler Diesel. Mit diesem Privileg wäre es vorbei, falls Union und SPD ihren Vertrag wortgetreu umsetzen. Stattdessen würde Biodiesel 47 Cent teurer - das ist der Satz der Mineralölsteuer für Diesel, von dem die alternativen Kraftstoffen bisher befreit sind. Stattdessen soll es eine Beimischungspflicht geben: Die Ölkonzerne würden gezwungen, bis 2010 all ihren normalen Produkten 5,75 Prozent an alternativen Kraftstoffen beizufügen. Das ist nicht ganz neu; eine EU-Richtlinie schreibt bereits vor, dass bis 2010 die Ölprodukte aus 5,75 Biostoffen bestehen sollen.

Die Ölkonzerne können nicht verstehen, warum Union und SPD jetzt einen Beimischungszwang androhen. "Wir übererfüllen unsere Quoten gerade", sagt Barbara Meyer-Bukow vom Mineralölwirtschaftsverband. Für 2005 hat die EU eine Quote von 2 Prozent vorgegeben - "da sind wir weit drüber." 70 Prozent des hergestellten Biodiesels werden allerdings nicht beigemischt, sondern als reiner Biodiesel verkauft - durch rund 1.900 Tankstellen. "Dieser Markt würde massakriert", warnt Karin Retzlaff vom Verband der deutschen Biodiesel-Kraftstoff-Industrie. "Aber es ist ja eine sehr kurze Formulierung im Vertrag", tröstet sie sich. Retzlaff will nun die

"kommenden Wochen" nutzen, um die "Ausgestaltung" der Gesetze zu beeinflussen.

Allerdings kann sie verstehen, dass Union und SPD die Subventionen für den Biodiesel kürzen wollen. Schließlich hatte das rot-grüne Kabinett erst im Juli ermittelt, dass Biodiesel "überfördert" wird. Reiner Biodiesel erhält 5 Cent pro Liter zu viel an Subventionen, bei Beimischungen sind es 10 Cent. "Klar, dass sich jede Regierung damit befassen muss", sagt Retzlaff. Rot-Grün hat im Juli auch ausgerechnet, was es kostet, dass Biodiesel gänzlich von der Mineralölsteuer befreit ist: 2004 verzichtete der Bund auf rund 559 Millionen Euro. Ohne die "Überförderung" hätte der Staat 77 Millionen Euro mehr eingenommen. Retzlaff will nun darauf dringen, dass nur die unnötigen Subventionen zum Thema werden.

Vielleicht ist dieser Einsatz gar nicht nötig. Denn SPD-Fraktionsvize Michael Müller versicherte gestern, dass "alles bleibt, wie es ist". Trotz der Koalitionsvereinbarung. Schließlich gelte das Mineralölsteuergesetz bis 2009. "Was danach ist, muss man sehen." Auch der grüne Energieexperte Hans-Josef Fell glaubt nicht, dass sich die Subventionen streichen lassen. Er sieht "große rechtliche Probleme, denn es gibt einen Vertrauensschutz". SPD-Energieexperte Hermann Scheer wundert sich ebenfalls über den kleinen Satz auf Seite 42: "Das wurde erst am Schluss in der Spitzenrunde entschieden." Die Ursprungsversion der Umweltpolitiker sah stattdessen vor, dass die alternativen Kraftstoffe weiter gefördert werden sollen. Allerdings habe man das "nicht ausdiskutiert".

Nun hofft Scheer auf den Gesetzgebungsprozess. Der jetzige Satz sei "mehr als problematisch". Er hat auch schon ein Kompromissangebot für den Finanzminister: Der Steuervorteil für Beimischungen könnte ruhig gestrichen werden - schließlich profitieren davon vor allem die Mineralölkonzerne, die die Steuerersparnis oft nicht an ihre Kunden weiterreichen. Reiner Biodiesel hingegen sollte weiter stark gefördert werden.

Troge und Gabriel für höhere Dieselsteuer

[Die Zeit vom 10.11.2005] Der Präsident des

Umweltbundesamtes, Andreas Troge, fordert eine Steuererhöhung für Diesel. Aus Sicht des Umweltschutzes sei es 'notwendig, die Mineralölsteuer auf Dieselkraftstoff schrittweise auf das Niveau wie für Benzin zu heben', sagt Troge der ZEIT. Der designierte Umweltminister Sigmar Gabriel macht sich in einer eigenen Sparliste ebenfalls für die Anhebung der Dieselsteuer stark. Bisher ist die Mineralölsteuer für Diesel pro Liter 18 Cent niedriger als für Benzin.

4. ÖKOLOGISCHE STEUER- UND FINANZREFORM

Die Ökosteuerbilanz: ein Plus für Klima und Beschäftigung

[Deutschlandradio, 08.10.2005] Die 1999 eingeführte Ökosteuer wirkt positiv auf den Klimaschutz und die Beschäftigung in Deutschland. Das zeigen drei aktuelle Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Instituts für Internationale und Europäische Umweltpolitik ECOLOGIC, die für das Umweltbundesamt (UBA) die Effekte der Ökosteuer auf Umwelt und Beschäftigung untersucht haben. Durch die Ökosteuer sparten die Deutschen allein im Jahr 2003 20 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid (CO₂). Zum Vergleich: Im Jahr 2003 stießen zum Beispiel die privaten Haushalte rund 120 Millionen Tonnen CO₂ aus. Zudem entstanden rund 250.000 Arbeitsplätze – vor allem bei personalintensiven Unternehmen und Anbietern von Energiespartechnik. „Die Zahlen helfen, die Debatte über die Ökosteuer zu versachlichen. Es war 1999 richtig, die Ökosteuer einzuführen. Und es wäre für den Klimaschutz und den Arbeitsmarkt ein falsches Signal, jetzt auf sie zu verzichten“, sagte Prof. Dr. Andreas Troge, der Präsident des UBA, zu den Ergebnissen.

Die Ökosteuer verteuert den Verbrauch des Stromes sowie von Heiz- und Kraftstoffen. Damit gibt sie den Verbrauchern Anreize, Energie zu sparen und rationeller einzusetzen. Das

Aufkommen der Ökosteuer fließt zu rund neunzig Prozent in die Rentenkassen. Dadurch verringern sich die Rentenbeiträge, die Beschäftigte und Arbeitgeber zu entrichten haben – die Ökosteuer macht Arbeit also billiger und schafft so Impulse für mehr Beschäftigung. Das DIW hat die Wirkungen der Ökosteuer auf die Umwelt ermittelt. Das Ergebnis: Der Kohlendioxid-Ausstoß geht wegen der Ökosteuer kontinuierlich zurück. Allein im Jahr 2003 um etwa 2,4 Prozent – das sparte knapp 20 Millionen Tonnen klimaschädliches CO₂. Bis zum Jahr 2010 lassen sich jährlich sogar rund 24 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Die Ökosteuer ist damit eines der wichtigsten Klimaschutzinstrumente in Deutschland.

Auch die Beschäftigungssituation verbessert sich durch die Ökologische Steuerreform: Um netto etwa 250.000 Arbeitsplätze stieg laut DIW die Beschäftigung bis zum Jahr 2003. Diese Zahl belegt, dass die Ökosteuer Arbeitsplätze schafft und nicht – wie manche behaupten – zum Abbau beiträgt. Zwei Faktoren spielen dabei eine Schlüsselrolle: Erstens senkt die Ökosteuer die Lohnnebenkosten, weil das Aufkommen der Ökosteuer auch dazu dient, die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung zu senken. Zu den Gewinnern der Ökologischen Steuerreform gehören deshalb vor allem die personalintensiven Unternehmen – wie zum Beispiel das Kredit- und das Versicherungsgewerbe.

Zweitens hat die Ökosteuer Unternehmen gefördert, die Produkte oder Dienstleistungen anbieten, mit denen sich die Energieeffizienz steigern lässt – zum Beispiel Anbieter von Wärmeschutzverglasungen, Niedrigenergiehäusern und Energiecontracting. Innovative Produkte und Dienstleistungen zum Energiesparen haben neue Märkte erschlossen und so den Gewinn der Firmen gesteigert. Weiterer positiver Effekt: In vielen Unternehmen hat die Ökosteuer betriebsinterne Innovationen bei der Energieeffizienz angestoßen oder unterstützt. Die Unternehmen konnten durch Innovationen in der Produktion den eigenen Energiebedarf senken und haben so international Wettbewerbsvorteile.

- ECOLOGIC-Teilstudie: <http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-1/2959.pdf>
- ECOLOGIC-Teilstudie: <http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-1/2810.pdf>
- DIW-Studien: <http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-1/2960.pdf> und ganz aktuell <http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-1/2961.pdf>

Was bringt die Ökosteuer – weniger Kraftstoffverbrauch oder mehr Tanktourismus?

[Umweltbundesamt, Oktober 2005] Die 1999 eingeführte Ökosteuer wurde in mehreren Schritten von anfangs 3,07 Cent pro Liter Kraftstoff bis 2003 auf nun 15,3 Cent pro Liter Kraftstoff erhöht. Seit Einführung der Ökosteuer ist ein interessanter Effekt zu beobachten: Der Trend zu kontinuierlich steigendem Kraftstoffverbrauch in Deutschland kehrte sich um. Der Kraftstoffabsatz im Inland ist zwischen 1999 und 2003 um 3,8 Millionen Tonnen – das sind 6,8 Prozent – gesunken – und das, obwohl die Deutschen mehr Auto gefahren sind. Denn die Gesamtfahrleistung hat von 1999 bis 2003 leicht zugenommen: um zwei Prozent.

Befürworter und Kritiker der Ökosteuer streiten darüber, wie diese Zahlen zu interpretieren sind. Die Kritiker sagen, der Anstieg der Fahrleistungen belege, dass die Ökosteuer keinen Einfluss auf die Fahrleistung habe. Die Menschen führen nicht weniger, sondern mehr Auto – mithin sei die Ökosteuer wirkungslos. Zweitens basiere der gesunkene Kraftstoffabsatz auf dem Tanktourismus – also dem Tanken deutscher Autofahrer im Ausland, wo der Kraftstoff zum Teil deutlich billiger ist. Die Befürworter der Ökosteuer sind anderer Meinung: Die Ökosteuer wirke, wie die Trendwende beim Kraftstoffabsatz zeige. Was stimmt nun?

Das UBA ist dieser Frage nachgegangen: <http://www.umweltbundesamt.de/verkehr/downloads/okosteuer.pdf>

Reform der Kfz-Steuer

[Ulrike Herrmann, taz vom 15. und 16. 11.2005]

Auch die Kfz-Steuer soll sich verändern – so steht es im Koalitionsvertrag. Künftig soll sie am „CO₂- und Schadstoffausstoß orientiert“ sein. Nun interessiert natürlich jeden Autofahrer: Welchen Steuernachlass gibt es wann für was? Doch so konkret wird der Koalitionsvertrag insgesamt nicht. Das hat auch der ADAC festgestellt. Jürgen Albrecht, Referent für Verkehrspolitik, „kann sich nur wundern, wie wenig auf 192 Seiten faktisch steht“. Trotzdem habe man sich „gefremt“, dass der Koalitionsvertrag eine CO₂-orientierte Kfz-Steuer zumindest erwähnt. "Die Autoindustrie muss mehr bieten", fordert Albrecht. „Es fehlen vor allem Modelle, die bezahlbar sind und dennoch wenig Sprit brauchen.“ Diesen Bedarf sehen auch die Koalitionspartner. In ihrem Vertrag erinnern sie an die „Selbstverpflichtung“ des europäischen Automobilverbands ACEA, bis 2008 bei Neufahrzeugen zu einer durchschnittlichen Emission von höchstens 140 Gramm CO₂ zu kommen. Ob sich dieses Versprechen noch einhalten lässt, ist allerdings heftig umstritten. So kann der Verband der Automobilindustrie (VDA) überhaupt kein Problem erkennen. „Wir sind auf gutem Wege“, versichert Sprecher Eckehart Rotter. Man liege momentan „sogar unter dem Zielkorridor“ der EU. 2004 hätten die europäischen Neuwagen durchschnittlich 165 bis 168 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen dürfen – „tatsächlich waren es nur 161 Gramm“.

Die Deutsche Umwelthilfe ist dagegen pessimistischer. „Jeder weiß, dass die Autoindustrie das Ziel von 140 Gramm nicht mehr erreichen wird“, sagt Geschäftsführer Jürgen Resch. „Vor allem Dieselfahrzeuge verbrauchen von Jahr zu Jahr mehr.“ Auf der letzten Frankfurter Automobilmesse IAA „lagen praktisch alle deutschen Neufahrzeuge über der Selbstverpflichtung“.

Zum gleichen Ergebnis kommt auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der im Juli ein Sondergutachten für die Bundesregierung erstellt hat. „Wir sind sehr skeptisch“, erklärt Mitarbeiter Helge Jörgens. Ein zentrales Problem der Selbstverpflichtung sei: „Die Verbände haben keine Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den

Mitgliedsfirmen.“

Die Automobilindustrie hat daher während der Koalitionsverhandlungen gezielte Lobbyarbeit betrieben, wie beteiligte Umweltpolitiker berichten. Die Konzerne wollten erreichen, dass sie die Zielmarke von 140 Gramm CO₂ pro Kilometer mit einem Trick erfüllen können: Die Emissionen von Bio-Sprit sollten nicht mitzählen. Damit sind die Autohersteller nicht durchgekommen - jedenfalls nicht bis 2008. „Es war entscheidend, dass wir an dem Ziel von 140 Gramm festhalten konnten“, freut sich SPD-Umweltexpertin Astrid Klug. Für die Zeit danach zeigen sich Union und SPD allerdings nachgiebiger. Bis 2012 streben sie eine „weitergehende Absenkung auf 120 Gramm CO₂ pro Kilometer“ an - dann aber darf ein „bestimmter Prozentsatz“ von Biokraftstoffen eingerechnet werden.

Aber das ist noch weit hin. Zunächst stellt sich die Frage, was 2008 passieren soll, wenn die Autokonzerne die Selbstverpflichtung von 140 Gramm verfehlen. Dazu ist dem Koalitionsvertrag nichts zu entnehmen. „Man kann nur generelle Leitlinien formulieren“, erklärt SPD-Energieexperte Hermann Scheer. „Ein Koalitionsvertrag ersetzt doch nicht das Gesetzgebungsverfahren.“ Vorschläge hatte der Sachverständigenrat bereits im Juli an die Bundesregierung übermittelt. Mitarbeiter Jörgens: „Es müsste auch einen Emissionshandel für Autos geben.“

Interview mit Norbert Walter: „Einige Subventionen gehören in den Reißwolf“

[Joachim Wille, Frankfurter Rundschau vom 21.10.2005] Interview mit Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, der in der neuen Legislaturperiode eine Halbierung der Subventionen per „Rasenmäher-Methode“ fordert, um den Bundeshaushalt zu sanieren. Pendlerpauschale und Eigenheimzulage sollten sogar völlig gestrichen werden, meint er. Eine höhere Mehrwertsteuer befürwortet er, aber nur, wenn sie nicht zum Stopfen der Haushaltslöcher, sondern konsequent zur Senkung der Lohnnebenkosten genutzt wird. In Frankfurt hat Walter Volkswirtschaft studiert, später war er Direktor am Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Er

ist im Beirat des Fördervereins Ökologische Steuerreform, München.

Frankfurter Rundschau: Herr Walter, dem Bund fehlen dieses Jahr bis zu 15 Milliarden für einen ausgeglichenen Haushalt. 2006 droht ein ähnlich großes Loch. Können die Großkoalitionäre es ohne Mehrwertsteuer-Erhöhung überhaupt stopfen?

Norbert Walter: 2005 kommen wir nicht darum herum, das Loch über höhere Schulden zuzumachen. Weder höhere Mehrwertsteuer noch Subventionsabbau wären schnell genug umzusetzen. Es gibt nur einen Trost: Entwickeln sich die Steuereinnahmen weiter so positiv wie seit drei, vier Monaten, können die 15 Milliarden vielleicht auf zehn schrumpfen.

Frankfurter Rundschau: 2006 müssten Bund, Länder und Gemeinden 25 Milliarden einsparen, um einen EU-konformen Etat aufzustellen.

Norbert Walter: 2006 wird es nicht ohne ein Haushaltssicherungsgesetz gehen, welches die Ausgaben der Ministerien deckelt und Einschnitte in Leistungsgesetze ermöglicht. Der Bund muss besonders an die Subventionen ran.

Frankfurter Rundschau: Brächte ein Abbau - von Eigenheimzulage bis Steinkohle - genug Geld herein?

Norbert Walter: Genau das ist die Chance der großen Koalition. In der neuen Legislaturperiode ist eine schrittweise Kürzung der Subventionen um 50 Prozent zu schaffen. Das brächte am Ende rund 65 Milliarden.

Frankfurter Rundschau: Kürzungen mit dem Rasenmäher?

Norbert Walter: Im Prinzip ja, aber mit ein paar Ausnahmen. Einige Subventionen gehören sofort komplett in den Reißwolf. Die Pendlerpauschale und die Eigenheimzulage zum Beispiel. Es macht doch keinen Sinn, die Zersiedelung des Landes und den Bau von Wohnungen und Häusern zu fördern, wenn wir gleichzeitig viel Leerstand haben. Das ist Kapitalverschwendung. Schrittweise sollte man allerdings bei den Subventionen für den öffentlichen Nahverkehr vorgehen.

Frankfurter Rundschau: Die Union hat vor der Wahl eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent angekündigt, die SPD war strikt dagegen.

Norbert Walter: Die Erhöhung ist zwar riskant, aber sie macht Sinn. Die Sorge, dass die zwei Prozent die weiterhin labile Konjunktur kippen könnten, besteht zu Recht. Bei den Konsumausgaben ist tote Hose, die Auftragslage im Baugewerbe ist unterirdisch schlecht, nur der Export läuft gut. Aber: Vor der Erhöhung kriegen wir einen Kaufschub. Der Konsument reagiert wie der Pawlowsche Hund: Wenn er die zwei Prozent sparen kann, rennt er zum Media-Markt und zum Autohändler, um bislang aufgeschobene Konsumwünsche zu befriedigen. Und das dann natürlich folgende Nachfrageloch dürfte zum Teil von der Fußball-WM gefüllt werden.

Frankfurter Rundschau: Einige Experten raten, vier Prozentpunkte draufzusatteln. Das brächte rund 25 Milliarden, und der designierte Finanzminister Steinbrück wäre alle Sorgen los...

Norbert Walter: Ich bin mutig, aber so verrückt, vier Prozent vorzuschlagen, bin ich nicht. Das wäre wirklich ein Konjunkturkiller.

Frankfurter Rundschau: Die Union wollte mit der Mehrwertsteuer eigentlich nicht Etatlöcher stopfen, sondern Lohnnebenkosten senken. Bringt das unter dem Strich wirklich mehr Jobs?

Norbert Walter: Das Konzept ist richtig. Die Unternehmen stellen eher Leute ein, wenn die Arbeit billiger ist - solange die Konjunktur nicht einbricht. Genau vorauszusagen, wie viele Jobs dadurch entstehen, wäre aber Spekulation.

Frankfurter Rundschau: Eine solche Umfinanzierung war auch Ziel der rot-grünen ökologischen Steuerreform. Lohnt es sich nicht, diesen Ansatz weiter zu verfolgen, statt per Mehrwertsteuer alle, auch die energiesparsamen Produkte und Dienstleistungen zu verteuern?

Norbert Walter: Prinzipiell ja. Allerdings habe ich seit 2003 nicht mehr so laut danach gerufen.

Frankfurter Rundschau: Die Energiepreise steigen von alleine.

Norbert Walter: Genau, zuletzt in atemberaubendem Tempo. Der notwendige Trend zu Energiesparen und Energieeffizienz ist bereits angeschoben worden. Man sollte allerdings die Ausnahmen bei der Ökosteuer in der Industrie abschmelzen und das bisher steuerfreie Kerosin besteuern. Letzteres geht aber nur mindestens EU-weit.

Frankfurter Rundschau: Sie sagen: Teure Energie hat auch Vorteile. Wie das?

Norbert Walter: Auch die Ökosteuer hat uns in die Lage gebracht, dass wir auf dem Weltmarkt attraktive Neuerungen bieten können. Energieeffiziente Produkte und Dienstleistungen sowie erneuerbare Energien werden immer wichtiger, Deutschland ist hier vorne dran.

Frankfurter Rundschau: Wäre es nicht sinnvoll, die Ökosteuer beim Sprit nur dann zu erhöhen, wenn der Rohölpreis sinkt? Dann bekäme man ein verlässliches Preissignal, auf das Bürger und Industrie durch sparsameres Verhalten und bessere Technik reagieren können?

Norbert Walter: Ein prima Modell. Nur: in der Praxis funktioniert es nicht.

Frankfurter Rundschau: Warum?

Norbert Walter: Es ist zu kompliziert. Mittelfristig sollte man, wenn der Ölpreis sich beruhigt, zum bekannten Ökosteuer-Prinzip zurückkehren: kleine, mit zeitlichem Vorlauf angekündigte, regelmäßige Aufschläge und daraus Mitfinanzierung der Lohnnebenkosten, aber gleichzeitig eine Reform der Sozialversicherungssysteme. In der Industrie und wo es sonst sinnvoll ist, sollte allerdings das Instrument des Emissionshandels Vorrang haben.

Europäisches Umweltbüro fordert ambitionierte Ökologische Steuerreform in der EU

[Europäisches Umweltbüro, 29.11.2005] Der Dachverband der Europäischen Umweltverbände hat die EU-Kommission aufgefordert ambitionierte Steuer- und Abgabenreformen für realistische Preissignale in die Erarbeitung der neuen Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen. Ansonsten drohe die jetzige Kommission als Schlechteste überhaupt für den Schutz der Öffentlichen Gesundheit, Artenvielfalt und Klimaschutz in die Geschichtsbücher einzugehen.

http://www.eeb.org/press/pr_tax_reform_agenda_eea_291105.htm

5. SPEZIAL: KLIMAKONFERENZ MONTREAL

Zur Rettung der Welt

[Nick Reimer, taz vom 26.11.2005] Die Klimakonferenz in Montreal wird neue Wege suchen müssen, damit der Kohlendioxidausstoß nicht weiter steigt.

450 ppm. Das ist die Rettung der Welt. Zumindest, wenn man der Wissenschaft glaubt. Um es vorwegzunehmen: Von Rettung ist die Menschheit meilenweit entfernt. 450 ppm ist jene Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre, die die Erde um "nur" 2 Grad wärmer machen würde. Aktuell liegt die Konzentration bei 390 ppm. Jährlich kommen ein bis zwei Teile Kohlendioxid pro Million Teile Atmosphäre hinzu - 2 ppm. Es dauert Dutzende Jahre, bis jetzt verbranntes Kohlendioxid in der Atmosphäre ankommt. Selbst bei konsequenter Umsetzung des Kioto-Protokolls würde also die Konzentration noch jahrelang steigen. Und von konsequenter Umsetzung kann keine Rede sein.

Um das zu ändern, reisen 10.000 Experten, Diplomaten, Politiker nach Montreal. Dort wird der kanadische Umweltminister Stéphane Dion am Montag die diesjährige UN-Klima-Konferenz eröffnen. Die Euphorie ist groß. Zum ersten Mal nämlich trifft sich die "Kioto-Welt". Erst der Beitritt Russland in diesem Februar setzte das in der japanischen Stadt Kioto formulierte Klimaschutzprogramm in Kraft. Ziel: Industrieländer sollen ihren Ausstoß von Klimakillern bis 2012 gegenüber 1990 um 5,2 Prozent verringern.

Was in Kioto vor acht Jahren noch ganz fortschrittlich klang, ist im Jahr der Hurrikane längst überholt. Rasant steigt der Ausstoß von Klimagasen in Ländern wie China, Brasilien und Indien. Der "Kioto-Welt" dämmert: Dieses Protokoll ist nicht genug.

Die Erderwärmung: Ein Drittel der Sonnenenergie, die uns erreicht, wird durch Wolken, Schnee und Eis wieder ins Weltall zurückgestrahlt. Kohlendioxid wirkt in der Atmosphäre jedoch wie eine Gasglocke - es hält

Energie zurück. Die Atmosphäre wird somit aufgeheizt. Jahrmillionen ging das gut: Ohne Treibhauseffekt wäre die Erde heute bitterkalt. Durch die Industrialisierung aber wurde es zu viel: Wirtschaftswachstum heißt wachsender Energieverbrauch, der wachsende Kohlendioxidemission bedeutet, die wiederum zur himmlischen Verstopfung führt: Die Glocke aus CO₂-Molekülen wird dichter, die Erde immer wärmer.

Die EU-Kommission glaubt, dass eine um 2 Grad wärmere Erde gerade noch beherrschbar ist. Aktuell hat sich die Atmosphäre um durchschnittlich 0,7 Grad aufgeheizt. Trockenheit am Amazonas, Sommerfluten in Europa- die Wissenschaft sagt nicht: Das liegt am aufgeheizten Klima. Die Wissenschaft sagt: Seit dem aufgeheizten Klima häufen sich die Extreme.

Das in Bonn ansässige Klimasekretariat - die Kioto-Verwaltungsbehörde - veröffentlichte gerade den Kontostand. Statt zu sparen, stieg bei vielen Kioto-Mitgliedern der Ausstoß: plus 42 Prozent in Spanien, plus 22 Prozent in Finnland, plus 17 Prozent in Österreich.

"Viele im Protokoll beschriebene Instrumente gibt es noch gar nicht", sagt John Hay, Sprecher des UN-Klimasekretariats. Das liegt am Protokoll selbst: "Wirksame Verfahren und Mechanismen ... werden von der ersten Konferenz nach In-Kraft-Treten des Protokolls beschlossen", heißt es in Artikel 18. In der ersten Woche wird es auf der Klimakonferenz in Montreal deshalb viel um Kioto gehen.

"Die Montrealer Konferenz wird danach um ein Post-Kioto-Regime ringen", so UN-Sprecher Hay. Das ist die Aufgabe: Mechanismen finden, die die Konzentration zum Ende des Jahrhunderts wieder unter 450 ppm zu drücken. Dass dies erst mal überschritten wird, ist allen mittlerweile klar. Hay: "Wir erwarten in der zweiten Woche mehr als 100 Umweltminister. Die werden sicherlich drastische Worte für eine drastische Situation finden".

Am 9. Dezember geht die Konferenz mit der Montrealer Erklärung zu Ende. Dass die drastisch werden könnte, erwartet ernsthaft niemand.

Das Versagen der Reichen

[Wolfgang Roth, Süddeutsche Zeitung, 28.11.2005] Seit Februar ist das Kyoto-Protokoll in Kraft, das die meisten Industriestaaten zu einer Reduzierung der Treibhausgase verpflichtet. Doch sind die meisten Unterzeichner des Abkommens von ihren Zielen weit entfernt. Die Hoffnung, dass die Wohlstandsstaaten den Schwellenländern vormachen könnten, wie sich Klimaschutz und ökonomische Entwicklungen vertragen, ist bis auf wenige Ausnahmen gescheitert.

Jubelfeiern rund um den Globus, optimistische Reden von Regierungschefs und Ministern in fast aller Welt – so ging es zu am 16. Februar dieses Jahres, als endlich das Kyoto-Protokoll Bestand hatte: Russland hatte sein ewiges Lavieren aufgegeben und das Abkommen ratifiziert. Ein Dutzend Jahre hat es gedauert, bis die unverbindliche, nur mit Absichtserklärungen gespickte Klima-Rahmenkonvention von Rio eine konkrete Ausgestaltung erfuhr.

Das Protokoll, 1997 in zähen nächtlichen Verhandlungsrunden in der japanischen Kaiserstadt geschaffen, brauchte dann noch mehr als sieben Jahre bis zur Rechtskraft; Konferenzen folgten auf Konferenzen, in denen zwar die Zielvorgaben von Kyoto unangetastet blieben, der Weg zu diesen Zielen aber immer gewundener wurde.

Dass schon in Kyoto viele Schlupflöcher geschaffen wurden, lag maßgeblich an den Vereinigten Staaten und Australien, und es mutet wie ein schlechter Witz an, dass sich ausgerechnet diese beiden Nationen vom Protokoll lossagten.

Der ehemalige Vorreiter EU steht schlecht da

Die USA waren alleine für ein Viertel der globalen Treibhausgase verantwortlich. Der kurzfristige Optimismus ist aber auch aus anderen Gründen längst verflogen. Ungefähr 10000 Delegierte und Beobachter, die zwei Wochen lang das Geschehen in Montreal gestalten und begleiten, sie alle haben die jüngsten Zahlen im Gepäck, die das in Bonn beheimatete Klima-Sekretariat gerade bekannt gab. Diese düstere Bilanz entlarvt die vor allem in Europa populären, pauschal an die USA gerichteten Schuldzuweisungen als Ausweichmanöver. Zwar kommen die vom Kyoto-Protokoll erfassten Länder unter dem Strich ihrer Verpflichtung nach.

Dies ist aber nur möglich, weil in der ehemaligen Sowjetunion und ihren früheren Trabantenstaaten ganze industrielle Komplexe weggebrochen sind.

Dass dies so bleibt, wird den Menschen in diesen Staaten aber niemand wünschen. Vor allem in den Beitrittsländern der EU deutet sich wirtschaftlicher Aufschwung an, der mehr Energieverbrauch und mehr Verkehr mit sich bringt. Ob diese Entwicklung mit effizienterer Technik und erneuerbaren Energiequellen gestoppt werden kann, ist äußerst fraglich.

Die Europäische Union, die auf den Klimakonferenzen stets eine Vorreiterrolle für sich beanspruchte, steht alles andere als gut da. Um acht Prozent soll die Union bis 2012 den Ausstoß ihrer Treibhausgase mindern, derzeit sind gerade mal 1,4 Prozent erreicht.

Nur vier EU-Staaten können positive Bilanz vorweisen

Nur Großbritannien, Frankreich und Schweden haben ihr Soll erreicht. Die Briten profitieren in ihrer Klima-Bilanz noch immer von der Zerschlagung der Kohle-Industrie unter Maggie Thatcher, die Franzosen vom starken Einsatz der Kernenergie.

Deutschland steht kurz vor dem Ziel – eine Reduzierung um 21 Prozent. Dazu hat aber stark der wirtschaftliche Umbruch im Osten beigetragen, wo große Teile der DDR-Industrie dichtmachen mussten und nur partiell durch Anlagen ersetzt wurden, die aber auf dem neuesten Stand sind. Dass die deutsche Einheit noch lange viel Geld kostet, ist allerdings nicht zu bestreiten – Geld, das man ansonsten auch in den Klimaschutz hätte investieren können.

In den letzten Jahren steigt in der Stromerzeugung wieder der Ausstoß von Kohlendioxid, den vielen Windrädern zum Trotz. Maßgeblichen Anteil daran haben die Braunkohlekraftwerke in Brandenburg und in Nordrhein-Westfalen, wo sogar eine neue Anlage geplant ist. Deutlich wirkt sich im gesamten EU-Gebiet die Zunahme von Kohlendioxid auf dem Verkehrssektor aus; exorbitante Steigerungsraten hat dabei die Luftfahrt.

Abgesehen von den vier Staaten, die mit guten Bilanzen glänzen können, sieht es in der EU düster aus. Spanien, Portugal, Irland, Finnland, Italien und Österreich haben sich so weit von ihren Kyoto-Zielen entfernt, dass deren Erreichen

unrealistisch ist.

Das Versprechen, die Ausstöße auf dem Stand von 1990 zu halten, wird gebrochen

Dies gilt auch unter der Voraussetzung, dass in diesen Ländern eifrig von den Instrumenten Gebrauch gemacht wird, die das Protokoll bereithält. In erster Linie ist das die Möglichkeit, klimaschonende Projekte in anderen Industriestaaten oder in den Ländern der zweiten und dritten Welt zu finanzieren, wo mit weniger Geld größere Wirkung zu erzielen ist; solche Investitionen können im heimischen Klimakonto gutgeschrieben werden.

Die weitere Option, mit großzügiger Aufforstung Kohlendioxid „einzufangen“ und damit Gutschriften zu sammeln, stößt in Europa an ihre Grenzen. Im Süden leiden viele Regionen unter Trockenheit und Bodenerosion, andere sind regelmäßig von Waldbränden bedroht. Ein Land wie Finnland dagegen ist schon mit Wald überzogen, so weit das Auge reicht.

Das Versprechen von Rio, die Treibhausgase global auf dem Niveau von 1990 zu halten, ist nicht einzuhalten. Nach dem Stand von 2003 haben sie um elf Prozent zugelegt. Eine wesentliche Ursache sind boomende Staaten wie Indien und China, die ihr Schadstoffpotenzial fast verdoppelten.

China rangiert in absoluten Zahlen auf der Sünderliste hinter den USA und der EU. Pro Kopf gerechnet, sieht die Sache anders aus: Ein Amerikaner setzt dem Klima im Durchschnitt zehnmal mehr zu als ein Chinese. Deshalb sind solche Schwellenländer frei von Pflichten geblieben. Die Hoffnung, die Wohlstandsregionen der Erde könnten vormachen, wie sich Klimaschutz und ökonomische Entwicklung vertragen, diese Hoffnung ist – bis auf wenige Ausnahmen – unerfüllt geblieben. Kein Grund zum Feiern also in Montreal.

Trittin: Kioto-Protokoll mit ambitionierten Klimaschutzzielen fortschreiben

[BMU-Pressedienst Nr. 278/05, 17.10.2005] Die EU setzt sich für eine zügige und anspruchsvolle Fortentwicklung des Klimaregimes ein. Den

Startschuss dafür soll die Klimakonferenz in Montreal Ende des Jahres geben. Diese Position haben heute (17.10.2005) die EU-Umweltminister auf ihrem Rat in Luxemburg für die Montrealer Konferenz festgelegt. Bundesumweltminister Jürgen Trittin zeigte sich erfreut über das Ergebnis: „Wir brauchen verbindliche und ambitionierte Klimaschutzziele für die Zeit nach 2012. Nur wenn wir den verbindlichen internationalen Rahmen ausbauen, haben wir eine Chance, den Klimawandel noch auf ein erträgliches Maß zu begrenzen und eine globale Erwärmung um mehr als 2 Grad zu verhindern. Zu dem mit dem Kioto-Protokoll eingeschlagenen Weg gibt es keine Alternative.“ Die Umweltminister befassten sich auch mit einem Vorschlag der Kommission zur Emissionsminderung des Luftverkehrs sowie mit der Chemikalienpolitik.

Im Kioto-Protokoll zum Klimaschutz sind die Reduktionsziele nur bis 2012 festgelegt. Die EU hat sich verpflichtet, bis dahin die Treibhausgase um 8 Prozent zu reduzieren. Deutschland hat im Rahmen der europäischen Lastenteilung 21 Prozent übernommen, davon sind schon gut 19 Prozent erreicht. Die Europäische Union will auch in Zukunft Vorreiter im internationalen Klimaschutz sein. Die EU-Umweltminister haben sich im März für Reduzierungspfade der Industrieländer in der Größenordnung von 15-30 Prozent bis 2020 und 60-80 Prozent bis 2050 (gegenüber 1990) ausgesprochen.

Bundesumweltminister Trittin: „Die Zeit für eine Fortentwicklung drängt: Unsere Industrie braucht Planungssicherheit. Sie braucht ein klares Signal, dass sich Klimaschutz auch in Zukunft innerhalb und außerhalb der EU rechnen wird. Seit der Einführung des Emissionshandels hat jede Tonne ausgestoßenes CO₂ einen Preis. Das lenkt Investitionen in klimafreundliche und moderne Technologien. Über den Clean Development Mechanism (CDM - sauberer Entwicklung), der Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern belohnt, bekommt unsere Industrie zusätzliche Anreize, kohlenstoffarme Technologie in Zukunftsmärkte zu exportieren. Davon profitieren unsere innovativen Branchen wie z.B. die erneuerbaren Energien, die Entwicklungsländer und das Klima gleichermaßen.“

Um die wachsenden Emissionen im Bereich des Flugverkehrs einzudämmen, werden auf EU-Ebene verschiedene Instrumente diskutiert. Die Kommission hält zu Recht die Einbindung des Luftverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem für die beste Lösung. Der Emissionshandel ist sowohl ökologisch effizient als auch kostenwirksam, da Einsparungen dort vorgenommen werden, wo sie ökonomisch am Sinnvollsten sind. Zudem werden Wettbewerbsverzerrungen vermieden, wenn alle innerhalb der EU stattfindenden Flüge und alle von der EU abgehenden Flüge in den Emissionshandel mit einbezogen werden. Es bleibt eine Aufgabe, Kostengerechtigkeit im Verkehr herzustellen. Während Auto und Zug teils mit hohen Mineralölsteuern und Stromsteuern belastet sind, ist der Flugverkehr davon und weitgehend auch von der Mehrwertsteuer ausgenommen.

Bisher trägt der Luftverkehr zwar mit 3 Prozent nur relativ wenig zu der Gesamtmenge der klimaschädlichen Treibhausgase in der EU bei - dieser Anteil wächst jedoch überproportional im Vergleich zu anderen Sektoren. Sofern keine Maßnahmen zur Verminderung getroffen werden, prognostiziert die Kommission einen Anstieg der Emissionen aus dem internationalen Luftverkehr von Flughäfen in der EU um 150 Prozent bis 2012.

USA: "Wir sind gegen jede derartige Diskussion"

[*Süddeutsche Zeitung*, 30.11.2005] Die Amerikaner wollen sich auch weiterhin auf keinerlei Klimaschutzziele festlegen. Dabei sind sie für ein Viertel des weltweiten Kohlendioxidausstoßes verantwortlich. Eine neue Studie zeigt: Europa steht der dramatischste Temperaturanstieg seit 5000 Jahren bevor. Die USA lehnen jegliche Ausweitung von Klimaschutzvereinbarungen für die Zeit nach 2012 ab.

Die Vereinigten Staaten seien „gegen jede derartige Diskussion“, sagte US-Delegationsleiter Harlan Watson am Dienstag bei der Weltklimakonferenz im kanadischen Montréal.

Die USA wollten für die Reduzierung der Treibhausgase weder konkrete Mengenziele noch einen Zeitplan festlegen. Die US-Regierung hat das Kyoto-Protokoll zur Reduzierung der Treibhausgase, das Anfang des Jahres in Kraft getreten ist, nicht unterzeichnet. Das Land verursacht 25 Prozent der jährlichen Treibhausgas-Emissionen.

"Nur ein wirkliches Problem: die USA"

Watson verwies auf mehr als 400 Projekte der USA zum Klimaschutz mit anderen Ländern, darunter auch mit der Europäischen Union.

„Es gibt mehr als einen Weg, um den Klimawandel zu begegnen“, betonte er. Von 2000 bis 2003 habe die USA den jährlichen Ausstoß der Treibhausgase um fast ein Prozent reduziert, während die Wirtschaft stark gewachsen sei. Dies sei unter anderem durch den Einsatz fortschrittlicher Energietechnik geschehen. Vor dem Jahr 2000 war der Ausstoß allerdings stark gestiegen.

Bei der Montréaler Klimakonferenz gebe es „viele Themen auf der Tagesordnung, aber nur ein wirkliches Problem: Die USA“, kritisierte Greenpeace-Sprecher Bill Hare. Die Haltung der Regierung in Washington sei unverantwortlich.

19,7 Tonnen Kohlendioxid pro Amerikaner

EU-Verhandlungsleiter Artur Runge-Metzger sagte, in Montréal werde nicht über konkrete Zielvorgaben verhandelt: „Montréal ist nicht Kyoto.“ Es sei jedoch nötig, die Diskussion über den künftigen Klimaschutz zu starten.

Das Wirtschaftswachstum sei auch in der EU längst vom Kohlendioxidausstoß abgekoppelt. Die 15 alten EU-Staaten hatten nach Angaben der Kommission von 1990 bis 2003 ein Wirtschaftswachstum von 27 Prozent. Der Treibhausgasausstoß sei zugleich um 1,7 Prozent gesunken.

Diese 15 EU-Länder stoßen nach jüngsten Daten der Internationalen Energie Agentur zudem pro Einwohner weit weniger Kohlendioxid aus, als die USA: Ein US-Bürger produzierte 2003 im Schnitt 19,7 Tonnen Kohlendioxid, ein Bürger der alten EU-Staaten 8,7 Tonnen, ein Bundesbürger brachte es auf 10,4 Tonnen. Zum Vergleich: Der Pro-

Kopf-Ausstoß in China betrug 2,9 Tonnen und in Indien eine Tonne.

Angebote an den großen Verweigerer USA

[Michael Baumüller, Süddeutsche Zeitung, 28.12.2005] Die Kyoto-Staaten wollen den führenden Schadstoffsünder für den Klimaschutz gewinnen, ohne dabei zu große Zugeständnisse zu machen. In Hollywood wäre es unmöglich, in Montreal geht es: Der Hauptdarsteller bleibt im Hintergrund. Vordergründig wollen die Vertragspartner über Korrekturen am Kyoto-Protokoll sprechen und vor allem über die Zeit nach 2012.

Hinter den Kulissen aber treibt die Kyoto-Staaten um, wie sich die USA verhalten, weltgrößter Emittent von Schadstoffen und seit der Präsidentschaft George W. Bushs Gegner allzu strikter Klimaziele.

Nicht umsonst ist Kanada Gastgeber des Gipfels. All denen in den USA, die sich dem Klimaschutz verbunden fühlen, soll die Teilnahme leicht gemacht werden. Ort und Zeitpunkt sind damit bestens gewählt: Angesichts der katastrophalen Wirbelstürme Katrina und Rita ist der Widerstand gegen Bushs Klimapolitik gewachsen, Städte und Bundesstaaten plädieren offen für eine Teilnahme am Kyoto-Pakt.

Das Fundament für eine neue Partnerschaft soll deshalb vor allem abseits des großen Gipfels entstehen. Etwa beim Treffen der Oberbürgermeister. 200 Vertreter großer Kommunen wollen am Rande der Montreal-Konferenz eine Erklärung erarbeiten, die den Klimaschutz unterstreichen soll, viele von ihnen werden aus den USA anreisen.

In dieselbe Richtung zielt der „Leaders Summit“, veranstaltet von den kanadischen Provinzen Quebec und Manitoba. Er soll die Gouverneure und Regierungschefs von Bundesstaaten und Provinzen an einen Tisch bringen – darunter auch die Vertreter progressiver US-Bundesstaaten etwa aus dem nahen Neuengland.

Industriestaaten drücken sich um Verantwortung

Zumindest bei einem Teil der offiziellen Beratungen sitzen die USA und das ebenfalls Kyoto-kritische Australien mit am Tisch. Denn der Montreal-Gipfel vereint – neben den Parallel-Veranstaltungen – zwei Großgipfel. Zum einen ist er das erste Treffen der 157 Kyoto-Teilnehmer.

Im Vertrag hatten sie sich verpflichtet, spätestens sieben Jahre vor Auslaufen des Protokolls über die Nachfolge zu debattieren. Damit beginnen sie nun. Parallel erörtern die 189 Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention zum elften Mal, wie sich der Treibhauseffekt stabilisieren lässt.

Kanadas Umweltminister Stéphane Dion hat drei „I’s“ ausgemacht, über die er verhandeln will: Die Implementierung, die sichern soll, dass bisherige Beschlüsse überhaupt eingehalten werden; das Improvement, zu deutsch Verbesserung, weil allen Teilnehmern klar sein dürfte, dass es im Klimaschutz immer noch besser geht; und die Innovation, sprich: die Suche nach neuen Ansätzen.

Letzteres kommt auch den USA und Australien entgegen, die sich in ihrem „Klimapakt“ dafür aussprechen, mehr auf den Fortschritt zu setzen. Industrieländer könnten schon allein dadurch das Klima schonen, dass sie umweltschonende Technologien in Entwicklungsländer exportieren. Damit verbinden die reichen Staaten auch die Hoffnung, selbst nicht allzu große Opfer für das Erdklima bringen zu müssen. Klimaschutz fände dann vermehrt dort statt, wo etwa alte Fabriken und Kraftwerke weitaus mehr schädliche Gase in die Luft pumpen, als es vergleichbare Werke etwa in den USA oder in Deutschland täten. Ein Ansatz übrigens, der auch in der deutschen Industrie begeisterte Anhänger findet.

Entwicklungsländer müssen helfen

Umweltschützer warnen nun vor einem Grundsatzstreit zwischen Befürwortern von Kyoto und denen des Technologie-Ansatzes. In Wirklichkeit gehörten beide zusammen, sagt Jennifer Morgan, Delegationsleiterin des World Wide Fund for Nature (WWF).

„Wir müssen in Montreal schaffen, schneller zu werden. Sonst haben wir keine Chance, unter zwei Grad zusätzlicher Erderwärmung zu bleiben.“ Nur eines dürfe nicht passieren: dass man die USA um jeden Preis ins Boot holt. „Letztlich ist uns ein

starkes Abkommen ohne die USA lieber als ein schwaches mit ihnen“, sagt Morgan. Und zum starken Abkommen sollen dann auch die Entwicklungsländer gehören, die bisher von der Pflicht zur Kohlendioxid-Minderung ausgenommen waren.

Mit Spannung erwarten Beobachter die Rolle der Europäischen Union. Bislang kämpfte sie stets für ehrgeizige Ziele im Klimaschutz. Doch in Montreal sind neben dem deutschen Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) einige neue Umweltminister mit dabei. Das wieder stärkt die Rolle ihrer britischen Kollegin Margaret Beckett. Großbritannien, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, lavierte zuletzt im Klimaschutz herum: Mal liebäugelte Premier Tony Blair mit dem amerikanischen Streben nach neuer Technologie, mal forderte er mehr Engagement im Klimaschutz, etwa beim G-8-Gipfel im Juli in Gleneagles.

Das schlechtestmögliche Ergebnis des Gipfels haben Umweltschützer schon definiert. „Das wäre“, sagt WWF-Frau Morgan, „dass er ganz ohne Ergebnis bleibt.“

Der Klima-Diplomatie fehlt der Motor

[Nick Reimer, Kommentar in der taz vom 28.11.2005] Zeigen, dass Klimaschutz funktionieren kann, das hatte die EU dem Rest der Welt versprochen. Und der Rest der Welt hat das auch von Europa gefordert: die USA taten es, weil sie dem ganzen Kioto-System misstrauen; die Entwicklungsländer, weil sie zu Recht auf den Ursprung des Klimaproblems hinweisen: den "Western Way of Life".

Europa war bisher stets der Motor der internationalen Klima-Diplomatie. Mit gutem Grund: Ein Mitteleuropäer verursacht 20-mal mehr Kohlendioxid als ein Inder. Aber natürlich muss man auch einem Inder das Recht einräumen, vom Fahrrad auf den Benz umzusteigen - wenn er denn kann. Nun können dies aber nicht nur Inder, sondern auch Chinesen immer öfter. Stiegen aber alle auf den Benz um, so würde nicht nur das Klimasystem ziemlich schnell kollabieren. Europa hat sich deshalb bereit erklärt, einen westlichen Lebensstil zu entwickeln, der ein bisschen klimafreundlicher ist.

Ein bisschen heißt exakt 8 Prozent: Um diesen Betrag will die EU ihren CO₂-Ausstoß bis 2012 senken - bezogen auf das Jahr 1990. Nur: Von diesen 22 Jahren sind 15 schon vorbei. Aktuell liegt das Abendland aber gerade mal bei minus 1,4 Prozent. Europa müsste also, will es sein Ziel noch schaffen, in der Hälfte der Zeit mehr als das Dreifache einsparen. Und das, wo doch die "leichten Jahre" vorbei sind: jene, in denen die zusammengebrochenen Volkswirtschaften im Osten des Alten Kontinents mit höchster Energieeffizienz wieder belebt wurden. Höchste Energieeffizienz bedeutet effizienteste Reduktion von Kohlendioxid.

Schwer vorstellbar also, dass sich der Motor Europa in den verbleibenden sieben Jahren berappelt und sich doch noch ins Ziel schleppen kann. Berappelt er sich nicht, bleibt als Botschaft: Erst wirtschaftliche Verwerfungen ermöglichen effektiven Klimaschutz. Europa bleibt also gar nichts anderes übrig, als sein Klimaziel zu schaffen - und gleich ein nächstes, wesentlich ehrgeizigeres zu formulieren. Entwickelt die EU keine Ideen, wie ihr energetisch ausschweifender Lebensstil klimaverträglicher wird, wird die Welt irgendwann Europa den Lebensstil diktieren.

6. SCHUTZ DES WELTKLIMAS

Umweltweise: Neue Regierung muss an Erfolge anknüpfen

[Jörg Michel, Berliner Zeitung, 05.10.2005] Ob Fluten, Dürren, Stürme oder das Abschmelzen des Gletschereises: Die Folgen des Klimawandels sind unübersehbar. Und sie wurden zu lange unterschätzt. Zu diesem Ergebnis kommt der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umwelt in seinem jüngsten Gutachten. Als Konsequenz forderte das Gremium die kommende Regierung auf, die Anstrengungen beim Klimaschutz zu verstärken. „Eine Kehrtwende in der Klimapolitik darf es nicht geben“, sagte Ratsmitglied Martin Jänicke am 05.10.2005 in Berlin. Die Experten wandten sich damit gegen Forderungen von Wirtschaftsverbänden. Diese hatten von der neuen Regierung mit Blick auf

angebliche Nachteile für die deutsche Industrie mehr Zurückhaltung in der nationalen Klimaschutzpolitik verlangt. Dem widersprachen die wissenschaftlichen Berater der Bundesregierung: Klimaschutz sei kein Wettbewerbshindernis sondern eine Chance, betonte Jänicke. Umweltfreundliche Techniken seien ein Renner auf den internationalen Märkten und Deutschland sei dabei ein Vorreiter. „Dies trägt nun erste Früchte“, so Jänicke.

Nach Angaben der Umweltweisen hat Deutschland weltweit den stärksten Rückgang bei Treibhausgasen erreicht. Gegenüber 1990 gebe es ein Minus von fast 19 Prozent. Der Anteil erneuerbarer Energien habe man seit 1998 verdoppeln können, schreibt der Umweltrat. Zugleich boome bei den Klimaschutztechnologien der Export.

Trotz dieser Erfolge sehen die Experten auch Defizite. So steige bei den Stromversorgern der Ausstoß von Treibhausgasen wieder an. Zwischen 1999 und 2003 sei es im Kraftwerkssektor zu einem Plus von acht Prozentpunkten gekommen. Der Ausbau umweltschonender Kraftwerke aus Kraft-Wärme-Kopplung komme nicht schnell genug voran. So sei deren Anteil an der Stromerzeugung beispielsweise in Dänemark fünfmal höher als in Deutschland. Auch bei der Gebäudewärme gebe es Potenziale, die durch eine bessere Förderung erschlossen werden könnten. Und schließlich sei die Autoindustrie bei der Entwicklung verbrauchs- und emissionsarmer Fahrzeuge nicht schnell genug vorangekommen.

Konkret forderten die Sachverständigen die nächste Bundesregierung auf, emissionsreiche Verkehrsträger wie das Flugzeug stärker zu belasten. Es sei unvertretbar, dass Fluggesellschaften keine Ökosteuer und bei Auslandsflügen auch keine Mehrwertsteuer zahlen müssten, kritisierte Experte Jänicke. Auch die Subventionierung der Kohle-Förderung gehöre auf den Prüfstand. Neue Kohlekraftwerken dürfen nicht gebaut werden. In der Kohlepolitik habe Rot-Grün keine klimaschonende Politik gemacht. Jänicke äußerte die Erwartung, dass eine große Koalition dieses Thema leichter angehen könnte, weil es dann keine starke Opposition dagegen geben würde.

Den Ausbau der Kernkraft zur Lösung von

Klimaproblemen halten die Experten für falsch: „Es gibt keine nukleare Option des Klimaschutzes. Wer meint, mit Atomkraftwerken könnte man das klimapolitische Problem lösen, der muss viel Fantasie haben, was die Kosten dieser Entwicklung betrifft“, sagte Jänicke. Die Union will die Laufzeiten von Kernkraftwerken verlängern und hatte dies unter anderem damit begründet, dass die Atomkraft weit gehend klimaneutral sei

UBA Veröffentlichung der neuen Klimaschutz-Konzeption

[Umweltbundesamt, 17.10.2005] Das Umweltbundesamt (UBA) erwartet von der neuen Bundesregierung, den Klimaschutz mutig voranzutreiben: „Je länger sich wirksame Gegenmaßnahmen weltweit hinauszögern, desto höher werden die Risiken und Schäden des Klimawandels – zum Beispiel durch extreme Wetterereignisse. Unter einer großen Koalition bieten sich gute Möglichkeiten, Deutschland wirtschaftlich zu modernisieren und die Abhängigkeit von der Einfuhr teurer fossiler Rohstoffe zu verringern“, sagt Prof. Andreas Troge, Präsident des UBA bereits Mitte Oktober anlässlich der Veröffentlichung der Klimaschutz-Konzeption „Die Zukunft in unseren Händen – 21 Thesen für eine Klimaschutzpolitik des 21. Jahrhunderts“ des Amtes. Das Credo des UBA: Eine gefährliche Störung des komplexen Klimasystems ist noch zu verhindern. Das UBA beschreibt auf 173 Seiten unter anderem, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten das zum Beispiel in den Bereichen Verkehr und Energieerzeugung zu schaffen ist.

Die 14. These ist dabei dem Thema Klimaschutz und ökologische Steuerreform gewidmet: Um die ökonomischen Anreize zum Energiesparen der Unternehmen, privaten Haushalte und des Verkehr zu verstärken, sind die Steuern auf Energieverbrauch in Abhängigkeit von der Preisentwicklung fossiler Energieträger und der Anpassungsfähigkeit der Energieverbraucher mittelfristig moderat zu erhöhen sowie an nachvollziehbaren, umweltbezogenen Kriterien auszurichten. Die Ökologische Finanzreform umfasst auch eine umweltschutzgerechte Subventionpolitik. Kurzfristig ist es hierzu unter

anderem erforderlich, Kerosin für Flugzeuge möglichst international zu besteuern, die Eigenheimzulage und die Pendlerpauschale abzuschaffen, sowie die Ausnahmen für die Industrie und Land- und Forstwirtschaft bei der Strom- und Mineralölsteuer weiter zu reduzieren. Um staatliche Ausgaben und Programme nachhaltig zu gestalten, sind darüber hinaus Umwelt- und Klimaschutzaspekte systematisch in das öffentliche Haushalts- und Beschaffungswesen zu integrieren.

Lesen Sie hierzu:

<http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2962.pdf>

Deutsche Versicherungswirtschaft aktive Klimaschutzpolitik wichtig!

[BMU, Pressemitteilung vom 17.10.2005] Die deutschen Versicherer sind überzeugt: Wirksamer Klimaschutz zahlt sich aus. In einem Positionspapier für die kommende Legislaturperiode betont der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft die Wichtigkeit einer nachhaltigen Klimapolitik. Das am 21. Oktober vorgelegte Positionspapier des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) weist auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Klimaschutzpolitik hin, die in der Diskussion häufig zu kurz komme. Auch wenn nach wie vor darüber diskutiert werde, in welchem Umfang die in der jüngsten Vergangenheit aufgetretenen Wetterphänomene auf eine von Menschen verursachte Klimaveränderung zurückzuführen seien, müsse doch registriert werden, dass diese Phänomene zunehmen und die volkswirtschaftlichen Schäden steigen, so die Versicherer. Nur vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Klimapolitik könnten die Versicherer die auftretenden Schäden angemessen abdecken, heißt es in dem Positionspapier.

Die Bundesregierung hat in vielfältiger Form auf die Erderwärmung reagiert. So enthält das 2000 aufgelegte und 2005 fortgeschriebene "Nationale Klimaschutzprogramm" einen Katalog von Maßnahmen, wie die Menge der vom Menschen produzierten Klimagifte reduziert werden kann: in der Industrie, beim Verkehr, in den private Haushalten, in der Land- und Forstwirtschaft

sowie in der Abfallwirtschaft.

Die umfassende Klimapolitik ist deshalb ein integralen Bestandteil der von der Bundesregierung verabschiedeten nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Schon heute steht Deutschland in Sachen Klimaschutz weltweit an der Spitze.

„Keine Chance für die Kioto-Ziele“

[Nick Reimer, taz vom 18.11.2005] Die Wirtschaftswissenschaftlerin Claudia Kemfert meint: Europa ist Beweis dafür, dass Klimaschutz scheitern muss.

taz: Frau Kemfert, sind Sie von den dramatisch schlechten Zahlen überrascht?

Claudia Kemfert: Nein, überhaupt nicht. Wer sich die Mühe gemacht hat, die Klimaschutz-Instrumente in Spanien, Griechenland oder Finnland auf ihre Wirksamkeit hin zu untersuchen, musste mit solchen Ergebnissen rechnen. Die Instrumente sind nicht ausreichend.

taz: Die Sünderliste führt etwa Finnland an, das jetzt ein neues AKW baut. Können Sünder mit solchen Maßnahmen ihre Kioto-Ziele noch schaffen?

Claudia Kemfert: Nein, da sehe ich keine Chance. Finnland hat sich beispielsweise verpflichtet, 8 Prozent weniger zu emittieren als 1990. 16 Jahre später liegt das Land mit 22 Prozent im Plus. Das bedeutet: Die Finnen müssten binnen sechs Jahren knapp ein Drittel ihrer Emissionen einsparen. Mir sind keinerlei Instrumente oder Ideen bekannt, die das bewerkstelligen könnten.

taz: Dabei hat die EU ihren Mitgliedern klare Hausaufgaben übertragen. Hat die Kommission Fehler gemacht?

Claudia Kemfert: Es erweist sich bereits heute als Fehler, dass die im Kioto-Protokoll verankerten Reduktions-Verpflichtungen nicht sanktionsbewehrt sind. Weil eben keine Strafe auf dem Fuße folgt, muss man sich auch nicht so anstrengen.

taz: Auch Deutschland war schon mal besser, hat sich von seinem Reduktionsziel weiter entfernt. Woran liegt das?

Claudia Kemfert: Vor allem im Verkehrsbereich

gibt es zu wenig Klimaschutz-Maßnahmen. Aber auch von großen Energiekonzernen müssen wir mehr Klimaschutz einfordern.

taz: Führt die EU jetzt geschwächt auf den Klimagipfel von Montreal?

Claudia Kemfert: Natürlich! Die Europäer waren angetreten, zu beweisen, dass Klimaschutz geht. Daraus haben sie auch ihren Anspruch abgeleitet, Motor in den Verhandlungen zu sein. Klar erscheint heute: Europa wird sein Ziel, 2012 insgesamt 8 Prozent weniger Kohlendioxid als 1990 auszustoßen, nicht schaffen. Nach 16 Jahren Klimaschutz sind wir bei minus 1,8 Prozent. Das bedeutet: Wir müssten in den kommenden sechs Jahren 6,2 Prozent einsparen. Statt Vorreiter zu sein, scheint sich Europa zum Beweis zu entwickeln: Klimaschutz muss scheitern.

Gleneagles-Dialog zu Klimaschutz, sauberer Energie und nachhaltiger Entwicklung

Energie- und Umweltminister aus 20 Ländern trafen sich am 1. November 2005 in London. Der britische Premierminister Tony Blair hielt dazu und anlässlich des Gleneagles-Dialog zu Klimaschutz, sauberer Energie und nachhaltiger Entwicklung eine Rede: <http://www.british-embassy.de/de/news/items/051102c.htm>

USA: Milliarden schwere Technologie-Offensive gegen Klimawandel

Technologischer Fortschritt ist die beste Antwort auf die Bedrohung reicher Volkswirtschaften durch den Klimawandel und rasant steigende Preise für Energie und Rohstoffe. Das ist die Grundidee für das „Climate Change Technology Program“ der US-Regierung. Mit dem im September vorgelegten Programm verfolgen die USA drei wesentliche Ziele: Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Minderung der Treibhausgasemissionen, die Führerschaft bei vielversprechenden Technologien für Energiewirtschaft und Industrie, nicht zuletzt eine Bündelung und Fokussierung der staatlichen Mittel für Forschung und Entwicklung in vielen Bereichen. Näheres unter: <http://www.climatechnology.gov/stratplan/draft/index.htm>

Trotz Kyoto nimmt Ausstoß von Treibhausgasen zu

[Marco Finetti, Süddeutsche Zeitung, 18.12.2005]

Die Vertragsunterzeichner hatten 1997 ein hehres Ziel. Bis 2012 sollten weniger Gase das Klima belasten. Doch nun steht fest: Die Emissionen der Industriestaaten steigen stetig. Dabei bleiben die Schwellenländer bei der neuen Studie noch gänzlich unberücksichtigt.

Auf der ganzen Welt wurde gefeiert, als am 16. Februar dieses Jahres das Kyoto-Protokoll in Kraft trat. In dem 1997 auf der Klimaschutzkonferenz der Vereinten Nationen beschlossenen Vertrag verpflichteten sich die Industriestaaten, bis 2012 im Schnitt 5,2 Prozent weniger Kohlendioxid und andere Klimagase in die Luft zu pusten als 1990.

Um die Ratifizierung des Protokolls war in vielen Staaten heftig gerungen worden, nun wurde es endlich völkerrechtlich verbindlich. Für Bundesumweltminister Jürgen Trittin war dies ein „wahrhaft historischer Moment“, wie der Grünen-Politiker bei einer Feier im Bonner Rathaus verkündete. Neun Monate und einen Tag später nährt eine ebenfalls in Bonn präsentierte Studie der Vereinten Nationen nun jedoch erhebliche Zweifel an der Wirkung von Kyoto und anderen internationalen Vereinbarungen wie dem UN-Klimaschutzabkommen. Denn der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen steigt weiter deutlich an. Alleine die Industriestaaten werden 2010 voraussichtlich gut zehn Prozent mehr Klimagase freisetzen als 1990. Dies zeigt die bislang umfangreichste Untersuchung zur weltweiten Emission von Kohlendioxid, Methan, FCKW-Ersatzstoffen und anderen Gasen, die das UN-Klimasekretariat (UNFCCC) am Donnerstag auf der Grundlage offizieller Statistiken aus 40 Industriestaaten vorstellte.

Dunkelziffer in den Schwellenländern

Nicht weniger, sondern mehr Klimabelastung – die Entwicklung geht also in die falsche Richtung. Dabei haben, wie UNFCCC-Leiter Richard Kinley erläutert, die diversen Abkommen zunächst zu „messbaren Reduzierungen“ geführt.

So seien in den entwickelten Länder zwischen 1990 und 2003 insgesamt knapp sechs Prozent weniger Klimagase freigesetzt worden. Dies ist jedoch fast ausschließlich den früheren Ostblock-Staaten zu verdanken. Dort waren die Emissionen nach dem Abbau der überwiegend veralteten Industrieanlagen um fast 40 Prozent gesunken. In den westlichen Industriestaaten stieg der Treibhausgas-Ausstoß im selben Zeitraum dagegen um beinahe 20 Prozent an, besonders stark in einigen EU-Staaten wie Spanien (plus 42 Prozent), Irland (plus 26) und Österreich (plus 17).

In den USA, die nach wie vor die meisten Treibhausgase ausstoßen, kletterten die Emissionen um 13 Prozent nach oben. In Deutschland sanken sie dagegen deutlich um 18 Prozent, womit die deutsche Selbstverpflichtung im Kyoto-Protokoll von minus 21 Prozent bis zum Jahr 2012 fast erreicht ist. „Weitere nachhaltige und stärkere Bemühungen zur Reduzierung ihres Treibhausgas-Aufkommens“, fordert das Klimaschutzsekretariat nun von den Industriestaaten. Dabei dürfte die Entwicklung hier bei allem Negativtrend sogar noch positiver sein als in den Schwellenländern.

Diese müssen ihre Emissionen nicht an die UN melden, weshalb sie in der aktuellen Studie nicht auftauchen. Klimaexperten sind sich freilich sicher, dass etwa in China und Indien der Treibhausgas-Ausstoß noch weit stärker ansteigt als in den Industriestaaten.

http://unfccc.int/files/essential_background/background_publications_htmlpdf/application/pdf/key_ghg_data_web.pdf

7. EMISSIONSHANDEL

Doppelte Dividende für Stromkonzerne - Steigende Börsenpreise für CO₂-Emissionsrechte werden zum Abkassieren genutzt

[Susanne Goetze, Jörg Staude, Neues Deutschland, 08.10.2005] An der Leipziger Strombörse sind die Preise für CO₂-Zertifikate

förmlich explodiert. Der seit Anfang des Jahres laufende Handel mit Emissionsrechten dient den Energiekonzernen als Alibi für Strompreiserhöhungen. Wie können die an die Wirtschaft reichlich und kostenlos verteilten Emissionszertifikate plötzlich mehr als 20 Euro wert sein und auch noch den Strompreis in die Höhe treiben? Eine Veranstaltung der Deutschen Energieagentur (dena), zu der Stromversorger, Industrie und Wissenschaftler geladen waren, versuchte sich kürzlich in Berlin an Erklärungen. Mutige Worte wagte Hans-Joachim Ziesing vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): „Die Energieversorger kassieren durch den hohen Strompreis und die kostenlos zugewiesenen Zertifikate eine doppelte Dividende.“ Auch der Verband der Industriellen Kraftwirtschaft (VIK) ging die Stromriesen scharf an: Diesen ginge es um „Windfall Profits“, schimpfte VIK-Geschäftsführer Alfred Richmann. Problematisch sei zudem, dass die Strompreise nicht sinken würden, obwohl der Preis für die Tonne CO₂ in den letzten Wochen wieder gefallen sei.

Zuvor hatte die Nachfrage nach Emissionsrechten im Sommer überraschend stark angezogen. Ursächlich, so die Experten, seien vor allem externe Einflüsse wie die hohen Gaspreise gewesen. Um in der ersten CO₂-Handelsperiode 2005 bis 2007 die nötigen Einsparungen zu erreichen, hatten die großen Stromversorger europaweit aufs klimaschonende Erdgas gesetzt. Dem machte der steigende Öl- und folgend der anziehende Gaspreis einen Strich durch die Rechnung. Ein weiterer unvorhergesehener Faktor war die Dürre in Südeuropa, wegen der Wasserkraft nicht zur Verfügung stand. Das traf auch hiesige Versorger. Entscheidend ist aber, dass der hohen Nachfrage nach Verschmutzungsrechten ein geringes Angebot gegenübersteht. Noch nicht alle Länder Europas nehmen an dem Handel teil. Ob aus Osteuropa demnächst ein warmer Regen auf Westeuropa niedergeht, ist auch mehr als fraglich. Viele Länder, bei denen ein Überschuss vermutet wird, würden jetzt CO₂-Rechte zurückhalten, hieß es auf der dena-Veranstaltung. Rege Beteiligung soll es dagegen von Banken und Hedge-Fonds gegeben haben. Das schürt den Verdacht, die

hohen CO₂-Preise könnten auch spekulativer Natur sein.

Auch wenn die derzeit hohen Zertifikatepreise erklärbar sind – was hat das mit dem gestiegenen Strompreis zu tun? Für Jürgen Krause von Vattenfall ist das Einpreisen der teuren Zertifikate „betriebswirtschaftlich rational“, weil diese inzwischen einen Marktwert repräsentierten. Die Energieversorger räumten ein, dass es auch „Windfall Profits“ gebe. Deren Höhe bezifferte ein Industrievertreter auf eine dreistellige Millionensumme. „Die Versorger leben in Europa auf einer Insel, während wir unsere Produkte global absetzen müssen“, klagte Axel Moritz vom Chemiekonzern BASF.

Fazit der Veranstaltung: Zur Zeit dient der Emissionshandel vor allem dazu, mit kostenlos erhaltenen Zertifikaten an den Börsen Geld zu verdienen. Und dann wird der hohe Zertifikatepreis von den Versorgern auch noch fleißig beim Strompreis mit einkalkuliert. Um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, sehen Experten wie DIW-Vertreter Ziesing nur ein Mittel: Der Staat sollte die Zertifikate künftig nicht mehr verschenken, sondern per Auktion versteigern.

Kostenlose Emissionszertifikate belasten Haushalt und Umwelt. Greenpeace kritisiert Milliarden-subsidien an die Industrie

[Presseerklärung, Greenpeace vom 09.11.2005]

Die kostenlose Vergabe von CO₂-Emissionszertifikaten an die Energiekonzerne kommt einer Industriesubvention gleich. Dies prangert Greenpeace heute (09.11.2005) in einem offenen Brief an die designierte Bundeskanzlerin Angela Merkel, SPD-Chef Franz Müntefering und die neuen Mitglieder des Bundestages an. Diese Milliarden-geschenke setzen nach einer Greenpeace-Analyse falsche Marktsignale, verzerren den Wettbewerb und behindern effektiven Klimaschutz. Greenpeace fordert, die CO₂-Emissionszertifikate nicht mehr kostenlos zu vergeben, sondern an die Industrie zu versteigern. Das würde für die Energiekonzerne Anreize schaffen, den CO₂-Ausstoß deutlich zu verringern.

„Es ist absurd, bei den Koalitionsverhandlungen jeden Cent zweimal umzudrehen, aber gleichzeitig

auf Milliarden Euro Einnahmen zu verzichten“, erklärt Greenpeace-Energieexperte Karsten Smid. „Natürlich wollen die Energiekonzerne weiterhin mit Klimazerstörung Milliarden verdienen. Dafür darf sich die neue Regierung aber nicht benutzen lassen.“

Die Industrie in Deutschland erhielt 2005 bei einem durchschnittlichen Zertifikatspreis von 21 Euro pro Tonne Kohlendioxid Verschmutzungsrechte im Wert von 10,5 Milliarden Euro geschenkt. Davon hätten nach geltendem EU-Recht fünf Prozent versteigert werden können. Selbst auf diese Einnahmen hat die Bundesregierung jedoch verzichtet. Greenpeace fordert, die Zertifikate komplett zu versteigern, ähnlich wie bei den UMTS-Lizenzen. Dazu muss die EU-Emissionsrichtlinie umgehend überarbeitet werden. Laut Ergebnispapier der Koalitionsarbeitsgruppe „Wirtschaft und Technologie“ planen CDU/CSU und SPD hingegen, die Kostenbelastung der Industrie durch den CO₂-Emissionshandel weiter zu senken.

Außerdem profitieren von der kostenlosen Vergabe von Emissionszertifikaten gerade die klimaschädlichsten Energieformen am meisten. „Die größten CO₂-Schleudern, nämlich die Braunkohlekraftwerke, werden so zu puren Gelddruckmaschinen auf Kosten der Steuerzahler. Kein verantwortungsbewusster Politiker kann diesen volkswirtschaftlichen und ökologischen Unsinn weiterführen wollen“, so Smid.

Zur Zeit üben Energiekonzerne wie RWE massiven Druck auf die Politik aus, um die kostenlose Vergabep Praxis auch in Zukunft festzuschreiben. Erst am Montag (07.11.2005) hatte die Stromwirtschaft offen an die Bundesregierung appelliert, die Emissionsrechte nicht weiter zu verknappen. In den nächsten Jahren müssen viele neue Kraftwerke gebaut werden. Denn nur die kostenlose Zuteilung von Verschmutzungsrechten macht klimazerstörende Braunkohlekraftwerke profitabel. Dies gilt als erstes für das geplante neue Braunkohlekraftwerk in Neurath bei Köln. RWE hatte den Bau des umstrittenen Kraftwerks an eine Zusage für kostenlose Emissionszertifikate geknüpft.

CO₂-Handel: Engpass bei Behörden

Bis zum 1. März 2006 müssen erstmals Unternehmen, die dem europaweitem CO₂ – Treibhausgashandel unterliegen, die Höhe der in 2005 getätigten CO₂-Emissionen an die Behörden melden. Da dem Emissionsbericht zentrale Bedeutung zur Festlegung der Abgabeverpflichtung in Millionenhöhe zukommt, muss der Bericht zuvor durch einen externen Sachverständigen verifiziert werden. Obwohl nur noch 96 Werkzeuge bis zur spätesten Abgabe des verifizierten Berichts zur Verfügung stehen, gibt es in Deutschland noch keine Regeln, wie diese Überprüfung erfolgen soll. Lesen Sie hierzu Näheres unter:

http://www.umweltdialog.de/umweltdialog/emissionen/2005-10-27_CO2_Handel_Engpass_bei_Behoerden.php

Erste CERs ausgegeben

Das Executive Board für Clean Development Mechanism (CDM) gab zum ersten mal zertifizierte Emissionsreduktionen (CERs) aus. Lesen Sie dazu

http://www.netinform.de/KE/Aktuelles_Detail.aspx?ID=938

8. FLUGVERKEHR

Fliegende „Dreckschleudern“

[NGZ-Online, 30.09.2005] Der niederrheinische Europaabgeordnete Karl-Heinz Florenz, auch zuständig für den Kreis Neuss, unterstützt die Europäische Kommission dabei, den Flugverkehr in den Emissionszertifikate-Handel aufzunehmen.

Florenz ist Vorsitzender des Umweltausschusses im Europäischen Parlament und betont, der Flugverkehr habe mit Abstand die höchsten Wachstumsraten an den klimaschädigenden CO₂-Emissionen. Florenz: „Der Emissionshandel kann ein Stück dazu beitragen, dass die Fluggesellschaften sich Gedanken hierüber machen.“

Allerdings gibt es auch Widerstand gegen das Vorhaben. So sprachen sich Vertreter der

Deutschen Lufthansa bei Florenz gegen eine Beteiligung am Emissionshandel aus, da man bereits „über die emissionsärmsten Techniken“ verfüge.

Florenz geht es indes um die „Dreckschleudern - und die kommen in der Regel nicht aus Deutschland“. Florenz warnt aber davor, den Flugverkehr in den bestehenden Emissionshandel der etwa 11 000 europäischen Industrieanlagen einzugliedern. „Dann kaufen die großen Fluggesellschaften dem Mittelstand die Zertifikate weg.“

EU-Diskussion zu Klimaschutz und Flugverkehr

[eClimail - 10.10.2005] Neue Bewegung kommt in die Diskussion um Politikinstrumente im Flugverkehr. Die EU-Kommission hat am 1. September ein Arbeitspapier veröffentlicht, das die Möglichkeiten der EU-Mitgliedstaaten untersucht, eine Abgabe auf Flugtickets für die Finanzierung der Entwicklungshilfe zu erheben. Bereits vor der Sommerpause stellte die Kommission die Studie: „Giving wings to emissions trading“ vor, in der Optionen untersucht werden, wie der Flugverkehr in das EU-Emissionshandelssystem einbezogen werden kann. Download der Studie:

http://europa.eu.int/comm/environment/climat/pdf/aviation_et_study.pdf

9. AUTOVERKEHR

CSU-Politiker für Tempolimit auf deutschen Autobahnen

[Süddeutschen Zeitung, 10.10.2005] Diese Forderung ergibt sich aus einem Leitantrag, den der CSU-Arbeitskreis Umwelt bei seiner Jahresversammlung in Ingolstadt verabschiedet hat. Die dort in allgemeinen Worten geforderte Harmonisierung der europäischen Verkehrsordnungen bedeute auch, dass Deutschland sich dem generellen Tempolimit anderer europäischer Länder anschließe, sagte der wiedergewählte Arbeitskreis-Vorsitzende Josef

Göppel. Ein Tempolimit werde den Energieverbrauch im Straßenverkehr weiter senken und auch die Unfallzahlen reduzieren. Auch eine Kerosinsteuer für Inlandsflüge halten die Umweltpolitiker der CSU für nötig. Zudem solle auf Flugbenzin generell Mehrwertsteuer erhoben werden, heißt es in dem Leitantrag.

Der mit 54 von 55 abgegebenen Stimmen wiedergewählte Göppel verlangte, die Forderungen als Position der CSU in die Koalitionsgespräche einzubringen. „Wir brauchen jetzt auf Bundesebene einen neuen Aufbruch der Umweltpolitik.“ Es sei ein strategischer Fehler, den Einsatz für Natur- und Umweltschutz nicht offensiv zu vertreten. Mit großer Mehrheit sprachen sich die Delegierten zudem dafür aus, die Laufzeit von Atomreaktoren nur unter bestimmten Bedingungen zu verlängern. Neben der technischen Betriebssicherheit gehöre dazu auch eine gesicherte Endlagerung des hochradioaktiven Atommülls. Zudem dürften die dadurch entstehenden Zusatzeinnahmen nicht in den Kassen der Energiekonzerne verschwinden, sondern müssten für die weitere Erforschung von Energiealternativen eingesetzt werden, sagte Göppel. Wie im CSU-Umweltprogramm aus dem Jahr 2003 wurde auch eine generelle Straßenmaut gefordert. Sie soll jedoch „in europäischer Abstimmung“ eingeführt werden, hieß es.

Die CSU-Umweltexperten sprachen sich auch für eine gesetzliche Beimischungspflicht von pflanzlichen Treibstoffen zum Autosprit aus, wie es sie seit dem 1. Oktober im Nachbarland Österreich gebe.

Dies werde sich auch auf die Preise dämpfend auswirken, sagte Göppel. „Die Mineralölkonzerne können nicht mehr so schalten und walten, wenn wir 15 bis 20 Prozent der Energie aus dem eigenen Land in die Tanks bringen.“ Umweltminister Werner Schnappauf (CSU) sprach sich ebenfalls für eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und vor allem der Biomasse aus. Ebenso mahnte er weltweite Anstrengungen für mehr Klimaschutz an. Die neue Bundesregierung muss nach seinen Worten innovatives Wirtschaftswachstum mit ökologischer Verträglichkeit verbinden.

Autobahn-Vignette ist Unsinn

(Süddeutsche Zeitung, Werner Reh, Verkehrsexperte des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), vom 13.10.05)

Eine Vignette für die Nutzung der deutschen Autobahnen in Höhe von 100 Euro pro Jahr, wie jetzt von Länderverkehrsministern vorgeschlagen, löst kein einziges der drängenden verkehrs- und umweltpolitischen Probleme. Sie würde weder die Verkehrsbelastung reduzieren, noch zu einer Verlagerung des Verkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsträger führen. Den Ländern geht es im Gegenteil bei der Autobahnvignette lediglich darum, eine zusätzliche Geldquelle für naturzerstörende und sinnlose Straßenbauprojekte aufzutun. Die Konsequenzen einer Maut wären verheerend. Ein Siebtel des Autobahnverkehrs, das sind 30 Mrd. Fahrzeugkilometer, würde auf das nachgeordnete Straßennetz ausweichen. Lärm und Schadstoffausstoß in den Städten würde entsprechend zunehmen. Der Klimakollaps würde durch weiteren Straßenbau beschleunigt.

Der vollständige Artikel:

http://vorort.bund.net/verkehr/aktuell/aktuell_15/files/5045_kommentar_pkw_maut.pdf

Eurovignette

[Newsletter Michael Cramer, MdEP, 20.09.2005]

Nachdem der Verkehrsministerrat im Juli einen - völlig unzureichenden - gemeinsamen Standpunkt zur Eurovignettenrichtlinie verabschiedet hatte, versucht der Verkehrsausschuss nachzubessern. Die Berichterstatterin hat den Richtlinienvorschlag um maßgebliche Punkte (u.a. aus der 1. Lesung) ergänzt: Verursacherprinzip, Förderung der Internalisierung externer Kosten, Entwicklung eines Modells zu Monetarisierung externer Kosten, Vermeidung von Ausweichverhalten durch die Einbeziehung weiterer Straßen, Möglichkeit zur Differenzierung der Mautsätze auch bezogen auf PM10- und NOx-Emissionen sowie EURO-Schadstoffklassen, flexiblerer Baukosten-/Berechnungsansatz, Senkung des zulässigen Gesamtgewichts von 12 t auf 3,5 t.

http://www.europarl.eu.int/meetdocs/2004_2009/documents/pr/577/577834/577834de.pdf

<http://www.michael-cramer.de/verkehr/69460.html>

10. ENERGIEPOLITIK UND ENDE DES ÖLS?

Öl sparen macht flüssig - Das Grünbuch der EU zeigt, wie die europäischen Verbraucher ihre Energiekosten jährlich um 60 Milliarden Euro senken könnten

[Jeremy Rifkin, Süddeutsche Zeitung vom 07.11.2005] Erste Anzeichen von Panik sind zu spüren. Politiker wie Unternehmensleiter suchen aufgeschreckt nach Auswegen, seit der Ölpreis auf dem Weltmarkt zeitweise mehr als 60 Dollar pro Barrel erreicht hat. Schon bald könnten die Kosten laut Voraussagen auf bis zu hundert Dollar je Fass klettern, während gleichzeitig die weltweiten Ölreserven schwinden. Die Weltwirtschaft hat dadurch an Schwung verloren, und es ist bereits von einer neuen, lang anhaltenden Rezession auf den Weltmärkten die Rede, ja einige Ökonomen sprechen sogar von einer globalen Wirtschaftsdepression, die Jahrzehnte andauern könnte.

Plötzlich werden wir aus unseren Träumen gerissen und sind damit konfrontiert, wie sehr unser Leben von Öl abhängt. Wir sind eine Öl-Zivilisation. Unsere Nahrungsmittel werden mit Hilfe von Kunstdüngern und Pestiziden angebaut, die aus Erdöl gewonnen werden. Auch unsere Kunststoffe, die pharmazeutischen Produkte und nicht zuletzt auch unsere Kleidung werden zu einem Großteil aus Erdöl gewonnen. Auch Transportmöglichkeiten und Energiewirtschaft hängen vom Öl ab. Während unsere führenden Köpfe angesichts der heraufziehenden Ölkrise ratlos sind, werden die Verbraucher rund um den Globus von den hohen Preisen für Sprit und Heizöl hart getroffen. Mit einem Ende dieser Ölkrise ist nicht zu rechnen. Sie wird unser Leben dauerhaft begleiten.

Während wir über die Misere jammern, veröffentlichte die Europäische Kommission unlängst beinahe unbemerkt eine 46 Seiten starke Schrift, in der sie detailliert Strategien und Wege aus der Ölkrise aufzeigt. In diesem „Grünbuch zur Energieeffizienz“

(http://europa.eu.int/comm/energy/index_en.html) legt

die Kommission dar, was jeder Einzelne von uns schon heute tun kann, um den Kostenschock zu mildern. Dem Bericht zufolge könnten allein die Mitgliedstaaten der EU mindestens 20 Prozent ihres jetzigen Energieverbrauchs und damit 60 Milliarden Euro pro Jahr netto einsparen, wenn sich strikte Energie-Sparprogramme quer durch alle Schichten der europäischen Gesellschaft durchsetzen würden – in Privathaushalten, Geschäftsgebäuden, Fabrikanlagen und im Verkehr. In den vereinigten Staaten könnte sogar noch mehr eingespart werden, da die Menschen dort derzeit etwa 50 Prozent mehr Energie benötigen als die Europäer, um die gleiche Wirtschaftsleistung zu erreichen.

Die Verbraucher sollten endlich aufhorchen. Wie die EU-Kommission in ihrer Untersuchung zeigt, könnte ein durchschnittlicher EU-Privathaushalt bis zu tausend Euro pro Jahr an Energiekosten einsparen. Damit würden die steigenden Ölpreise weitgehend ausgeglichen. Das EU-Grünbuch steckt voll detaillierter Informationen darüber, wie wir durch ein Umdenken in allen Aspekten unseres täglichen Lebens zu einer besseren Energiebilanz gelangen können. Die Vorschläge reichen von Anreizen zum Kauf von Autos mit effizienterem Kraftstoffverbrauch über Tempolimits bis hin zu Energiesparmaßnahmen in privaten, öffentlichen und gewerblichen Gebäuden, etwa durch Wärmedämmung und luftdichte Doppelfenster, Energiesparlampen, energiesparende Software in Haushaltsgeräten, die Erneuerung nationaler Stromnetze und andere Vorkehrungen.

Doch Sparen allein ist nicht genug. Wir müssen uns auch von unseren Ölabhängigkeiten lösen und mehr in die Entwicklung erneuerbarer Energien – Wind- und Solarenergie, Erdwärme, Wasserkraft und nachwachsende Rohstoffe – investieren. Wir sollten auf eine grüne Wasserstoffwirtschaft hinarbeiten, um den wirtschaftlichen Absturz und zugleich die Folgen der Erderwärmung zu verhindern. Dadurch könnten auch zahllose neue Arbeitsplätze geschaffen werden; allein in Europa, das zeigen aktuelle Schätzungen, bis zu einer Million.

Doch woher soll das Geld für eine neue Wasserstoff-Energiewirtschaft und die entsprechende Infrastruktur dafür kommen? Wir sollten uns ernsthaft überlegen, die Steuerlast

weiter zu verlagern. Die Idee hinter diesem Konzept ist denkbar einfach: Umweltschädliche Aktivitäten sind höher zu besteuern. Das Geld könnte dann in die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen und in die Brennstoffzelle auf Wasserstoffbasis fließen.

Ökologische Steuerreformen sind bereits in einigen europäischen Ländern mit Erfolg eingeleitet worden, darunter in Schweden, Dänemark, den Niederlanden, in England, Finnland, Norwegen, Italien und Deutschland. Besonders in Deutschland gibt es begeisterte Befürworter der Idee, die Steuerlast weiter zu verlagern, wie das beispielsweise durch die Ökosteuer auf Kraftstoff, Heizöl und Strom zugunsten einer Verringerung der Lohnnebenkosten praktiziert wird. Durch die Ökosteuer auf Benzin und Diesel ist der Kraftstoffverbrauch im Jahr 2001 gegenüber 1999 um fünf Prozent gesunken. Gleichzeitig nahm das Carsharing um 25 Prozent zu, also die Bereitschaft, dass sich immer mehr Menschen ein Auto teilen.

Gegenwärtig beträgt allerdings die Verlagerung der Steuerlast zu Gunsten der Umwelt insgesamt nur etwa drei Prozent der weltweiten Steuereinnahmen. Doch in dieser Steuerpolitik liegt ein ungeheures Potential. So könnte eine zusätzliche Besteuerung fossiler Brennstoffe global pro Jahr mehr als eine Billion Dollar einbringen. Jährlich würden weltweit weitere 500 Milliarden Dollar frei, wenn Subventionen für umweltschädliche Industrien gestrichen würden. Diese Mittel könnten für Investitionen verwendet werden, um erneuerbare Energien zu finanzieren – die Wasserstoffzukunft könnte auf diese Weise Gestalt annehmen.

Konzerne wehren sich zwar gegen eine höhere Steuerbelastung ihrer umweltschädigenden Unternehmen, doch nur so können sie gezwungen werden, den ineffektiven Umgang mit Ressourcen zu beheben. So werden konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt. Wie Untersuchungen zeigen, zählen Industrien in Ländern mit den höchsten Umweltsteuern international zu den besten.

Die Staaten sollten sich nicht scheuen, den „nationalen Notstand“ auszurufen und sich ein Ziel von fünf Jahren zu setzen, um die Vorschläge in dem „Grünbuch zur Energieeffizienz“ der EU-

Kommission in die Praxis umzusetzen. Denn so viel ist sicher: Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Die wunderbare Ölvermehrung

[Hauke Ritz, taz vom 4.11.2005] Wenn heute die Internationale Energieagentur (IEA) ihre jährlich mit Spannung erwartete Prognose zu den weltweiten Ölvorkommen in der Bibel der Energiewirtschaftler, dem „World Energy Outlook 2005“, vorlegt, befindet sie sich in einer ungewohnt schwierigen Situation: Sie muss zu ihren eigenen Fehleinschätzungen Stellung nehmen. Jahrzehntlang galten die Studien und Vorhersagen der von 26 Mitgliedstaaten getragenen internationalen Institution als unanfechtbar. Durch ihr großes Renommee hat die IEA die Energiepolitik der letzten Jahrzehnte in einem Maße beeinflusst wie kaum ein anderer Akteur. Stets hat die Behörde prognostiziert, dass trotz weltweit steigenden Ölverbrauchs die Energiepreise niedrig bleiben würden. Und dass die Zukunft den fossilen Energieträgern gehört. Noch vor einem Jahr versuchte die IEA in ihrem Jahresbericht alle Befürchtungen zu zerstreuen, Energie könnte knapp werden. „Der Welt geht das Öl jetzt noch nicht aus“, so das Fazit. Die IEA versprach sogar, die tägliche Fördermenge ließe sich bis 2030 um 50 Prozent steigern.

Unabhängige Geologen verweisen jedoch seit mehreren Jahren darauf, dass die Produktionsspitze bald erreicht sei. Für diesen Wendepunkt in der Wirtschaftsgeschichte hat der Geologe Colin Campbell den Begriff „Peak Oil“ geprägt und mit anderen Wissenschaftlern die „Association for the Study of Peak Oil (Aspo)“ gegründet. Ist der Scheitelpunkt überschritten, geht die Ölförderung unaufhaltsam zurück.

Die Aspo warnte jedoch bisher vergebens. Zu groß war der Einfluss der IEA. Doch nun scheint selbst die Europäische Union umzudenken. EU-Energiekommissar Andris Piebalg hielt Ende September eine aufrüttelnde Rede vor dem EU-Parlament: „Die Kommission ist höchst besorgt über die Situation auf den Ölmärkten.“ In „tief gehenden Debatten“ hätte die Kommission einen „europäischen Aktionsplan“ entwickelt, um den europäischen Energieverbrauch kurzfristig um 20 Prozent zu drosseln. Im Ton höchster Dringlichkeit setzte sich Piebalg dafür ein, ein

eigenes „europäisches Energiemarkt-Überwachungssystem“ zu gründen. Diese neue Behörde solle endlich „zuverlässige Informationen“ beschaffen. Um den Affront gegen die IEA abzumildern, gab Piebalg als offiziellen Grund an, dass schließlich nicht alle EU-Länder dort Mitglied seien.

„Die EU fühlt sich offensichtlich von der IEA nicht mehr ausreichend informiert“, sagt Jörg Schindler, der das Energieberatungsunternehmen L-B-Systemtechnik leitet. Er wirft ihr eine „riesige Desinformationskampagne“ vor. Ihre Berichte hätten immer zwei Ebenen. „Wenn es um die Fördermengen in der Vergangenheit geht, sind die Studien exakt. Aber bei den Förderprognosen bewegen sich die Autoren in einem Paralleluniversum.“ Statt geologische Tatsachen ernst zu nehmen, werde einfach an die Allmacht technischen Fortschritts geglaubt - obwohl die größten Ölfelder im Schnitt bereits zu 40 Prozent erschöpft seien. „Wie soll das alles gehen?“, meint Schindler empört und vergleicht den „World Energy Outlook“ mit der *Prawda*. „Man muss zwischen den Zeilen lesen, um die Wahrheit zu erkennen.“ Bezeichnend dafür ist die Tautologie, „dass die prognostizierte Ausweitung der Förderung nur möglich ist, wenn die geschätzten Reserven auch wirklich vorhanden sind.“ Als würde die IEA ihren eigenen Studien nicht glauben.

Dazu passt auch, dass die Agentur trotz ihrer optimistischen Prognosen im Mai die Studie „Schnell Öl sparen“ vorgestellt hat. Neben Fahrverboten wird darin auch das Energiesparpotenzial verkürzter Arbeitswochen untersucht. „Während man nach außen hin Sonntagsreden hält“, sagt Schindler, „rechnet man intern mit dem Schlimmsten.“ Er vermutet, „dass auf die IEA-Wissenschaftler massiver politischer Druck ausgeübt wird“. Die USA würde ihren Einfluss nutzen, um die Datengrundlage der Prognosen zu diktieren. Denn die IEA stützt sich in ihren Analysen auf die Untersuchungen der amerikanischen Bundesbehörde für geologische Studien (USGS). Deren Arbeit ist aber wiederholt kritisiert worden. Denn sie berechnet nicht nur die Größe von Ressourcenvorkommen. „Sie fügt ihren Schätzungen auch noch einen Wachstumsfaktor hinzu“, moniert etwa Rudolf

Rechsteiner, ein Schweizer Sozialdemokrat und Mitglied im Aspo-Vorstand. Die USGS begründe dieses unterstellte „Reservewachstum“ damit, dass sich im Nachhinein auch die US-Ölfelder als viel größer erwiesen hätten. „Aber die wurden schon im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert entdeckt“, wendet er ein, „heute sind die Explorationsmethoden viel exakter.“ Dank der verbesserten Vermessungsmethoden konnten die später entdeckten Ölfelder des Nahen Ostens sofort realistischer eingeschätzt werden. „Die statistischen Verfahren der USGS“, so Rechsteiner, „sind unseriös.“

Doch es gibt noch weitere Tricks, mit denen die Statistiken geschönt werden: So kalkulieren die USGS-Geologen mit Ölvorkommen, die es höchstwahrscheinlich überhaupt nicht gibt. Beispiele hierfür werden in der 2004 erschienenen Studie „Energieversorgung am Wendepunkt“ von Werner Zittel und Jörg Schindler angeführt. Danach sind sich die US-Geologen zu 95 Prozent sicher, dass sich vor Grönland kein Öl finden lässt. Bleibt eine Restunsicherheit von 5 Prozent. Diese 5 Prozent dienen jetzt der USGS dazu, hohe Reservenvorkommen zu errechnen. So geht man mit fünfprozentiger Wahrscheinlichkeit davon aus, dass dort Ölvorkommen existieren könnten, die doppelt so groß wie jene in der Nordsee sind. Aus beiden Schätzungen leitet die USGS einen Mittelwert ab. Ergebnis: Obwohl man sich zu 95 Prozent sicher ist, vor Grönland kein Öl zu finden, geht diese Region mit 75 Prozent der Nordseevorkommen in die Statistik ein.

Dennoch verwendet die IEA die Studien der USGS. So sagte die IEA voraus, dass bis zum Jahr 2025 in Mexiko 23 Milliarden Barrel Öl zu finden seien. Doch nach Veröffentlichungen der „IHS Energy“, der größten privaten Datenbank über Ölvorkommen, hatte man bis 2002 lediglich 0,8 Milliarden Barrel entdeckt. „Die Öffentlichkeit wird systematisch in die Irre geführt“, sagt Rechsteiner. „Die IEA hat immer nur die wirtschaftlichen Interessen der Atom- und Ölindustrie bedient.“ So hat die Behörde noch 2002 einen Ölpreis um die 30 Dollar bis 2030 prognostiziert, um die erneuerbaren Energien als zu teuer darzustellen. „Denn die lassen sich dezentral nutzen“, so Rechsteiner, „und daran würden die Monopole der Energiekonzerne

zerbrechen.“

Mittlerweile denken aber selbst Ölfirmen um. Auf der Homepage von BP wird die Frage, „wann geht uns das Öl aus“ sogar schon als Themenschwerpunkt vorgestellt. Neben einer Erklärung der Peak-Oil-Theorie wird auch auf Aspo verwiesen - obwohl man deren Prognosen weiterhin zurückweist.

Auch die Bundesanstalt für Geologiewissenschaften und Rohstoffe (BGR) rückt inzwischen von den optimistischen IEA-Vorhersagen ab. „Wir zweifeln die IEA-Studien an“, sagt Öl-Experte Hilmar Rempel der taz. Er erwartet den „Peak“ zwischen 2005 und 2020. Dennoch übernimmt die BGR weiterhin die Daten, die die USGS zur Verfügung stellt - auch aus Mangel an Alternativen. „Die USGS-Studien beinhalten einfach das umfassendste Datenmaterial, das es auf diesem Gebiet gibt“, sagt Rempel. Der Aspo will er aber noch nicht beitreten; so pessimistisch ist die BGR denn doch nicht. Sie setzt noch immer auf die großen Erdölvorräte des Nahen Ostens, insbesondere in Saudi-Arabien.

Doch sind die dortigen Reserven umstritten. Der Investmentbanker Matthew Simmons hat bei Feldforschungen vor Ort ermittelt, dass die riesigen Ölvorkommen schon weitgehend erschöpft seien. Denn die „Giant Fields“ produzieren bereits seit 30 bis 50 Jahren. Die USA haben in dieser Zeit ihren Einfluss in Saudi-Arabien genutzt, die Ölförderung nach oben zu treiben und den Preis niedrig zu halten.

Wie Simmons in einer Studie zeigt, hat dies viele saudische Ölfelder überbeansprucht. Möglicherweise sind irreparable Schäden entstanden. Denn um den Förderdruck aufrechtzuerhalten, wurde Wasser in die Felder eingepresst. Jetzt wird oft nur noch ein Wasser-Öl-Gemisch gepumpt. Simmons schätzt, dass der Wasseranteil inzwischen 30 bis 50 Prozent erreicht hat.

Karl-Heinz Schult-Bornemann von Esso hingegen ist optimistischer. Er glaubt, dass sich die Ölproduktion weiter steigern lässt. „Vor allem durch technischen Fortschritt in der Fördertechnik kann die Produktion bis 2030 noch zunehmen.“ Dabei setzt er auf die so genannten Horizontalbohrungen. Für Simmons ist diese

Fördertechnik, bei der Ölfelder seitlich angebohrt werden, jedoch eher ein Verzweiflungsakt als ein Hoffnungsschimmer. Denn solche Bohrungen sind mit großen Risiken behaftet. Sie steigern zwar anfangs die Fördermenge - aber einiges deutet darauf hin, dass langfristig die Gesamtmenge des geförderten Öls geringer sein könnte. Immer wieder kommt es zu einem plötzlichen Produktionskollaps, weil zu viel Wasser nachschießt. Zurzeit setzen die Saudis diese Technik im weltweit größten Feld „Ghawar“ ein. Simmons hat zahlreiche Indizien gesammelt, dass es dort in den nächsten fünf Jahren zu einem Förderrückgang von 70 Prozent kommen könnte. Simmons rechnet damit, dass schon in diesem Winter die Ölproduktion sinkt.

Die Experten mögen weiter streiten - die Frage, ob eine Ölverknappung bereits begonnen hat, wird durch den dramatischen Preisanstieg der letzten Monate bei Ölprodukten wie Benzin, Kerosin und Heizöl längst beantwortet.

Weltweit bald kriegerische Auseinandersetzungen um knappe fossile Rohstoffe

Ohne eine baldige umfassende Energiewende werden die Auseinandersetzungen um die immer knapper werdenden fossilen Rohstoffe zu weltweiten kriegerischen Konfrontationen führen. Unter dem Titel „Die kommenden Kriege“ ist dazu in der TAZ vom 29.10.2005 ein Beitrag von Andreas Zumach erschienen:

<http://www.taz.de/pt/2005/10/29/a0030.nf/text>

Bald neue Zollabgabe für exportierte Erdölprodukte in Kasachstan?

Am 18.10.2005 veröffentlichte Kasachstan eine Resolution, welche die Einführung einer neuen Zollabgabe für exportierte Erdölprodukte vorsieht. Hintergrund ist aber weniger die Erzielung einer klimaschützenden Lenkungswirkung als wirtschaftliche Interessen des Staates gegenüber den Erdöl exportierenden Energiekonzernen in Kasachstan.

Näheres unter: <http://www.new-europe.info>

11. ZITATE

Jeremy Rifkin:

„Wie Untersuchungen zeigen, zählen Industrien in Ländern mit den höchsten Umweltsteuern international zu den besten.“

[Jeremy Rifkin in der Süddeutschen Zeitung vom 7.11.2005]

Merz'sche Logik? – Mit Abschaffung der Ökosteuer Rentenbeiträge senken????

[Deutschlandradio vom 13.11.2005] „Es bleibe der Eindruck, dass die Union wenige Tage nach der Wahl das Gegenteil zu all dem sage, was sie früher für richtig gehalten habe. So sei es unverständlich, dass im Wahlkampf die Abschaffung der Ökosteuer gefordert worden sei, nun aber einer Anhebung der Rentenbeiträge zugestimmt werde, meinte Merz.“

12. DEBATTE

Zwischenruf:

Die Fragestellung „Was hat die Ökosteuer gebracht?“ führt in die Irre

[Andreas Wolfsteiner, FÖS-Schatzmeister] Die Fragestellung: „Was hat die Ökosteuer gebracht“ hat meines Erachtens eine Schiefelage: Das wäre so als würde man die Karriereaussichten eines Menschen an seinen Fähigkeiten als Zweijähriger beurteilen.

Marktwirtschaftliche Instrumente, wie Umweltabgaben oder Zertifikatshandel, sollen die ökologischen Folgekosten unseres Tuns in die Marktpreise internalisieren. Wer Umwelt nutzt soll die Kosten, die er damit verursacht, auch tragen. Dies führt zu volkswirtschaftlich effizienten und innovativen Umweltschutz.

Damit z.B. Umweltabgaben diese Aufgabe übernehmen können, müssen sie, angekündigt oder tatsächlich, Höhen erreichen, die entweder den externen Kosten entsprechen oder dazu führen, dass sich Alternativen betriebswirtschaftlich rechnen.

Wollte man die externen Kosten, einschließlich der künftigen Klimaschäden, entsprechend fossilen Treibstoffen zurechnen, müssten wir Benzin wohl mit über 10 € besteuern. Aber auch, wenn sich Alternativen wohl schon früher rechnen, liegt das erforderliche Niveau auf jeden Fall so hoch, dass es nur über viele Jahre stepp by stepp erreicht werden kann.

Nach heutigem wissenschaftlichem Stand müssen die Industrienationen ihre CO₂-Emissionen bis 2050 um 70–90 % senken, wenn die Klimafolgen noch irgendwie beherrschbar bleiben sollen. Nur Umweltabgaben und Zertifikate haben das Lösungspotential dieser Herausforderung her zu werden. Wollte man dieses Ziel im Wesentlichen mit Subventionen und staatlichen Vorschriften erreichen, würden unsere Volkswirtschaften unter einer ineffizienten Planwirtschaft zusammenbrechen.

Es wird also darum gehen – hoffentlich bald ehrgeizigere – international vereinbarte Reduktionsziele von Treibhausgasen auf nationaler Ebene effizient umzusetzen – ineffizienten Umweltschutz können wir uns bei der Größe der Herausforderung dann nicht mehr leisten. Umweltabgaben müssen dann so lange angehoben bzw. Zertifikate abdiskontiert werden bis diese Ziele erreicht sind. Auf der Zeitachse muss dabei ein Kompromiss zwischen ökologischer Notwendigkeit und sozial- und wirtschaftsverträglichem Ökologischen Strukturwandels gefunden werden.

Wir müssen so oft wie möglich die zentrale Bedeutung von marktwirtschaftlichen Instrumenten bei der Induzierung eines Ökologischen Strukturwandels und insbesondere die notwendige direkte Verknüpfung von Erhöhungs- bzw. Abdiskontierungsschritten mit Umweltzielen herausstellen. Ich weiß, viele betrachten sich als gebranntes Kind auf Grund des Traumata der Bündnisgrünen durch die 5-DM-Debatte im Bundestagswahlkampf 1998. Aber es hilft nichts: wir müssen die Menschen mental auf erhebliche Ökosteuern und Zertifikatspreise einstellen. Helfen kann dabei, wenn wir verlässliche Ökosteuern fordern, bei denen die Einnahmengewinnung nicht im Vordergrund steht. Die wirklich mit kleinen Schritten beginnen und den Menschen Zeit zur Anpassung lassen. Und die den national beschränkten Handlungs-

spielraum berücksichtigen. Aber klar ist auch: Heimlich durch die Hintertür kommen wir nicht ans Ziel. Auch nicht mit der Argumentation 0,15 € Ökosteuer hätten schon wirklich etwas gebracht.

BDI-Kampfansage gegen Klimaschutzkonsens

[DUH, 30.11.2005] Die Deutsche Umwelthilfe veröffentlicht Entwurf eines Positionspapiers des BDI und seine interne Kommentierung durch Mitglieder des Industrieverbandes Einmaliger Einblick in Anti-Klimaschutzstrategien der Verbände. Maßgebliche Akteure der deutschen Industrie wollen in der Klimapolitik auf den Kurs der USA einschwenken. Das geht aus dem Entwurf eines Strategiepapiers des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) hervor, den die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) heute auf ihren Internetseiten veröffentlicht. Aus 83 darin enthaltenen internen Kommentaren von acht BDI-Mitgliedsverbänden und drei Großkonzernen ergibt sich insgesamt das Plädoyer für eine entschiedene Abkehr vom seit 15 Jahren bestehenden klimapolitischen Allparteienkonsens in Deutschland. Statt fester und verbindlicher Klimaziele fordert eine Mehrheit der beteiligten Verbände und Unternehmen nun die Abkehr vom Kyoto-Protokoll und jeder deutschen oder europäischen Vorreiterrolle. "Das BDI-Papier ist ein Dokument der klimapolitischen Ignoranz, wie wir sie uns noch vor einem Jahr nicht haben vorstellen können", sagt DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. "Man darf gespannt sein, wie die Bundesregierung auf diesen Generalangriff auf die Fundamente deutscher Klimapolitik reagiert." Resch forderte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf, noch während der laufenden Weltklimakonferenz in Montreal "unmissverständlich die Fortsetzung einer Klimapolitik zu erklären, die diesen Namen verdient."

Aus den internen Mitglieder-Kommentaren zu dem BDI-Papier mit dem Titel "Wettbewerbsfeld globaler Klimaschutz: deutsche Kernkompetenzen optimal nutzen" geht aber auch die tiefe Zerstrittenheit der Industrie über den künftigen klimapolitischen Kurs hervor. Einigen Unternehmen und Verbänden (Gesamtverband Steinkohle, GVSt, Verband der Automobil-

industrie, VdA, BASF, Bayer) ist die Abkehr von einer ernstzunehmenden Klimapolitik noch nicht radikal genug, andere (Verband des Deutschen Maschinen- und Anlagenbaus, VDMA, Mineralölwirtschaftsverband, MWV, E.ON Ruhrgas) halten die vorgeschlagene, alternativlose Aufgabe des Kyoto-Protokolls für falsch. Resch: "Wir haben uns zu dem ungewöhnlichen Schritt einer Gesamtveröffentlichung des uns zugespielten Dokuments entschlossen, weil vor allem die interne Kommentierung einen einmaligen Einblick in die Anti-Klimaschutzstrategien zentraler Akteure der Industrie bietet. Selbst wenn das Papier wegen der inneren Zerstrittenheit der Wirtschaft nie über den Entwurfsstatus hinauskommen sollte, bleibt es eine wahre Fundgrube für alle, die sich an der klimapolitischen Diskussion beteiligen wollen."

Die Veröffentlichung unter www.duh.de umfasst das gesamte 30-seitige BDI-Papier mit seinen 83 Kommentaren aus dem BDI-Mitgliederkreis und darüber hinaus eine einführende Einordnung der DUH.

<http://www.duh.de/download/ch/DUH-Hint.pdf>

<http://www.duh.de/download/ci/BDI-Posi.pdf>

"Kioto rettet das Klima nicht"

[taz vom 26.11.2005] Interview mit LUTZ WICKE, 62, CDU-Politiker und Exdirektor des Umweltbundesamtes, leitet das Institut für Umweltmanagement der Europäischen Wirtschaftshochschule (ESCP-EAP) und EBERHARD MELLER, 60, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft, der Lobbyorganisation der Stromwirtschaft.

taz: Sommerhochwasser in Bayern, Dürre im Amazonasbecken, immer desaströsere Hurrikane - Herr Meller, Sie sind Cheflobbyist der deutschen Stromindustrie: Wie tief stecken wir im Klimawandel?

Eberhard Meller: Das ist eine Jahrhundertfrage. Wenn wir genau wüssten, wie Verursacherketten tatsächlich funktionieren, wäre Politik sehr einfach. Die Wissenschaft liefert Anhaltspunkte dafür, dass diese Wetterextreme am Ende menschengemacht sind.

Lutz Wicke: Anhaltspunkte? Wir erleben heute exakt das, was Wissenschaft seit 15 Jahren als mögliche Konsequenzen des Klimawandels aufzeigt. Übrigens scheinen manche Stromkonzerne weiter zu sein als Ihr Lobbyverband, der VDEW, der Verband der Elektrizitätswirtschaft.

Meller: Wie meinen Sie das?

Wicke: Während Sie zaudern, haben andere den Klimawandel längst als Faktum akzeptiert. Nehmen Sie zum Beispiel den Energieerzeuger Vattenfall. Der investiert jetzt 40 Millionen Euro in das erste so genannte CO₂-freie Kraftwerk. Ein großer Durchbruch - und eigentlich das, was ich von verantwortungsvoller Energiewirtschaft erwarte.

Meller: Sie tun ja so, als setzten sich die deutsche Elektrizitätswirtschaft und ihr Verband erst seit neuestem mit dem Klimaschutz auseinander. Das stimmt nicht. Schon Mitte der 90er hat die deutsche Energiewirtschaft versprochen, bis 2012 ihren Kohlendioxidausstoß um 12 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Wir stellen uns dieser Verantwortung: Wir werden unser Versprechen einlösen!

Wicke: Dank des Ostens: Dort ist die Industrie zusammengebrochen, die Kraftwerksstruktur wurde komplett erneuert.

Herr Wicke, Sie sind ein konservativer Energiepolitiker. Der VDEW schießt ständig gegen die Ökosteuer, gegen den Emissionshandel, gegen die erneuerbaren Energien. Herr Mellers Verband ist nicht gerade Vorreiter der Klimapolitik.

Wicke: Das stimmt. Dabei könnte die deutsche Energiewirtschaft sich auf Jahre hinaus Wettbewerbsvorteile sichern, weil absehbar ist, dass CO₂-intensive Produktion teurer wird.

Die Vorschläge Ihres Verbandes, Herr Meller, zu den erneuerbaren Energien sind etwa in Italien völlig gescheitert. Der VDEW kann Windenergie kaum lieben: Sie vertreten Unternehmen, denen die regenerativen Energien jedes Jahr 1 Prozent Marktanteil abjagen.

Meller: Das behauptet die Windkraftbranche. Die Praxis ist anders. Die Dena, die unabhängige Deutsche Energie-Agentur, hat ausgerechnet, dass im Jahr 2015 Windkraftwerke mit einer Leistung von 36.000 Megawatt in Deutschland stehen werden. Wind weht aber nun mal nur, wenn er will. Wegen dieser zufälligen, nicht planbaren Verfügbarkeit des Rohstoffs müssen wir fossile Ersatzkraftwerke bauen, mit Kohle oder Gas betrieben. Deswegen können Windräder 2015 nur ein Sechstel der fossilen Kraftwerke ersetzen, so die Dena. Das ist in der Öffentlichkeit nur schwer zu vermitteln: Windenergie spart keine Kohlekraftwerke.

Was also wollen Sie an der Förderung erneuerbarer Energie ändern?

Meller: Das aktuelle Fördersystem für diese Energien ist zwar effektiv, was die Quantität betrifft. Aber es ist nicht effizient - und eine große Belastung der Volkswirtschaft. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz gelingt es einfach nicht, zum Beispiel Windstrom marktfähig zu machen. Dem Windkraftbetreiber kann die Marktlage völlig egal sein, er hat per Gesetz eine Abnahmegarantie. Würde er sich aber zum Beispiel mit einem Biomasseproduzenten zusammenschließen, könnte er kontinuierlich Strom einspeisen: Bläst der Wind mal nicht, speist das Biomassekraftwerk mehr ein. Erst solche intelligenten Lösungen sparen tatsächlich Kraftwerksleistung! Deswegen brauchen die Anbieter von erneuerbarer Energie Anreize, dass sie ihr Produkt vermarktungsfähig machen.

Wicke: Fakt ist, dass eine klimaverträgliche Energieversorgung der Welt dauerhaft nur durch eine Kombination gesichert werden: regenerative Energiegewinnung einerseits und andererseits kohlendioxidfreie Kraftwerke. Dafür muss es einen weltweiten Preis für Kohlendioxidverschmutzungsrechte geben: Wer Kohlendioxid in die Luft bläst und so dem Klima schadet, muss dafür zahlen. Wer Kohlendioxid einspart, kann seine Verschmutzungsrechte verkaufen. Wer eine neue Anlage bauen will, muss Verschmutzungsrechte kaufen. Der Handel läuft über so genannten Zertifikate. Führende Manager - auch von Eon und Vattenfall - fordern mittlerweile, Energie teurer zu machen. Wer die

Atmosphäre mit einer Tonne Kohlendioxid verpestet, sollte 30 Dollar für dieses Recht zahlen. Nur so wird es gelingen, den kohlendioxidfreien Kraftwerken zum Durchbruch zu verhelfen. Den genannten Managern ist klar: Ohne diesen Preisdruck kollabiert das Klimasystem.

Meller: Wie Preiseffekte wirken, sieht man gerade in Deutschland: Der Strompreis steigt auch, weil wir genau das Zertifikatssystem haben, das Herr Wicke fordert! Und, was passiert: Die deutsche Stromwirtschaft steht nahezu täglich als geldgierig am öffentlichen Pranger.

Die arme gescholtene Stromwirtschaft! Der Staat hat Ihnen die Zertifikate doch kostenlos zugeteilt. Herr Wicke, zocken uns die Stromkonzerne ab?

Wicke: Den Fehler hat ja nicht die Stromwirtschaft gemacht, sondern die Politik. Statt die Zertifikate kostenlos zu verteilen, hätten sie versteigert werden müssen.

So wie das jetzt gelaufen ist, zahlt also der Stromkunde die Innovation der Konzerne?

Wicke: Fakt ist, dass die deutschen Stromkonzerne Milliarden Euro durch die kostenlose Zuteilung bekommen haben. Das darf es bei der nächsten Handelsperiode ab 2008 nicht mehr geben! Da muss der Staat diese Milliarden einnehmen - und an alle Verbraucher zurückgeben, die die höheren Strompreise zahlen.

Meller: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen. Die kostenlose Zuteilung war deshalb berechtigt: Insgesamt wird die deutsche Stromwirtschaft bis 2020 etwa 40 Milliarden Euro allein in effizientere und damit klimafreundlichere Kraftwerke investieren.

Wicke: Die Konzerne erneuern ihren Kraftwerkspark doch nicht primär aus Klimagründen! Die wollen Gewinn machen. Und effizientere Kraftwerke machen effizienter Profit.

Muss die neue Regierung aus Sicht des Klimaschutzes die Ökosteuer fortschreiben?

Wicke: Vom Grundgedanken her macht Schwarz-Rot jetzt dasselbe wie Rot-Grün seinerzeit mit Einführung der Ökosteuer: die Lohnnebenkosten durch Steuererhöhungen senken. Das Dumme an der Erhöhung der Mehrwertsteuer ist, dass sie

keinerlei ökologische Lenkungswirkung hat. Auch die Ökosteuer hat sie nur marginal: Durch die vielen Ausnahmeregelungen sind diejenigen, die am meisten Kohlendioxid erzeugen, am wenigsten betroffen. Eine Lachnummer!

Meller: Sie denken zu kurz. Dem Weltklima ist es egal, ob das schädigende Kohlendioxid in Deutschland oder anderswo produziert wird. Wenn wir aber dafür sorgen, dass stromintensive Industrien den Standort Deutschland verlassen, wälzen wir unsere Verantwortung fürs Klima nur auf ärmere Länder ab. Und hier stellt sich auch eine Systemfrage: Ist es möglich, ohne Produktion einen Industrie- und Sozialstaat aufrechtzuerhalten? Ich glaube nicht.

Wicke: Fakt ist, dass die Welt nach allen Erkenntnissen trotz des Klimaschutzabkommens von Kioto aus dem Jahr 1997 im Jahr 2030 nicht weniger, sondern 90 Prozent mehr Kohlendioxid ausstoßen wird als 1990. Wenn wir so weitermachen, laufen wir sehenden Auges in die Klimakatastrophe.

Herr Meller, folgt man Professor Wicke, wird jetzt in Montreal also auch der deutsche Sozialstaat verhandelt. Was muss der Klimagipfel leisten?

Meller: Der Gipfel muss sich fragen, ob der Kioto-Weg - also die Definition von nationalen Minderungszielen - der richtige ist. Erstens bleiben die größten Emittenten wie China oder die USA vom Kioto-Regime unberührt. Zweitens schaffen viele der Staaten, die sich selbst verpflichtet haben, ihre Ziele nicht. Daraus ergibt sich für mich: Es muss ein System entwickelt werden, das auch Länder wie Indien, die USA oder Australien einbezieht - etwa durch einen weltweiten Handel mit Kohlendioxid-Zertifikaten.

Wicke: Da haben Sie Recht! Das europäische Klimahandelssystem muss auf die ganze Welt übertragen werden. Kohlendioxid zu emittieren muss mindestens 20 Euro pro Tonne kosten. Das macht zweitens regenerative Energiegewinnung konkurrenzfähig und verhilft ihr weltweit zum Durchbruch. Und drittens schafft das den hinreichenden Ansatz, fossile Energiegewinnung auf CO₂-freie Techniken umzustellen. Genau das

fordert die CDU/CSU mit ihrem Kioto-PLUS-System.

Was erwarten Sie von der deutschen Politik?

Wicke: Die deutsche Politik muss noch einmal über unsere Atomkraftwerke nachdenken: Es macht heute keinen Sinn, bestehende emissionsfreie Atomkraftwerke, die definitiv sicher sind, abzuschalten und dafür Kohlekraftwerke zu bauen. Egal wie effizient die heute effizientesten sind, sie emittieren 50 Jahre lang CO₂. Das ist in der Klimasituation nicht verantwortbar. Lieber die Atomkraftwerke länger laufen lassen und vertraglich festschreiben, dass die Nachfolgeinvestitionen CO₂-frei sind.

Meine Herren, reichlich wenig Streit am Ende unseres Streitgesprächs!

Meller: Vielleicht hat Herr Wicke erkannt, dass uns viel zu oft der schwarze Peter zugeschoben wird.

Wicke: Wenn der Verband der Elektrizitätswirtschaft fortschrittlich ist, müssen wir nicht streiten. Dass Wirtschaft wesentlich progressiver sein kann als die Klima- und Umweltschützer, haben doch die vorhin erwähnten Manager bewiesen. Während nämlich Politik und Klimaschützer noch jede neue Unterschrift zum Kioto-Protokoll feiern, haben Eon oder Vattenfall längst begriffen: Ein Selbstverpflichtungssystem à la Kioto kann das Weltklima nicht retten. Wenn das überhaupt noch möglich ist, dann nur auf marktwirtschaftliche Art und Weise. Montreal muss jetzt den Wechsel einleiten: Mit der "Tropfen auf den heißen Klimastein"-Politik muss ab 2012 endgültig Schluss sein!

Umwelt muss wieder links werden

[Oliver Moldenhauer, Attac, 1.12.2005] In den letzten Jahren haben globalisierungskritische und anti-neoliberale Bewegung einen entscheidenden Bedeutungszuwachs erzielt. Bisher haben Umweltthemen allerdings in diesen Bewegungen nicht die ihnen zustehende Bedeutung. Um so wichtiger ist es, dass sich die Umweltbewegung Gedanken darüber macht, woran das liegt und wie sie darauf reagieren kann.

Aus der Sicht vieler AktivistInnen in der globalisierungskritischen Bewegung hat die Umweltbewegung keineswegs ein positives Image: Mit ihr wird Technokratie, Anpassung, Etablierung, mangelnde Radikalität und ein fehlendes Gespür für soziale Gerechtigkeit assoziiert. Die Umweltbewegung scheint heute nicht mehr geprägt von langhaarigen Protestlern vor Bauzäunen und in Schlauchbooten, sondern durch seriöse WissenschaftlerInnen, Ministerialbürokraten und hauptberufliche Politprofis in etablierten Verbänden, die mit ihrem BAT-Gehalt bei Manufaktur einkaufen und Hartz IV nur aus den Medien kennen.

Es hat wenig Sinn, darüber zu lamentieren, dass dieses Bild teilweise falsch, ungerecht und im Falle der sozialen Gerechtigkeit zumindest massiv überzogen ist. Vielmehr geht es darum, was die Umweltbewegung dafür tun kann, dass sich dieses Bild ändert und damit die Umweltthemen in der globalisierungskritischen Bewegung größeres Gewicht erlangen können.

Was die Umweltbewegung tun muss

Ich sehe hier derzeit drei zentrale Herausforderungen für die Umweltbewegung:

1. Der Umgang damit, dass zentrale Begrifflichkeiten der Umweltbewegung durch den Wortschatz des Neoliberalismus diskreditiert worden sind
2. Die Verzahnung verschiedener Gerechtigkeiten, etwa zwischen Nord und Süd, Generationen, Mensch und Natur, Mann und Frau
3. Neue Taktiken und Methoden zur politischen Durchsetzung ökologischer Anliegen nach dem Ende von Rot-Grün.

1. Begriffe und Bedeutungen

Zentrale Begriffe der Umweltbewegung haben sich neoliberale Institutionen zu eigen gemacht. Oft sind es diese Begriffe, gegen die Globalisierungskritiker vehement zu Felde ziehen. So kann das selbe Wort für Umweltschützer und Globalisierungskritiker vollkommen unterschiedliche Bedeutungen besitzen.

Verzicht und Sparsamkeit

...werden heutzutage vor allem von Neoliberalen gepredigt. Gemeint sind bei ihnen allerdings immer die Ärmeren und die Allgemeinheit, so dass durch diese Art von Verzicht

Ungerechtigkeiten immer weiter wachsen. Aus der Erkenntnis heraus, dass der neoliberale Verzicht meist unnötig und schädlich ist, entsteht eine Aversion gegen Verzicht und Einschränkung allgemein. So klingt die Forderung nach höheren Benzinpreisen oder nach selteneren Flügen ganz ähnlich wie die nach niedrigeren Löhnen und längeren Arbeitszeiten. Das gilt unabhängig davon, ob der konkrete Verzicht ein Akt der Solidarität mit der Umwelt und dem globalen Süden oder ein Akt der "Solidarität" mit den Reichen und Mächtigen ist.

Marktwirtschaftliche Instrumente

Ein zentrales Problem der heutigen Gesellschaft ist die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche - bei der Reduktion von Bildung auf Ausbildung für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ebenso wie bei Einschränkungen im Gesundheitswesen. Aus dieser Perspektive kann man leicht zu dem Schluss kommen, die marktwirtschaftlichen Instrumente der Umweltpolitik wie Steuern oder Zertifikate seien ebenso ablehnungswürdig. Die hier notwendige Differenzierung, dass die von der Umweltbewegung geforderten marktwirtschaftlichen Instrumente gerade nicht der privaten Ausbeutung, sondern dem Erhalt der gemeinsamen Umwelt dienen können, ist schwer vermittelbar. Das liegt auch daran, dass die realen negativen Verteilungswirkungen der ökologischen Steuerreform und die dadurch ausgelösten (deutlich größeren) Ängste und Befürchtungen nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Hier muss nachgearbeitet werden. Ein Konzept für eine ökologische Steuerreform kann nur dann in Umwelt- und Globalisierungsbewegung konsensfähig sein, wenn es die degressive Natur dieser Steuern vollständig ausgleicht.

Reformen und Modernisierung

Steuerreform, Rentenreform, Gesundheitsreform, Reformstau... - Alles Reformen der vergangenen Jahre, die im Sinne des neoliberalen Paradigmas angelegt sind. Ebenso wie der Begriff der Modernisierung ist Reform weitgehend neoliberal besetzt. Kein Wunder also, dass sich bei vielen AktivistInnen die Zehennägel kräuseln, wenn sie von ökologischer Steuerreform oder ökologischer Modernisierung hören.

Selbstverständlich werden diese Ansätze nicht

allein dadurch falsch, dass sie in weiten Teilen der globalisierungskritischen Bewegung unpopulär sind. Aber die Umweltbewegung muss sich der Problematik bewusst sein und sich mehr Mühe geben, zu informieren und für ihre Konzepte zu werben. Vielleicht muss auch der eine oder andere Begriff auf den Prüfstand gestellt oder aufgegeben werden, weil er einfach zu negativ besetzt ist, so wie die Linke den Begriff des Sozialismus weitgehend verloren geben musste. Kandidaten für eine solche kritische Überprüfung wären Nachhaltigkeit oder Modernisierung.

2. Die soziale Frage und die Umweltbewegung

Es ist aus meiner Sicht sinnvoll, fünf Arten von Gerechtigkeit zu unterscheiden:

1. Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd;
2. Zwischen heutigen und zukünftigen Generationen;
3. Zwischen Mensch und Natur;
4. Zwischen den Geschlechtern;
5. "Soziale Gerechtigkeit" - also innerhalb einer Gruppe von Menschen gleichen Geschlechts, gleicher Nationalität und gleicher Generation.

Im Bundestagswahlkampf 2005 hat der Begriff der Gerechtigkeit erfreulicherweise u.a. durch die Vorarbeit von Attac eine massive Bedeutung erfahren, allerdings vor allem die "soziale Gerechtigkeit", wie sie in Punkt 5 definiert ist.

Der Gerechtigkeitsbegriff der Umweltbewegung geht sehr viel weiter und schließt die Interessen der zukünftigen Generationen und der Natur ebenso mit ein wie den globalen Süden. Dennoch wird "Gerechtigkeit" eher mit Attac assoziiert als mit der Umweltbewegung. Das hat auch damit zu tun, dass die Umweltbewegung die soziale Gerechtigkeit im eigenen Lande nicht ernst genug genommen hat: No green peace without social peace.

Leider kommt sowohl bei der Umweltbewegung als auch beim größten Teil der anti-neoliberalen Bewegung die Geschlechtergerechtigkeit insgesamt zu kurz.

3. Neue Taktiken und Methoden

In den Jahren der rot-grünen Regierung waren die Umweltverbände auf einer Gratwanderung zwischen Regierungsnähe und öffentlichem Protest. Einerseits hatte Protest politische Kosten,

wollte man doch nicht ausgerechnet diejenigen schwächen, die sich noch am ehesten für Ökologie einsetzen. Andererseits litt die Massen-Mobilisierungsfähigkeit der Umweltbewegung unter Rot-Grün generell, da die hohe Glaubwürdigkeit der Grünen und die fehlende Umweltpolitik auf Seiten der Opposition vielen potenziellen AktivistInnen das Gefühl gab, es werde doch schon einiges getan.

Mit einer großen Koalition, Sigmar Gabriel als Umweltminister und fünf Fraktionen im Parlament wird sich der Berliner Diskurs deutlich ändern. Das Bundesumweltministerium wird auch bei weniger kritischen Ökos kaum mehr als Umweltvorreiter gelten können. Ähnlich ist die Situation in den Bundesländern, wo es inzwischen keine einzige grüne Umweltministerin mehr gibt. Damit steigt für die Umweltbewegung wieder die Möglichkeit, außerparlamentarisch massenhaft zu mobilisieren: Eine wichtige Herausforderung, die auch die Chance bringt, Umwelt- und anti-neoliberale Bewegung einander näher zu bringen.

Verbindende Konzepte

Vor allem zwei Felder eignen sich für Umwelt-, globalisierungskritische und anti-neoliberale Bewegung, um gemeinsam an wirklich relevanten langfristigen Auseinandersetzungen zu arbeiten.

Konzernkritik

Die Enttäuschung vieler über die parlamentarische Politik lässt mehr und mehr Leute fragen, welche Kräfte eigentlich die herrschende neoliberale Wirtschaftspolitik so stark machen. Mit der zunehmenden Berichterstattung über die "Initiative neue soziale Marktwirtschaft" und mit der Diskussion über Film und Buch "The Corporation" wollen immer mehr Menschen wissen, welchen Einfluss große Konzerne auf Grundlinien unserer Politik haben. Und das mit gutem Grund, wenn man sich anschaut, wie weit diese direkt und indirekt Einfluß auf deutsche Gesetze, EURichtlinien und internationale Verträge nehmen. Dazu kommen Veränderungen etwa im Unternehmenssteuerrecht, die dem vorausseilenden Gehorsam der Politik geschuldet sind, der sich aus Angst vor Abwanderung der Steuerbasis ergibt. Außerdem ist der massive Einfluß großer Konzerne auf die Medien, sei es als Anzeigenkunden oder Eigentümer, nicht zu unterschätzen.

Jede noch so kleine Einschränkung oder zumindest Sichtbarmachung der Konzernmacht wäre ein wichtiger strategischer Erfolg, der die Durchsetzungschancen für Umwelt- und Sozialthemen deutlich verbessern kann. Für manche ist diese Herangehensweise allerdings schwierig, weil sie einen verschwörungstheoretischen oder auch linksradikalen Beiklang hat. "Zerschlagt die Konzerne" stand in den 80er Jahren auf jedem zweiten linksradikalen Flugblatt im Schreibmaschinenlayout. Hier müssen wir daran arbeiten, passende Begriffe und Formulierungen zu finden.

Inhaltlich ist es wichtig, dass die Umweltverbände sich noch deutlicher von der Idee abgrenzen, dass die sogenannte Corporate Social Responsibility hier wirklich etwas ändern kann. Dann gibt es hier die Chance, ein ebenso wichtiges wie verbindendes Thema zu entwickeln. Ein interessanter neuer Akteur in diesem Themenbereich ist übrigens auch die Initiative LobbyControl.

Das Konzept der Allmenden bzw. Gemeingüter

Die Auseinandersetzungen um Umwelt, Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und die Auseinandersetzung um die Freiheit zur Kooperation und zum freien Wissensaustausch haben eine wichtige gemeinsame Grundlage: Es geht jeweils darum, den Zugang auf ein Gut, das uns allen gehört, zu bewahren. Es geht damit um den Erhalt von Gemeineigentum oder Allmenden (engl. commons). Diese können ökologisch, wie die Atmosphäre oder die Meere, aber auch ökonomisch und sozial definiert sein, wie das soziale Kapital einer Gesellschaft oder eine funktionierende Infrastruktur. Immer wichtiger wird auch der freie Zugang zu Wissensgütern, das heißt die Verteidigung der Wissensallmende. Aber auch weniger bekannte Allmenden wie das elektromagnetische Spektrum (Radio, Handy, WLAN) und der erdnahe Orbit fallen darunter. In jedem dieser Fälle gilt es, die Interessen der Allgemeinheit gegen private monetäre Interessen zu verteidigen, sei es bei der Zerstörung unserer gemeinsamen Umwelt, bei der Zerschlagung des Sozialstaates oder bei der ständig zunehmenden Privatisierung und Einschließung von Wissen und Leben durch Patente und andere geistige

Monopolrechte.

Fazit

Die beschriebenen Herausforderungen an die Umweltbewegung lassen sich nicht in diesem Beitrag lösen. Ich möchte dennoch versuchen, einige Vorschläge zu machen, wie die Anliegen der Umweltbewegung in der globalisierungskritischen Linken gestärkt werden können.

Mehr Emotionalität und Radikalität

Die heutige Umweltbewegung wird vielfach als technokratisch und kleinschrittig wahrgenommen. Letztlich sind ihre Anliegen aber ausgesprochen radikal und umfassend und können zentrale Werte und Emotionen ansprechen. Genau das muss wieder deutlich werden, um frische AktivistInnen zu gewinnen.

Grundsätzlichere (umwelt-)ökonomische Debatten

Angesichts fehlender Alternativen wenden sich viele linke AktivistInnen wieder vordringlich Marx und anderen Ökonomen zu, bei denen die Umwelt nur die Rolle eines nachrangigen Problems spielt. Dabei hat die Umweltbewegung Radikales, Visionäres und Intelligentes zu bieten, z.B. mit Konzepten der ökologischen Ökonomie.

Anknüpfen an die Gemeinsamkeiten mit der wiedererstarkenden Linken

Hier bieten sich (wie oben beschrieben) insbesondere die Konzernkritik und die Auseinandersetzung um die verschiedenen Allmenden an.

Abgrenzung vom neoliberalen Mainstream

So hilfreich es im Einzelfall sein mag: Eine Argumentation, die Ökologie ausschließlich mit Arbeitsplätzen, Modernität und Exportchancen begründet, führt zu einer Entfremdung zwischen "Anti-Neoliberalen" und "Ökos". Ökologie ist primär eine Frage der Gerechtigkeit und der Ethik, nicht der Mittelsstandsförderung.

Abgrenzung von Umweltkonzepten zum Neoliberalismus

Die Nähe zu neoliberalen Konzepten hat manches zentrale Konzept der Umweltbewegung wie z.B. Sparsamkeit in Misskredit gebracht.

Es ist wichtig, deutlich zu machen, wo die Unterschiede liegen, aber auch die inhaltliche

Auseinandersetzung zwischen den Bewegungen zu suchen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sich unter den Linken die falsche kommunistische These des "unbegrenzten Wohlstands für alle" wieder durchsetzt.

Radikale und attraktive Aktionsformen

Damit die Umweltbewegung tatsächlich wieder Bewegung sein kann, müssen unsere Aktionsformen über Pressemitteilungen, Studien und symbolische Profi-Aktionen hinausgehen.

Ein weiterer, zentraler Punkt ist die Überwindung kultureller Unterschiede. Der typische "Profi-Öko" ab Mitte 30 mit akademischer Ausbildung ist von jungen GlobalisierungskritikerInnen, deren Weltbild ihm vereinfacht erscheinen mag, oft ebenso irritiert wie von MontagsdemonstrantInnen, langjährigen Gewerkschaftsfunktionären oder gar ehemaligen Sekretären von SED-Kreisleitungen. Doch für die Umweltbewegung ist es eine entscheidende Herausforderung, bei diesen linken Aktivisten jetzt die Ökologie als zentrales Gerechtigkeitsthema zu verankern. Meine Erfahrung sagt: Das ist oft anstrengend und manchmal frustrierend - aber ebenso lehrreich wie spannend und notwendig.

Dipl. Phys. Oliver Moldenhauer, Jahrgang 1970, hat - nach einigen Jahren als Wissenschaftler am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung - Attac mitgegründet und ist seitdem Mitglied des bundesweiten Koordinierungskreises. Inhaltlich ist er in den Attac-AGs Welthandel und Wissensallmende aktiv. Er hat an zahlreichen Protestaktionen teilgenommen (Castor, Genua, Evian etc.), war 1988-2002 Mitglied der Grünen und ist seit 1989 Mitglied des BUND.

Der Text ist ein Auszug aus: Martin Khor/Sunita Narain/Lori Wallach/Manfred Max-Neef u.a.: Konsum. Globalisierung Umwelt. Das Buch zum zweiten Kongress McPlanet.com; hrsg. von Marc Engelhardt und Markus Steigenberger, 192 Seiten, zahlreiche Fotos, EUR 12,80, VSA-Verlag, Hamburg 2005, Erscheinungsdatum Ende November 2005. Erhältlich im Buchhandel und unter www.attac.de.

Energieeffizienz - aber wie?

[Solarförderverein, 3.12.2005]

An die konzeptionellen Vordenker der Umweltbewegung

Würde man alle Appelle zur effizienten Verwendung von Energie und zum Energiesparen, die seit der ersten Ölkrise 1973 gedruckt wurden, aufeinanderlegen, so würde der Papierstapel wahrscheinlich schon den Mond erreichen. Ein Grund zum Stolz ist dies keinesfalls. Nach über 30 Jahren sollten wir lieber einmal Bilanz ziehen, was die Appelle eigentlich gebracht haben. Optimisten weisen hier gerne auf Wirkungsgradverbesserungen im Kraftwerksbereich hin und auf Verminderung des Strombedarfs bei Kühlschränken und Waschmaschinen. Aber schon die Aufsummierung des Stromverbrauchs aller deutscher Standby-Schaltungen lässt Zweifel am Konzept aufkommen. Wer sich durchgreifende Erfolge erhofft hatte, wurde bitter enttäuscht. Die sich selbst tragende Effizienzbewegung ist ausgeblieben - Warum eigentlich?

Bei den Erneuerbaren Energien im Wärme- oder im Verkehrsbereich und bei der Energieeffizienz wird jeder wesentliche Fortschritt ausgebremst, weil Energie zu billig ist. Niedrige Energiepreise sind die wichtigste Ursache dafür, dass Leute sich heute noch immer 7- oder 10-Liter-Autos kaufen, Elektroboiler und Gas- oder Ölheizungen einbauen, das Wort "Passivhaus" für einen Witz halten und die Zimmertemperatur durch Öffnen der Fenster regeln.

Die Schlussfolgerung ist eigentlich ganz einfach: Energie muss teurer werden; nicht zögerlich und in ungewisser Zukunft durch die steigende Nachfrage aus Indien und China, sondern jetzt gleich und ernsthaft durch eine radikale Erhöhung der Energiesteuern!

Aber nicht einmal die Umweltverbände wagen es, diese Forderung öffentlich zu stellen. Der Grund ist weniger die Angst vor dem Verlust von Mitgliedern, sondern hinter ihrer Unsicherheit steckt viel mehr eine argumentative Schwäche, nämlich die nicht zu Ende geführte intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Totschlagargument: "Teure Energie kostet Arbeitsplätze".

Wer (fälschlich) davon ausgeht, dass teure Energie Arbeitsplätze kostet - es zumindest für denkbar hält - der kann natürlich nicht mit gutem Gewissen höhere Energiesteuern fordern. Die grundsätzliche Lösung bleibt ihm deshalb verwehrt. So probieren es die Umweltfreunde mit mal einem Förderprogramm hier und mal einer Subvention dort, mit Einrichtung von Energieagenturen und mit weiteren Aufklärungsprogrammen zur Energieeffizienz. Seit über 30 Jahren!

"Teure Energie kostet Arbeitsplätze". Die Tatsache, dass hinter dieser Behauptung handfeste Interessen der Energiewirtschaft zu vermuten sind, müsste eigentlich zum kritischen Nachdenken führen. Aber die Aussage wird überhaupt nicht mehr als eine nachprüfbar - und ggf. auch widerlegbare - Behauptung empfunden. Sie ist vielmehr wie ein Glaubenssatz tief ins kollektive Unterbewusstsein eingedrungen, so dass keiner mehr auf die Idee kommt, die zu Grunde liegenden Argumente herauszusuchen, sie zu entwirren und kritisch zu Ende zu denken. Die Folge ist eine Lähmung der Umweltbewegung.

Doch fehlerhafte Glaubenssätze bestehen glücklicherweise nicht ewig. Fast unbeachtet von der Öffentlichkeit hat ein interdisziplinäres Team aus Volkswirtschaftlern, Physikern, Mathematikern und Ingenieuren eine Argumentenkette entwickelt, die zum eindeutigen Schluss führt:

Nicht billige, sondern teure Energie schafft Arbeitsplätze.

Eine rasche Erhöhung der Energiesteuern ist dringend und überfällig!

Obwohl sie kein einziges ökologisches Argument verwendet, kommt somit die jetzt aufgestellte Argumentenkette mit anderen Begründungen zu ähnlichen Ergebnissen wie schon die alte ökologische Steuer- und Finanzreform:

Sowohl aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht ist eine Anhebung der Energiesteuern dringend erforderlich. Damit leistet die neue Theorie gleichzeitig einen bahnbrechenden Beitrag zur Versöhnung von Ökologie und Ökonomie.

Der Solarenergie-Förderverein Deutschland hat sich dem neuen interdisziplinären Energiesteuer-Team angeschlossen und für die praktische Umsetzung drei konkrete Forderungen aufgestellt, die weit über die Forderungen der ökologischen Steuerreform hinausgehen:

1. Ersatz des bisherigen Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung durch eine Energiesteuer von zunächst 12 Cent/kWh auf Endenergie
2. Dauerhafte Gewährung eines Energiegeldes von 100 Euro pro Kopf und Monat,
3. Durchführung der Energiesteuerreform so schnell dies überhaupt möglich ist, um weiteres Ausbluten von Staat und Sozialsystemen rasch zu beenden.

Antwort auf Schreiben an die neuen Koalitionäre

Mit einem Schreiben an alle neuen Koalitionäre, hat der FÖS auf sein Memorandum und Kurzkonzept aufmerksam gemacht. <http://www.foes.de/downloads/Kurzkonzept.pdf>

Eine Auswahl der Antworten veröffentlichen wir hier:

Ronald Pofalla, designierter CDU-Generalsekretär

Sehr geehrter Herr Dr. Görres,

herzlichen Dank für Ihr informatives Schreiben vom 24. Oktober dieses Jahres, das ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen habe. Insbesondere ihr Memorandum bietet zahlreiche diskussionswürdige Ansatzpunkte, allerdings rufen einige Forderungen von Ihnen wie die stetige Anhebung der Ökosteuer meinen Widerspruch hervor. Meines Erachtens dürfen die ohnehin schon hohen Energiekosten nicht noch weiter verteuert werden, ansonsten würde der Faktor Arbeit und die Wirtschaft insgesamt in Deutschland kaum noch lohnenswert sein. Gerne komme ich bei Gelegenheit auf Ihr freundliches Gesprächsangebot zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Ronald Pofalla, MdB

**Norbert Röttgen –
Parlamentarischer Geschäftsführer
CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Sehr geehrter Herr Dr. Görres,

die Koalition orientiert sich gemäß Koalitionsvereinbarung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Wir betrachten den Umweltschutz als gemeinsame Aufgabe von Bürgern, Wirtschaft und Staat.

Das Ergebnis einer ehrlichen Bilanz der Staatsfinanzen ist dramatisch. Die strukturelle Lücke zwischen laufenden Aufgaben und regelmäßigen Einnahmen im Bundeshaushalt liegt für 2006 bei rund 64 Mrd. Euro. Die Koalition setzt deshalb zur Sanierung des Bundeshaushalts auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite an, da die Ausgaben des Bundes ganz überwiegend gesetzlich gebunden sind. Einsparungen in Milliardenhöhe, auch bei Subventionen, sind vorgesehen. Es wurden aber auch Schwerpunkte für den Abbau von Steuervergünstigungen gebildet, die im Gesetzgebungsverfahren jeweils im Detail präzisiert werden müssen:

- Abschaffung des Freibetrags für Abfindungen, Übergangsgelder, Heirats – und Geburtsbeihilfen, Bergmannsprämien,
- Beibehaltung des Arbeitnehmerpauschbetrags in Höhe von 920 Euro und Gewährung einer Entfernungspauschale ab dem 21. Kilometer in Höhe von 0,30 Euro/Kilometer,
- Begrenzung des Abzugs der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer,
- Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle ab 1. Januar 2006,
- Abschaffung des degressiven Abschreibung für Gebäude,
- Reduzierung des Sparerfreibetrags auf 750 Euro (Ledige)/1500 Euro (Verheiratete),
- Ersetzung des Spekulationsgewinnbesteuerung durch eine moderate private Veräußerungsgewinnbesteuerung,
- Abschaffung des Sonderausgabenabzugs für privat (nicht beruflich) veranlasste Steuerberatungskosten,

- Vereinfachung des steuerlichen Reisekosten – und des Spendenrechts,
- Abschaffung des Lifo-Verfahrens und der Rückstellungen für Jubiläumsaufwendungen im Rahmen der Neuordnung des Steuerbilanzrechts,
- Beschränkung der Verlustverrechnung für sog. „Steuersparfonds“,
- Anpassung der Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe und eine Beimischungspflicht.

Einiger dieser Vorhaben entsprechen Ihren Vorschlägen. Die exakte Ausgestaltung der Maßnahmen wird im Rahmen der anstehenden Gesetzgebungsverfahren geklärt werden.

Der Koalitionsvertrag sieht auch vor, die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 um drei Prozentpunkte auf 19 Prozent zu erhöhen. Ein Teil der Mehrwertsteuer wird - wie im Unionsprogramm angekündigt - zur Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eingesetzt. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 % bleibt bestehen. Eine Erweiterung der Liste derjenigen Güter und Dienstleistungen, die dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz unterliegen, ist indessen nicht vorgesehen.

Eine einseitige höhere Besteuerung des Flugverkehrs allein in Deutschland würde zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen gegenüber anderen Staaten führen. Ein nationaler Alleingang zur Erhebung von Mineralölsteuer auf Flugkerosin alleine in Deutschland hätte schwerwiegende negative Auswirkungen auf die vom internationalen Handel und Austausch lebende deutsche Wirtschaft und die hier arbeitenden Menschen. Sie würde zu Verlagerung von Verkehr und Arbeitsplätzen ins Ausland führen. Möglich wäre eine internationale Initiative zur Belegung von Flugkerosin mit Mineralölsteuer. Die Einführung einer Ticketabgabe ist im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD nicht vorgesehen.

Im Interesse einer sicheren Energieversorgung wird die Ökosteuer nicht weiter erhöht. Wir wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Gewerbes und insbesondere der energieintensiven Industrie verbessern. Deshalb werden wir bei der Umsetzung der EU-Energiesteuer-Richtlinie Möglichkeiten zur

Entlastung ausschöpfen und Wege zur Erhöhung der Wettbewerbs Fähigkeit prüfen.

Ihre Ausführungen mit denen sich unsere zuständige Fraktionsarbeitsgruppe befasst hat, werden wir in den anstehenden parlamentarischen Beratungen berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Ansgar Hollah

- Referent Dr. Norbert Röttgen, MdB -

13. JOBS UND PRAKTIKA

Praktikantenplätze in Berlin - Angebot für politisch interessierte junge Leute

Wer hat Lust, das politische Berlin zu erfahren, Einblicke in die parlamentarischen Abläufe zu erhalten und die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten näher kennen zu lernen? Nach seiner Wiederwahl bietet MdB Josef Göppel politisch interessierten Abiturienten und Studierenden erneut an, ein Praktikum in seinem Berliner Bundestagsbüro zu absolvieren. Nähere Informationen erhalten Sie unter der Rufnummer (09825) 93444.

14. LINKS UND PUBLIKATIONEN

Weltweite Benzinpreise und Steuern, Studie 2005

Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist eine aktuelle Studie zu den internationalen Benzinpreisen von Dr. Matschie durchgeführt worden, die auf den Internetseiten des FÖS verlinkt wurde:

<http://www.foes.de/downloads/FuelPrices2005.pdf>

Online-Buch Ecological Tax Reform - A Policy Proposal for Sustainable Development

Das vollständige Buch "Ecological Tax Reform – A Policy Proposal For Sustainable Development" von Ernst Ulrich von Weizsäcker und Jochen Jesinghaus ist jetzt auf der Homepage von FOES zu lesen:

http://users.skynet.be/dashboard/etr/ecological_tax_ref orm.htm

Buchtipps: Climate Change Policy

Das englischsprachige Buch "Climate Change Policy" präsentiert die Ergebnisse eines interdisziplinären Forschungsprojekts, das von dem Netzwerk Enforcing Environmental Policy (EEP) im Rahmen des Human Dimension Potential Programme der EU umgesetzt wurde. Die Autoren - Ökonomen, Juristen und Politologen von europäischen Forschungsinstituten - geben Antworten auf Fragen zur Umsetzung internationaler Regelungen zum Klimaschutz, insbesondere zum Kioto-Protokoll, und analysieren Möglichkeiten, wie die Einhaltung der Ziele des Kioto-Protokolls vereinfacht und unterstützt werden kann. Climate Change Policy wendet sich vorrangig an politische Entscheidungsträger, Wissenschaftler, an Wirtschaftsunternehmen und Stakeholder.

Bothe, Michael and Eckhard Rehlinger (Eds.) "Climate Change Policy" 2005; Eleven International Publishing, PO Box 358, NL-3500 AJ Utrecht; 450 Seiten, 75 Euro, ISBN 90-77596-05-4

Handbook of Renewable Energies in the European Union

Zu erneuerbaren Energien in der EU ist von Dr. Danyel Reiche (Hrsg.), Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin eine neue Publikation erschienen. Weitere Informationen unter: <http://www.peterlang.de/index.cfm?vSiteName=SearchBooksResult.cfm&vLang=E&iValue=Stichwort&iQuickSearch=Reiche,%20Danyel&iStichwort=Reiche,%20Danyel&vSearchBooks=Yes&vRecordPhrase=True&CFID=558769&CFTOKEN=58448789>

Zur vereinfachten Genehmigungsverfahren von Windkraftanlagen

Seit diesem Sommer können Windkraftanlagen mit weniger bürokratischem Aufwand genehmigt werden. Bisher war das Genehmigungsrecht zersplittert und es gab drei Verfahrensvarianten, was Planer(innen) unnötig viel Zeit kostete. Nun wurden die Vorschriften bereinigt und vereinheitlicht; Errichtung und Änderung von Windkraftanlagen können in einem – dem immissionsschutzrechtlichen – Verfahren genehmigt werden.

<http://www.oekom.de/nc/zeitschriften/der-umweltbeauftragte/aktuelles-heft.html>

Wie nachhaltig ist die EU?

Die Initiative „Nachhaltiges Europa“ hat eine Abschlussdokumentation zur Konferenzreihe „Nachhaltiges-Europa“ veröffentlicht. Darin überprüfen namhafte Referenten wie Margot Wallström, Steffi Lemke, Harry Lehmann, Christian Hey, u.v.m. die „EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung“. Download unter:

http://www.nachhaltiges-europa.de/Nachhaltiges_Europa_Abschlusspublikation.pdf

Weitere Informationen unter:
<http://www.nachhaltiges-europa.de>

Grenzsteuerausgleich

Eine mögliche Maßnahme für Energieträger und -materialien aus nicht am Emissionshandel teilnehmenden Staaten?

Eine interessante Studie von Roland Issmer und Karsten Neuhoff, durchgeführt an der Cambridge Universität, Fakultät für angewandte Wirtschaft, die sich der Frage widmet, inwiefern angesichts vieler nicht am Emissionshandel teilnehmenden Staaten CO₂-intensive Energieprodukte trotzdem mithilfe eines Grenzsteuerausgleichs zu erfassen und verteuern. Unter anderem geht es auch um die Vereinbarkeit mit dem WTO-Regelwerk. Die Studie kann (auf englisch) kostenlos eingesehen werden:

<http://www.econ.cam.ac.uk/electricity/publications/wp/ep36.pdf>

15. VERANSTALTUNGEN

7. Weltökosteuerkonferenz in Ottawa 2006

Die Universität von Ottawa ist Gastgeber der Seventh Annual Global Conference on Environmental Taxation vom 22. – 24. Oktober 2006. Das Schwerpunktthema der weltgrößten Ökosteuerkonferenz ist die Übersetzung von Theorie in Praxis. Die Konferenz ist ein Forum für Wissenschaftler insbesondere aus den Bereichen Recht, Ökonomie, Politik, Ökologie sowie für Vertreter von Verbänden, Institutionen aus dem Bereich fiskalischer oder ökonomischer Instrumente zur Verbesserung der Umwelt.

Weitere Informationen zur Konferenz gibt es unter
www.environmental-tax-conference.uottawa.ca

“CLEAN ENERGY POWER® 2006” mit hochkarätigen Kongressen, Foren und Workshops im ICC Berlin, 19. Januar 2006, Berlin

Die internationale Kongressmesse „CLEAN ENERGY POWER® 2006“ (CEP) präsentiert am 18. und 19. Januar 2006 im ICC der Messe Berlin insgesamt 15 Fachveranstaltungen rund um Regenerative Energien und energieeffizientes Bauen und Sanieren. Innovative Themen wie Meeresenergie, Stiftungen im Bereich erneuerbare Energien und Solare Klärschlamm-trocknung werden erstmals angeboten. Für den internationalen Markt sind vor allem Export und Klimaschutz interessant. Hochaktuell ist die Energiepasspflicht in Europa. Weitere Informationen gibt es unter:
<http://www.energiemessen.de>

EnergiesparmeisterInnen 2006: Jetzt anmelden!

Zum zweiten Mal suchen ZDF.umwelt und die vom Bundesumweltministerium geförderte Klimaschutzkampagne zehn EnergiesparmeisterInnen, die nachweislich Energie und

Kohlendioxid in den Bereichen Gebäude, Strom, Verkehr und Alltag einsparen. Wer die Heizung optimiert, die alte Waschmaschine durch eine neue ersetzt oder Biodiesel tankt, kann punkten.

Bis zum 28. Februar 2006 haben angehende EnergiesparmeisterInnen die Möglichkeit, sich zu bewerben und sich den kritischen Augen der Experten-Jury zu stellen. Die zehn GewinnerInnen erwarten Preisgelder in Höhe von insgesamt 25.000 Euro. Teilnahme unter: <http://www.klimasucht-schutz.de>

***World Sustainable Energy Days
- 1. bis 3. März 2006 in Wels, Österreich***

Als größte jährliche Konferenz in Europa im Bereich nachhaltige Energienutzung wird die Tagung 2006 wieder eine einzigartige Kombination interessanter Fachveranstaltungen bieten:

- Europäische Energie-Effizienzkonferenz
- Konferenz "Wärme & Kälte aus Ökoenergie"
- Europäisches Pelletsforum
- Konferenz "Ökostrom für die europäischen Regionen"
- Seminar "Ökoenergiewirtschaft - neue Kunden, neue Märkte"
- Fach-Exkursionen

Parallel zur Tagung findet die Energiesparmesse statt, eine der größten europäischen Messen zum Thema Energie-Effizienz und erneuerbare Energie.

Anmeldung und nähere Informationen finden Sie unter:

<http://www.esv.or.at/esv/index.php?id=217&contUId=0> und <http://www.wsed.at>

***Internationale Klima-Bündnis-
Jahreskonferenz 2006, 5. Mai 2006,
Wien***

Wir möchten Sie herzlich zur 14. Internationalen Jahreskonferenz und Mitgliederversammlung am 04. und 05. Mai 2006 in Wien einladen. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns vorab Themen im Bereich Klimaschutz mitteilen, die auf der Konferenz behandelt werden sollen. Es können Inhalte sein, die Ihrer Meinung in Workshops diskutiert werden sollten oder zu denen Sie gerne weitere Informationen wünschen, als auch Aktivitäten oder Projekte, die Sie vorstellen möchten. Vorschläge an: <mailto:europa@klimabuendnis.org>

***Sommerschule zu Ressourcen- und
Umweltökonomie, 25. Juni bis 1. Juli
2006, Venedig***

Das Europäische Institut für Ressourcen- und Umweltökonomie initiiert vom 25. Juni bis 01. Juli 2006 eine Sommerschule unter dem Titel "Berechenbare allgemeine Gleichgewichtsmodelle in der Umwelt- und Ressourcenökonomie" in Venedig durch. Anmeldungen sind dazu bis zum 01. Februar 2006 möglich.

Teilnahmevoraussetzungen und weitere Informationen unter: <http://www.feem.it/ess06>